

Heute in der WELT

Gorbatschows Heimspiel in Indien

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hält sich zu einem viertägigen Besuch in Indien auf. Schon lange vor seiner Reise beschwerten tägliche Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen die sowjetisch-indische Freundschaft. Die Sowjetunion hat ein „Heimspiel“ in Indien, meint jetzt auch so manch Sowjet-freundlicher Bürger Neu-Delhis. Seite 3

Staatsmacht durch zwei

Vor 20 Jahren wurde in Bonn die Große Koalition gebildet. Sie bahnte der SPD den Weg zur Macht. Was veranlaßte die Union; Ludwig Erhard fallenzulassen? War Gefahr im Verzuge oder war Intrigue im Spiel? Herbert Kremp schildert die dramatischen Vorgänge in Bonn im Jahr 1966. Seite 6

POLITIK

Antrittsbesuch: Der Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs, Jörg Haider, kommt am Montag zum Antrittsbesuch nach Bonn.



Er konferiert mit FDP-Chef Hans-Joachim Lauth und Generalsekretär Haussmann. Haider (Foto) hatte bei den Nationalratswahlen mit zwölf Sitzen das FPÖ-Wahlergebnis von 1983 verdoppelt. (S. 5)

Tiedge-Anschluß: Bei der Bewerbung um die Mitgliedschaft in der DDR wird die Opposition weiter innenminister Zimmermann eine Mitsprache an. Der Abschlusbericht wurde gestern in Bonn vorlegt. (S. 2)

Gottfried: Irakische Flugzeuge bombardierten nach Angaben des Iran die Kurdenstadt Mariwan in Westirak. Dabei kamen vier Zivilisten ums Leben.

Bundestag: Mit einer Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Preisstabilität hat die Regierung nach Darstellung von Arbeitsminister Blum zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beigetragen und die Lage der sozial Schwachen verbessert. Das sagte Blum gestern bei der Haushaltsdebatte im Bundestag. (S. 10)

Iran: Aus Protest gegen eine als Beleidigung empfundene italienische Fernsehansendung hat Iran gestern seinen Botschafter in Rom, Heidari, zurückberufen. Gleichzeitig wurde das italienische Kulturinstitut in Teheran aufgeföhrt, seine Tätigkeit einzustellen.

El Salvador: Die Armee des Landes gab die Freilassung von drei politischen Häftlingen bekannt. Sie waren beschuldigt worden, zu den Guerrillagruppen El Salvador zu gehören, und saßen seit mehreren Monaten im Gefängnis.

Libanon: Israelische Kampfpläne haben gestern ein palästinensischer Lager in der Nähe der libanesischen Hafenstadt Sidon angegriffen. Nach Meldungen von Radio Beirut wurde mindestens ein Mensch getötet und fünf verletzt. Der Angriff von zwei Phantom-Jägern habe 15 Minuten gedauert.

Abrüstung: Die „DDR“ kündigte den Abzug sowjetischer Kurzstreckenraketen aus Europa an, wenn die Supermächte ein Waffen-Abkommen schließen.

WIRTSCHAFT

EG-Haushalt: Nach fast 20stündigen Beratungen haben sich die zwölf für den Haushalt der EG zuständigen Finanzminister gestern auf das Budget für 1987 geeinigt. Danach sollen die Ausgaben der EG im kommenden Jahr rund 36 Milliarden Europäische Währungseinheiten (Ecu) gleich 2,1 Mark) umfassen. (S. 13)

Börse: An den deutschen Aktienbörsen setzte sich am Donnerstag die uneinheitliche Tendenz fort. Ebenfalls uneinheitlich waren öffentliche Anleihen am Rentenmarkt. WELT-Aktienindex: 281,18 (279,20). BHF-Rentenindex: 106,300 (106,276). BFF-Performance-Index: 107,601 (107,548). Dollar:



KULTUR

Zadek: Der Intendant des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg, Peter Zadek, will aus Verärgerung vorzeitig aus seinem noch bis zum 31. Juli 1988 laufenden Vertrag ausscheiden. Kultursenatorin Schuchardt soll den Weggang noch verhindern.

Uranführung: „Es ist, als ob man einen langen Schwenk von der einen Seite zur anderen Seite des Abgrunds macht.“ So beschreibt der Franzose Bernard-Marie Koltès die Struktur seines Bühnenstücks „Quai West“, das in Bochum uraufgeführt wurde. (S. 19)

SPORT

Fußball: Horst Köppler wird aus seinem bis zum 30. Juni 1987 datierten Vertrag als DFB-Trainer auf eigenen Wunsch vorzeitig entlassen. Der frühere Nationalspieler gilt als Favorit auf die Nachfolge von Trainer Feldkamp bei Bayer 05 Uerdingen.

Tennis: Boris Becker verlor das zweite Spiel des Einladungsturniers von Atlanta. Er unterlag dem Amerikaner Brad Gilbert 6:7, 6:4, 3:6, hat aber die Chance in der Nacht zum Samstag, mit einem Sieg über Wilander (Schweden) ins Halbfinale zu kommen. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Bonsai: Sie sind Objekte der Vergötterung und Gegenstand endlosen Zeitvertriebs - die Bonsai, Bäume und Sträucher in Miniaturform. Paul Lesniewicz, Gründer eines eigenen „Zentrums“, hat auch ein üppiges Bonsai-Exemplar (Foto) im Museum. (S. 20)

Contergan: 2700 Kinder wurden damals Opfer des wohl größten Arzneimittel-Unglücks in der Geschichte der Pharmaforschung - des Contergan-Desasters. Vor genau 25 Jahren verschwand das Mittel aus den Apotheken. (S. 20)

Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Ruhiges Herbstwetter
Reise-WELT

Seite 8
Seite 18
Seite 20
Seiten I-VIII

Bonn friert Beziehungen zu Syrien ein. Bruch vermieden

Botschafterposten wird vorerst nicht besetzt / Alliierte reagieren mit Ausweisung

gba/rmc. Bonn Die Bundesregierung geht nach den Feststellungen des Berliner Schwurgerichts über die Verwicklung des syrischen Geheimdienstes in den Bombenanschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft nicht so weit wie London, das nach einem ähnlichen Urteil die diplomatischen Beziehungen zu Damaskus abgebrochen hat. Bonn entschloß sich zu einem „Einfrieren“ der Beziehungen: Bis auf weiteres wird kein neuer Botschafter in die syrische Hauptstadt entsandt. Der bisherige Botschafter Heribert Wöckel hatte Damaskus am 16. November verlassen. Regierungssprecher Friedhelm Ost verwies darauf, daß die Bundesregierung „entschlossen, aber besonnen“ gehandelt habe; die Reaktion sei schon in der Kabinettsitzung vom 29. Oktober vorbereitet worden. Damals hatte sich die Bundesregierung mit den von Großbritannien vorgelegten Beweisen für eine syrische Beteiligung an einem Attentatsversuch auf ein israelisches Passagierflugzeug in London befaßt.

In einer Erklärung der Bundesre-

gierung heißt es, Bonn verurteile die Beteiligung syrischer Stellen an Anschlügen gegen Einrichtungen auf deutschem Boden und fordere Damaskus nachdrücklich auf, die verbale Verurteilung des internationalen Terrorismus durch konkrete Maßnahmen unter Beweis zu stellen. Dies gelte insbesondere auch gegenüber den Geheimdiensten Syriens. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Hans Stercken (CDU), erklärte dazu, das Einfrieren der Beziehungen sei einem Abbruch vorzuziehen, um Syrien die Chance zu geben, „sich durch Bestrafung der Schuldigen aus diesem Akt zurückzuziehen“.

Als weitere Maßnahmen hat Bonn beschlossen:

- Drei Angehörige der syrischen Botschaft in Bonn müssen die Bundesrepublik Deutschland innerhalb einer Woche verlassen. Dabei handelt es sich nach Informationen der WELT um als Diplomaten getarnte Angehörige des syrischen Geheimdienstes.
- Der Militärattache in der syrischen Botschaft muß von gegen-

wärtig vier Mitgliedern auf zwei reduziert werden.

- Es werden keine neuen Zusagen in der Entwicklungszusammenarbeit gemacht.
- Syrische Dienstpässe werden nicht mehr anerkannt. Damit soll offensichtlich verhindert werden, daß Geheimdienstangehörige und andere Beamte Syriens, die keinen Diplomatensstatus haben, sich ohne Visum die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verschaffen.

- Die Tätigkeit des syrischen Geheimdienstes von Ost-Berlin aus soll mit der „DDR“-Regierung und den Alliierten in Berlin erörtert werden.
- Die Alliierten in Berlin verkündeten gestern als Antwort auf das Urteil des Berliner Schwurgerichts, daß die „Ausweisung bestimmter syrischer Bürger angeordnet“ worden sei. Wie in Berlin verlautete, stand die Alliierte Kommandatura während ihrer Beratungen in ständigem Kontakt mit dem Senat. Washington hat sich unterdessen für eine „konzertierte Aktion“ mit den Bündnispartnern gegen Syrien ausgesprochen.

Das Weiße Haus bleibt unter Druck

Muß Stabschef Regan als nächster gehen? / Demokraten fordern unabhängigen Ankläger

FRITZ WIRTH. Washington Nach einer Woche zuweilen turbulenten Entwicklungen hat der Thanksgiving-Feiertag (Erntedankfest) Präsident Reagan die erste Chance zu ruhigerem Nachdenken über die bisher schwerste Krise seiner Amtszeit gegeben. Er verbringt das Wochenende abseits des Krisen-Treibhauses Washington auf seinem Feriensitz in Kalifornien.

Die Krise ist bei weitem noch nicht ausgestanden. Dennoch ist eine erste Zwischenbilanz möglich.

Das politische Ansehen des Präsidenten im In- und Ausland hat gelitten, seine Popularität beim Bürger jedoch scheint nach wie vor unangefochten. Seine Kritiker und selbst Freunde aus seiner eigenen Partei stimmen überein, daß er die Krise in ihrem Anfangsstadium unterschätzt und zu zögernd behandelt hat.

Außenminister George Shultz gehört heute zu den wenigen Männern, die gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Er selbst begrub alle Rücktrittsspekulationen mit der Erklärung

seines Sprechers: „Außenminister Shultz steht voll hinter dem Präsidenten. Der Präsident wünscht ihn in seinem Amt, und der Außenminister hat die feste Absicht, bis zum Ende dieser Administration im Amt zu bleiben.“ Zugleich wurden die Bedenken des Außenministers gegen geheime Aktionen des Nationalen Sicherheitsrates berücksichtigt. Die Iran-Politik liegt wieder voll in Händen des State Departments.

Ungewis scheint dagegen die Zukunft des Stabschefs Donald Regan. Er wird für das schleppende Krisen-Management des Weißen Hauses in dieser Affäre verantwortlich gemacht. Es bestehen unter vielen „Insidern“ der Administration ernste Zweifel darüber, ob er nicht über die kürzlich entdeckten Finanz-Transaktionen im Zusammenhang mit den amerikanischen Waffenlieferungen an Iran informiert war.

Der Nationale Sicherheitsrat, einer der wichtigsten Informationsorgane des Präsidenten, wird nach dieser Affäre nicht mehr der alte sein.

Die von Präsident Reagan einberufene Untersuchungskommission unter Senator Tower, dem ehemaligen demokratischen Außenminister Muskie und General Brent Scowcroft, wird mit Sicherheit vorschlagen, die Befugnisse dieser Behörde erheblich zu reduzieren und ihre geheimdienstlichen Operationen einzustellen.

Die Affäre selbst wird sich in den kommenden Wochen immer mehr zu einem Duell zwischen dem Weißen Haus und dem Kongress zuspitzen, wo sich besonders demokratische Abgeordnete bemühen, ihren Watergate-Anstrich zu geben. Sie intensivierten gestern ihre Forderung nach Einsetzung eines unabhängigen Anklägers, nachdem die „Los Angeles Times“ gemeldet hatte, daß Oberstleutnant North, der in dieser Affäre eine Schlüsselrolle spielte und am Dienstag von Präsident Reagan entlassen wurde, zuvor sämtliche Dokumente vernichtet haben soll, die beleuchten könnten, daß auch höhere Chargen im Weißen Haus über diese Transaktionen informiert waren.

Jetzt zieht SED Vergleich zu Goebbels

Moskau und Ost-Berlin verschärfen Attacken gegen Bonn / „Kohl vergiftet Beziehungen“

RMB/rk. Moskau/Berlin Die Medien in der Sowjetunion und in der „DDR“ haben bei ihrer Kritik an Bundeskanzler Kohl und der Union den Ton weiter verschärft. Während die „Pravda“ gestern in Anspielung auf das „Newsweek“-Interview Kohls von „größten Ausfällen“ und „primitiver Feindschaft“ sprach, bezeichnete das SED-Organ „Neues Deutschland“ das Wahlprogramm von CDU/CSU als „Programm der Ostlandtrier“ und dessen Verfasser als „Reichserlöser“ und „kalte Krieger“.

Mit dem „Pravda“-Artikel informierte Moskau erstmals die Bevölkerung direkt über die Krise des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Das Parteiblatt warf dem Bundeskanzler vor, die Beziehungen vergiftet zu haben. In dem nicht gezeichneten Artikel unter der Überschrift „Ein gefährlicher Rückschlag“ heißt es, es sei klar, daß eine Reihe von geplanten Besuchen und Begegnungen „in einer solchen Atmosphäre nicht stattfinden konnte“.

Die Äußerungen Kohls, der den sowjetischen Parteichef in dem Interview des US-Nachrichtenmagazins mit Goebbels in einem Atemzuge genannt hatte, bezeichnete das Blatt, das die Meinung des Kreml wieder gibt, als „lästerlichen unvernünftigen Vergleich zwischen unserem Land und dem Nazi-Deutschland“. Die Reden Kohls hätten alle eines gemeinsam, nämlich „primitive Feindschaft gegen die Sowjetunion, die DDR und den friedensliebenden Sozialismus“. Die „Eiterbeule des Revanchismus“, dieses Land vergiften kann, ist aufgegangen.

Moskau wirft der Bundesregierung außerdem vor, die Null-Lösung für Mittelstreckenraketen in Zweifel gezogen zu haben. „Statt mit vollem Ernst und Verantwortung die neuen revolutionären Initiativen der UdSSR auf dem Gebiet der Abrüstung zu betrachten“, habe man in Bonn begonnen, über eine Nachrüstung mit Kurzstreckenraketen und auf konventionellem Gebiet zu sprechen. „Nein, die Bundesrepublik hat

sich von der alten Sehnsucht nach Waffen nicht freimachen können“, lautet die Schlussfolgerung.

Die SED-Führung ist allerdings durch Moskau Druck auf den Anti-Kohl-Kurs eingeschwenkt. Bei seiner Kritik an dem Wahlprogramm der Union zog das „Neue Deutschland“ jetzt seinerseits einen Vergleich zu Goebbels. In dem aus der „UZ“, dem Organ der DKP, nachgedruckten Kommentar heißt es, mit bösen Hetzparolen, die an den „Sprachgebrauch des Herrn Goebbels erinnern“, hätten Anhänger der „Stahlhelmfraktion“ jene Stellen des Programms ausgefüllt, an denen vielleicht noch Platz für eine realistische Außenpolitik gewesen wäre.

Andererseits hält Ost-Berlin offiziell an einer Politik des Dialogs fest. Vor der Volkskammer griff Ministerpräsident Stoph erstmals ein Zitat des Regierenden Bürgermeisters Diepgen auf und sprach von einer „ergebnisorientierten“ Dialog-Politik. Er äußerte sich ausgesprochen zurückhaltend über Bonn.

USA überschreiten SALT-2-Grenze

DW. Washington

Die Vereinigten Staaten nehmen heute ihren 131. Langstreckenbomber des Typs B-52 in Dienst und überschreiten damit erstmals die Obergrenze für die Begrenzung strategischer Waffensysteme, wie sie 1978 im SALT-2-Abkommen vereinbart worden war. SALT 2 erlaubt den Amerikanern und Sowjets höchstens je 1320 Mehrfachsprengköpfe auf strategischen Trägersystemen.

Regan hatte bereits im Mai angekündigt, er werde sich nicht mehr an SALT 2 halten, falls die Sowjets ihre Rüstungspolitik nicht änderten und ihre Verstöße gegen das Abkommen korrigierten.

Das von Carter und Breznew unterzeichnete SALT-2-Abkommen war nie in Kraft getreten, weil der US-Senat seine Zustimmung nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verweigerte. Beide Seiten erklärten jedoch, sich an die Vereinbarungen halten zu wollen.

„DDR“ rechtfertigt den Schießbefehl

DW. Berlin

Die „DDR“ hat nach dem schweren Zwischenfall an der Berliner Mauer, bei dem ein Flüchtling erschossen wurde, den Schießbefehl erneut gerechtfertigt. In einem Aufsatz in der Zeitschrift „Militärwesen“ des „DDR“-Verteidigungsministeriums heißt es, die Anwendung staatlicher Zwangsmittel an der Grenze sei „moralisch nicht zu verurteilen, sondern vielmehr ein Gebot der politischen und moralischen Verantwortung in der sozialistischen Revolution“.

Spekulationen im Westen, wonach der Schießbefehl gelockert worden sein soll, trat das Blatt mit einer unmißverständlichen Warnung entgegen: „Um den Frieden zu sichern, ist es erforderlich, daß potentielle Grenzverletzer von der Gewißheit ausgehen sollten, daß sich die Angehörigen der Grenztruppen der DDR jedem Versuch der Grenzverletzung mit der gebotenen Konsequenz entgegenstellen.“

Schieser verkauft Großbäckerei

DW. Berlin

Der durch den Kauf und Verkauf der Neuen Heimat bekannt gewordene Berliner Brotfabrikant Horst Schieser hat die erst im Juli von ihm und einem Partner erworbene Firma Paech-Brot GmbH an die niedersächsische Großbäckerei Wendeln verkauft.

Der Geschäftsführer dieser Firma, Klaus-Dieter Ostendorf, bestätigte im niedersächsischen Garrel gestern auf Anfrage, die drei Paech-Fabriken in Berlin, Schleswig-Holstein und Niedersachsen hätten bereits am Samstag den Besitzer gewechselt. Über die Kaufsumme wollte Ostendorf keine Angaben machen.

Nach seinen Informationen beschäftigt Paech 300 Personen in Berlin und weitere 300 in den beiden westdeutschen Fabriken. Ihr Umsatz habe 1985 rund 75 Millionen Mark betragen. Ostendorf: „Die Paech GmbH hat einen guten Hafen gefunden.“

DER KOMMENTAR

Assad ist gefordert

JÜRGEN LIMINSKI

Die Reaktion der Bundesregierung gegenüber Syrien fällt bedächtig aus. Sie bleibt hauchdünn unter dem Bruch der Beziehungen. Hierin liegt der Unterschied zu London. Das hat Gründe. Ohne Syrien gibt es keine Lösung des Nahost-Konflikts. Dem wird sicher jeder Sachkenner zustimmen. Die Frage allerdings, ob es mit dem jetzigen Regime in Damaskus eine friedliche Lösung geben wird, läßt sich angesichts der terroristischen Neigungen kaum schlüssig beantworten.

Aber: Wer mit Syrien im Gespräch bleiben will, der wird bis auf weiteres mit diesem Regime Vorlieb nehmen müssen. Es sei denn, man wolle sich Einflußmöglichkeiten entziehen. Das aber liegt nicht im Interesse der europäischen Partner Großbritannien und zwar vor allem wegen der Beziehungen Bonn zu den Nachbarn Syriens. Die recht engen Bande deutscher Politiker zum Libanon zum Beispiel werden im Vakuum mit einem Stück Hoffnung verfolgt. Denn angesichts der sich ausbreitenden Kämpfe im Süden Libanons könnte die Entwicklung unverse-

hens der Kontrolle der Regionalmächte entgleiten, auf Beirut übergreifen oder gar den Norden Israels berühren. Solchen Entwicklungen kann man im diplomatischen Vorfeld begegnen - vorausgesetzt, es gibt den berühmten Gesprächsfladen.

Auf Bonn ruhen erwartungsvoll die Blicke vieler Libanesen und Jordanier. Auch Israel hat berechtigtere Interessen. Es achtet deshalb sehr genau auf die Bonner Entscheidungen und deren Begründungen.

London hat sich aufgrund eigener Erfahrungen zum Bruch, zum diplomatischen Frontalangriff auf Helfer und Drahtzieher des internationalen Terrorismus entschlossen. Daß es dennoch nicht daran denkt, Syrien als ewigen Feind zu betrachten - es gilt seit Lord Palmerston für das Vereinigte Königreich „nur ewige Interessen“ - belegt die Aufforderung aus dem Foreign Office: Syrien müsse nun mit Tat und Wort zeigen, daß es bereit sei, jegliche Unterstützung für terroristische Gruppen aufzugeben. Diese Erwartung hat natürlich auch Bonn. Assad ist gefordert.

Streit um HDW. Bonn ließ Finanzbehörden nachforschen

Barschel: Über U-Boot-Geschäft vorab nicht informiert

RALPH LORENZ. Bonn

Das Bundeskabinett war nach Darstellung von Regierungssprecher Ost mit einem etwaigen Verkauf von U-Boot-Blaupausen der Großwerft HAWA (HDW) an Südafrika nicht befaßt. SPD-Vorstandssprecher Günter Verheugen hatte zuvor eine umfassende Aufklärung „auch über die Rolle der Bundesregierung als Mitteilnehmerin“ der Kieler Werft gefordert.

Das Bundesfinanzministerium, so Staatssekretär Ost, habe „einen Hinweis“ aus dem Bundeswirtschaftsministerium bekommen und daraufhin die Oberfinanzdirektion Kiel angewiesen, nachzuforschen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel wollte vor allem geklärt haben, „welche Rolle“ der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gespielt habe.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel beantwortete in einem Gespräch mit der WELT die Frage, ob er vorab über ein U-Boot-Geschäft mit Südafrika informiert worden sei, mit einem „Nein“. Die Schleswig-holsteinische Minderheitsbeteiligung an der Kieler Werft hält

der Finanzminister. Im HDW-Aufsichtsrat ist das Land durch den Wirtschaftsminister und den Finanzstaatssekretär vertreten. „Alle drei hätten auf Barschels Befragen erklärt, auch sie hätten „erst über die Presse erfahren, daß HDW angeblich illegal U-Boot-Konstruktionspläne an

SEITE 2:
Rüstungsexport - wie weit?

Südafrika verkauft haben soll“. Sofort nach Bekanntwerden der Behauptungen habe er die beiden Aufsichtsratsmitglieder beauftragt, den Sachverhalt „so weit aufzuklären, wie es ihnen möglich ist“. Inzwischen wisse er, Barschel, daß der „behaufte Sachverhalt“ Gegenstand eines „Ordnungswidrigkeitsverfahrens“ bei der Oberfinanzdirektion Kiel sei. Erst nach Abschluß dieses Verfahrens könne er deshalb eine eigene Bewertung vornehmen.

In Kiel halten sich Spekulationen, daß der angebliche Verkauf der U-Boot-Pläne im Zusammenhang mit dem Kreuzfahrtschiff „Astor II“ stehen könne, das gegenwärtig bei HDW gebaut wird.

Flucht auf dem Surfbrett

DW. Kopenhagen

Einem „DDR“-Bewohner ist auf seinem Surfbrett die Flucht über die Ostsee nach Dänemark geglückt. Wie die Zeitung „Jyllands-Posten“ gestern berichtete, kam der junge Mann bereits am Dienstag am Strand von Klintholm auf der Insel Møn an und meldete sich dort beim Hafenvorsteher. Er sagte, er sei mehr als vier Stunden auf dem Wasser gewesen. Ein mit ihm zu der Flucht gestarteter Mann blieb in der Ostsee zurück. Der Flüchtling befindet sich inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland.

Steuererleichterung für Kulturmäzene?

DW. Bonn

Aus den Reihen der CDU ist eine stärkere steuerliche Förderung des privaten Mäzenatentums im Kulturbereich angeregt worden. So soll Kunstbesitz generell von der Vermögenssteuer befreit werden. Außerdem wird erwogen, daß geschuldete Erbschaftsteuern künftig durch Übertragung von Kunstwerken beglichen werden können. Für den Erwerb zeitgenössischer Kunst wird die Einführung eines Einkommensteuerfreibetrags von bis zu 5000 Mark vorgeschlagen.

„Joschka Fischer entfernt sich wie ein Fürst von der Basis“

Fundamentalisten fordern Sonderparteitag zur Atompolitik

dg. Wiesbaden

Bei den hessischen Grünen wächst der Druck auf den Landesvorstand, noch vor den Bundestagswahlen einen Sonderparteitag zum Thema Atompolitik abzuhalten. Wie der fundamentalistische Landtagsabgeordnete Jan Kuhnert gestern mitteilte, haben bereits acht der 26 Kreisverbände die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung für den 10. oder 11. Januar 1987 verlangt - nur einer weniger, als die Parteisatzung zur Durchsetzung eines solchen Antrags fordert.

Dem Antrag kommt Brisanz zu, da die Grünen auf einem Parteitag im Juni verlangt hatten, Block A des Kernkraftwerks Biblis sowie die Altanlage der Hanauer Nuklearfabrik Nukem bis zum Jahresende abzuschalten. Andernfalls solle die Koalition mit der SPD aufgekündigt werden.

Inzwischen sind die Forderungen der Parteibasis jedoch sowohl vom Landesvorstand und vom Landeshauptauschuss als auch von der Landtagsgruppe der Grünen sowie

vom grünen Umweltminister Joseph („Joschka“) Fischer im Interesse einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der SPD stillschweigend fallengelassen worden. Um keine neuen Diskussionen aufkommen zu lassen, wurde sogar auf einen eigenen Wahlparteitag verzichtet und die nächste Landesmitgliederversammlung auf den 8. Februar, also auf die Zeit nach der Bundestagswahl, verlagert. In allen zuständigen Entscheidungsgremien verfügen die sogenannten Realpolitiker der Grünen gegenwärtig über klare Mehrheiten.

Erst kürzlich hatte Fischer zu den Forderungen der „Fundis“ erklärt, er glaube nicht an eine Schließung der Atomanlagen noch in diesem Jahr. Von einem „ultimativen Vorgehen“ gegenüber der SPD jedoch habe er nichts. Für Kuhnert hat sich der Minister damit „wie ein mittelalterlicher Fürst von der Basis entfernt“. Die Wähler, so Kuhnert gestern, hätten ein Recht darauf, noch vor der Bundestagswahl zu erfahren, wie sich die Grünen verhalten würden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mehr für die Bauern

Von Hans-Jürgen Mahnke

Manche Funktionäre aus dem Bauernstand, die sich in den vergangenen Jahren an Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle gerieben haben, dürften mit Blick auf den Bundeshaushalt kleinlaut werden, als sie es schon in den letzten Monaten waren. Kiechles Etat soll 1987 um 14,2 Prozent auf 7,9 Milliarden Mark steigen, verglichen mit der bescheidenen Zunahme des Gesamthaushalts von 1,9 Prozent. Da der Etat in den Zahlen gegessene Politik der Bundesregierung ist, kommt darin die Akzentverlagerung sehr gut zum Ausdruck.

Denn noch weist Ignaz Kiechle ständig darauf hin, daß die nationalen Maßnahmen nicht die Brüsseler Preispolitik ersetzen können. Er will für eine bessere Preispolitik kämpfen, was höhere Preise bedeutet. Das wird schwer. Zwar ist die Ansicht unter den EG-Agrarministern weit verbreitet, daß wegen der desolaten Haushaltslage der Gemeinschaft etwas geschehen sollte. Nur: Was?

Kiechle hat für sein Rezept der verordneten linearen Produktionskürzungen bei einem direkten Einkommensausgleich für die Landwirte bisher nur schwache Truppen hinter sich. Die meisten Länder möchten – aus unterschiedlichen Motiven – eine Entlastung der EG-Kasse über niedrigere Preise erreichen. Die Überschüsse bei der Erzeugung und die gewaltigen Vorräte machen es unmöglich, höhere Preise durchzusetzen, da es an kaufkräftiger Nachfrage an den Weltmärkten fehlt.

Überdies kommen die gewaltigen Summen des EG-Agrar-etats nur zum Teil bei den Bauern an. Dagegen kommt das, was jetzt als zusätzliche Maßnahmen im Etat des Kiechle-Ministeriums aufgelistet ist – von höheren Zuschüssen zur Sozialversicherung über verstärkte Hilfen für Bauern in benachteiligten Gebieten bis hin zur Milchrente –, auch direkt bei den Landwirten an. Und zielt nicht auch der Vorschlag Kiechles für die Reform der EG-Agrarpolitik in die Richtung, die direkten Zahlungen zu verstärken?

Angesichts der Marktverhältnisse muß doch alles vermieden werden, was die Produktion anreizt. Wenn darauf verzichtet wird, dann können auch Steuerzahler eher damit leben, daß die Ausgaben für einen Bereich so überproportional steigen sollen.

Zwei Länder im Regen

Von Heinz Heck

Im Verhältnis zwischen dem Bund und einigen Ländern braut sich ein Konflikt zusammen, der so rasch wie möglich aus der Welt geschafft werden sollte. Es geht um den sogenannten Nachteilsausgleich für Bremen in Höhe von 100 und Nordrhein-Westfalen von 75 Millionen Mark.

Nach einem Bonner Gesetzentwurf sollten diese Beträge 1987 vorab aus den Bundesergänzungszuweisungen (rund 1,7 Milliarden Mark) zu Lasten der übrigen finanzschwachen Länder gezahlt werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte am 24. Juni einen Nachteilsausgleich gefordert.

Doch die Länderkammer witterte eine Präjudizgefahr. Ihr Gegenvorschlag: Bonn soll bis Dezember 1987 vorfinanzieren. Dabei ging es ihr nicht so sehr um den Zinsgewinn von etwa drei Millionen Mark. Vielmehr wird von der Lastenverteilung auf die übrigen Empfänger eine Vorfestlegung der endgültigen Regelung befürchtet. Diese Gefahr wäre ausgeräumt, wenn der Betrag etwa am Kapitalmarkt aufgebracht würde.

Minister Stoltenberg hat im Bundesrat nicht nur vehement widersprochen, sondern sich auch mit der erforderlichen Gegenüberstellung zurückgehalten. Mit seinem Entwurf, der am nächsten Mittwoch im Kabinett verabschiedet werden soll, bleibt er auf seiner unversöhnlichen Linie.

Das ist zu bedauern. Die nun von Karlsruhe bestätigte Benachteiligung einiger Länder haben diese selbst am allerwenigsten zu verantworten. Sie ist das Ergebnis von Ungerechtigkeiten, die bereits unter früheren Bundesregierungen zu beobachten waren, von der jetzigen aber nicht abgestellt wurden, wie das Urteil zeigt. Hauptbegünstigter scheint Bayern gewesen zu sein, das sich zwar bei der Steuerreformdiskussion von seiner bärenstarken Seite zeigt, aber weiterhin vom Bonner Tropf für die Finanzschwachen profitieren möchte.

Das Nachsehen hätten zwei SPD-regierte Länder – ein Umstand, der das Unbehagen über diese Entwicklung eher steigert. Stoltenberg mußte schon mit Blick auf die erforderliche Gesamtregelung des Finanzausgleichs ein so großes Interesse an Einvernehmen haben, daß er den Knoten rasch durchschlagen sollte.

Nasenkunde

Von Joachim Neander

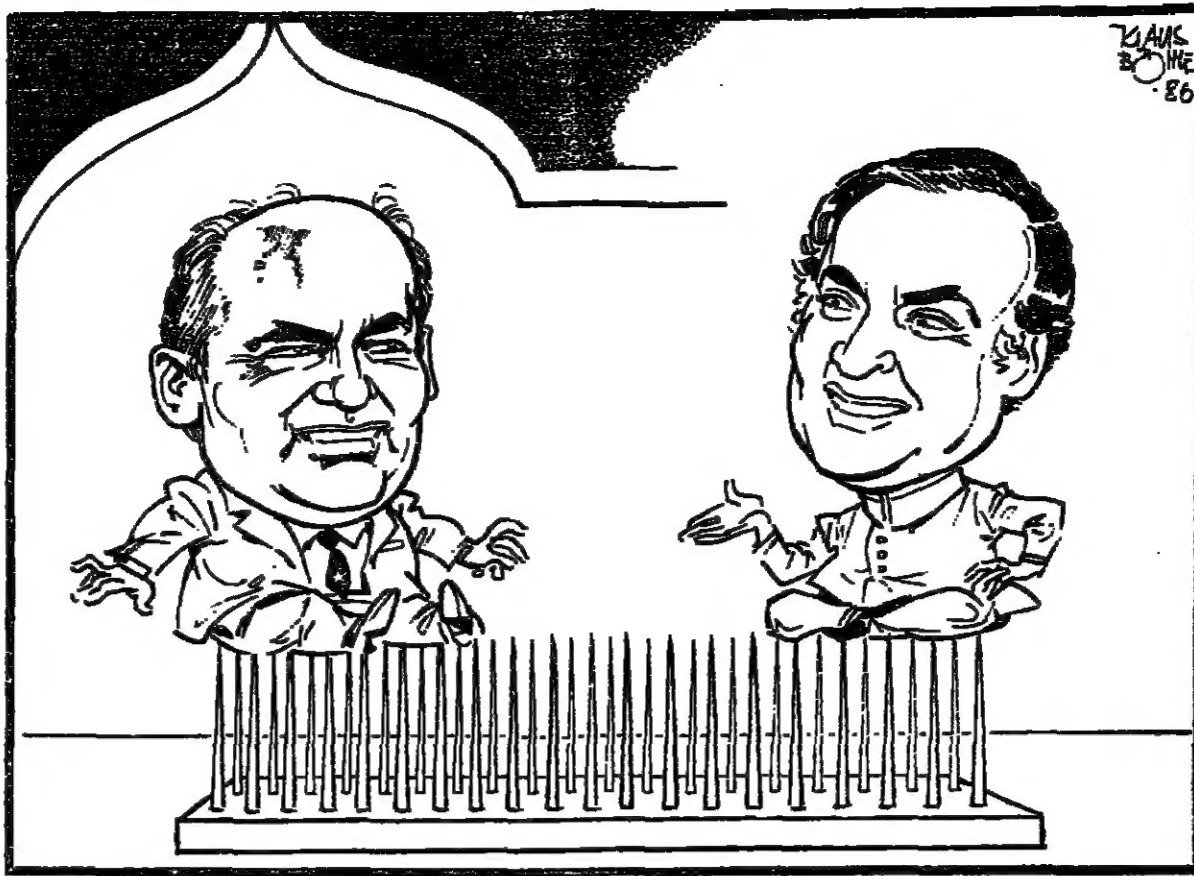
In Kassel haben sich Redakteure einer alternativen Stadtteilpostille vor der Privatwohnung des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner die auf Abtransport wartende Mülltonne geschnappt und ihren Inhalt untersucht. Das Ergebnis bewerteten sie als „eher karge Bilanz eines kleinbürgerlichen Haushalts“.

Börner findet die Sache „amüsant“, wie dazu der „Spiegel“ berichtet. Anderes, fügt das Magazin in ein wenig triumphierendem Unterton hinzu, bleibe ihm wohl auch nicht übrig, da der Inhalt so einer Mülltonne aus juristischer Sicht „herrenlos“ Gut sei.

Dem wäre – bei zugehaltener Nase – eigentlich nichts mehr hinzuzufügen: Eine jener Geschichten, deren Witz darin besteht, daß sie jemand für witzig hält. Aber dann meldet sich doch noch eine kritische Frage. Was zum Beispiel wäre, wenn nicht die Kasseler Müllalternativen beim Regierungschef, sondern umgekehrt im Auftrag oder mit Wissen Börners der Verfassungsschutz bei der Stadtteilzeitung in den Abfällen gewühlt hätte? Oder – die Angelegenheit sozusagen auf „Spiegel“-Niveau gehievt – ein Redakteur eines rechtsradikalen Blättchens in der Tonne des Herrn Augstein?

Den vermutlichen Tonneninhalt ebenso wie das dann einsetzende öffentliche Gezeter kann man der Phantasie des Lesers anfehlen. Zum Lachen wäre das Ganze dann jedenfalls nicht mehr. Schließlich spielte auch in einer jüngst erbittert ausgefochtenen, parteiinternen Auseinandersetzung im SPD-Unterbezirk Darmstadt (Bundesland Hessen) der Inhalt einer Genossinnen-Mülltonne sowie die Frage, wer da unter Umständen etwas hineingetan haben könnte, eine höchst ernst zu nehmende Rolle, der sich sogar eine von Holger Börner höchstpersönlich eingesetzte Kommission anzunehmen hatte.

Ob der Inhalt einer Mülltonne also kleinbürgerlich, gesellschaftlich relevant, amüsant, staatsgefährdend, hochpolitisch oder einfach nur eklig ist, hängt offenbar entscheidend davon ab, wer gerade bei wem die Nase drin hat.



Ost-östlicher Diwan

KLAUS BÖHLE

Rüstungsexport – wie weit?

Von Rüdiger Moniac

Der Besuch von Strauß in Saudi-Arabien und die angelegte Lieferung von deutschen U-Boot-Bauplänen für die Kriegsmarine der Republik Südafrika rücken wieder die Frage nach der Berechtigung, Bedeutung und Brauchbarkeit des Rüstungsexports zur Abstimmung der nationalen Interessen ins Licht. Vordergründig besehen haben beide Vorgänge nichts miteinander gemein.

In Riad hat der bayerische Ministerpräsident alte Kontakte neu aufpoliert und dabei offenbar saudische Sorgen darüber anhören müssen, daß die Wünsche nach der Lieferung bestimmter Waffen in Bonn nicht auf die erhoffte Resonanz stoßen. Der noch nicht wirklich sichere Transfer deutscher Schiffbau-Know-hows für konventionelle U-Boote, deren Ruf in der Welt fraglos hervorragend ist, macht deshalb nachdenklich, weil in unserem Lande offenbar grundsätzlich noch nicht untersucht worden ist, ob es zur Absicherung unserer westlichen Präsenz, die die nasse Straße zwischen Südatlantik und Indischem Ozean überwacht, wichtig ist, wenn sich dort die Bundesrepublik eben durch eine besondere Form des Rüstungsexports engagieren würde.

Was Saudi-Arabien angeht, so muß klar festgehalten werden, daß die Zusage von Bundeskanzler Kohl bei seinen Gesprächen in Riad gilt. Danach können die Saudis weiterhin mit der Bereitschaft zur Lieferung deutscher Wehrtechnik rechnen, soweit sie geeignet ist, die Verteidigungsfähigkeit dieses Landes nach innen wie nach außen zu stärken. Ausgenommen sind aus dieser Zusage lediglich Großsysteme wie Flugzeuge, Panzer und Artillerie auf Selbstfahrfahrfahnen. Aber, und auch das gilt es zu registrieren, Saudi-Arabien hat bis zum heutigen Tag weder über deutsche Unternehmen noch direkt an die Bundesregierung solche Exportanträge gestellt.

Mit ihrer Bereitschaft hat also die Bundesregierung längst die hohe Bedeutung der Golfregion als

stabilisierendes Element in der Schlüsselzone zwischen der Sowjetunion im Norden und den afrikanischen und asiatischen Landmassen in der West-Ost-Achse sowie als Wirtschaftsfaktor anerkannt und gar verbürgt. Südafrika genießt keine solche Förderung. Der Grund dafür muß im Lande am Kap der Guten Hoffnung selbst gesucht werden. Solange die Republik dort nicht für die Außenwelt sichtbar und akzeptierbar einen glaubwürdigen begehren Weg zur Beteiligung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit an der politischen Macht einschlägt, zögert Bonn aus gutem Grunde, der dortigen Regierung zu helfen, die geopolitische und strategische Situation zwischen den beiden Ozeanen auch im generell westlichen Interesse abzusichern.

Notwendig aber wäre solche Hilfe. Und eine besondere Bedeutung könnte dabei auch die Entwicklung der Fähigkeiten der süd-afrikanischen Marine zur Überwachung und Beherrschung der Seegebiete zwischen Kap und Antarktis bekommen. Bisher existiert sie nicht. Südafrika verfügt nicht einmal über ausreichende maritime



Wie weit kann Unterstützung der Saudis, wie weit kann Hilfe für Südafrika gehen? Strauß beim Empfang in Riad (mit Prinz Naif)

FOTO: DPA

Es wurde kein Zimmermann-Untersuchungsausschuß

Klägliche Bilanz der Bemühungen in Sachen Tiedge / Von Günter Bading

Die Arbeitsleistung des im Sprachgebrauch von Abgeordneten und Journalisten kurz „Spionageausschuß“ genannten zweiten Untersuchungsausschusses in der 10. Wahlperiode des Deutschen Bundestages ist respektabel. 290 Druckseiten umfaßt der offizielle Untersuchungsbericht einschließlich der widersprüchlichen Bewertungen durch Koalition und rot-grüne Opposition. Zweieinzwanzig öffentliche und zehn nichtöffentliche Sitzungen wurden gehalten, dreieinunddreißig Zeugen wurden vernommen; 135 Stunden Beratung sind auf 4500 Protokollseiten festgehalten.

Die „Enthüllungen“ seit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses durch den Bundestag am 3. Oktober 1985 müßten also eigentlich gewaltig sein. Das Gegenteil ist der Fall.

Der Ausschuß sollte klären, in welchem Ausmaß die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland durch die Vorfälle im Bereich der Spionageabwehr beeinträchtigt worden waren. Gemeint war damit das Überlaufen des früheren für die Spionageab-

wehr gegen die Aktivitäten der „DDR“ zuständigen Gruppenleiters im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Joachim Tiedge. Das Verschwinden der Bannemann-Sekretärin Lüneburg und die Spionagetätigkeit der Präsidialamtssekretärin Höke sowie des ebenfalls in die „DDR“ geflüchteten Ehepaars Willner. Weiter sollte geklärt werden, ob der innenminister es an Zusammenarbeit mit dem Kölner Verfassungsschutzamt habe fehlen lassen.

Der Ausschuß war auf Drängen der SPD-Fraktion im Oktober 1985 zustande gekommen. Und von Anfang an hatten die Sozialdemokraten klargemacht, daß es ihnen im Grunde allein darum ging, Minister Zimmermann etwas am Zeug zu flicken. „Der Untersuchungsausschuß, meine Damen und Herren von der Koalition, ist deshalb kein Spionage-, sondern ein Zimmermann-Untersuchungsausschuß“, hatte der spätere Obmann der SPD im Ausschuß, Harald B. Schäfer, am Offenbarung, bei der Debatte über die Ausschuß-Einsetzung ausweislich des Bundestagsprotokolls vom 3. Oktober 1985 bekannt. Aber

schon früher, eine Woche nach dem Überlaufen Tiedges, hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel Ende August 1985 den Rücktritt Zimmermanns verlangt.

Pikanterweise erhob er diese Forderung nach einer mehrstündigen Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Geheimdienste (PKK), womit er – ob gewollt oder ungewollt – den Eindruck erweckte, die dort von der Regierung gegebenen Informationen rechtfertigten diese Rücktrittsfordernisse. Wenn die Sitzung der PKK nicht geheim, sondern öffentlich wäre, so „würde jedermann erkennen, daß die von Herrn Vogel erhobene Rücktrittsfordernisse unsern und ungerechtfertigt ist“, sagte Fraktionschef Dregger damals der WELT.

Bei dieser nur noch für Fachleute auf dem Gebiet der inneren Sicherheit durchschaubaren Gemengelage von Vorwürfen der einen und Klarstellungen der anderen Seite ist es auch nach einjähriger Ausschußarbeit geblieben. Sozialdemokraten und Grüne bleiben in

IM GESPRÄCH Heinrich Aigner

Europa als Leuchtturm

Von Franz Kadell

Beim Flaudern in seinem Straßburger Arbeitszimmer wirkt der Europa-Abgeordnete und Haushaltsfachmann Heinrich Aigner so freundlich und gemütlich, daß man die Vehemenz, mit der er politische Probleme angeht, nicht unbedingt erwartet. Jetzt hat er wieder einmal Klarheit gesprochen – wegen der Behandlung des Themas Wackersdorf.

In einer öffentlichen Erklärung forderte er ARD und ZDF auf, Ausschnitte aus der polizeilichen Dokumentation über den Einsatz an den Pfingsttagen zur Hauptversammlung übertrugen und anschließend alle im Bundestag vertretenen Parteien darüber diskutieren zu lassen. Es müsse dem Bürger „ein objektives Bild zur Lage der inneren Sicherheit“ vermittelt werden und „die teilweise abstruse Diskussion“ um die Wiederaufbaukosten aufhören. „Offenen Terror“ nennt er jene anonymen Anrufe und Briefe, in denen kleine und mittlere Zulieferbetriebe vor die Alternative gestellt werden, ihre Mitarbeit einzustellen oder zu riskieren, daß Anschläge auf sie verübt werden.

Als Aigner 1979 den Haushaltskontrollausschuß der EG übernahm, nahm er die Spesenpraktiken unter die Lupe und zwang manche EG-Kommissare, wiederrechtlich verwendetes Geld zurückzuzahlen. Die Einsparungen, die sein Ausschuß erreichte, gehen in Milliardenhöhe.

Aigners jüngste Idee: Überall dort, wo in der 320 Millionen Menschen zählenden EG Unregelmäßigkeiten oder gar Betrugereien zu Lasten des Haushaltes auftreten, soll eine „fliegende Kontrollbrigade“ vor Ort die Rechtslage überprüfen. Die Idee hat er bei Parlament und Kommission bereits „durch“. Jetzt muß noch der Ministerrat entscheiden.

1983 sorgte Aigner für Aufregung in der EG, als sein Ausschuß für Haushaltskontrolle dem Parlament vorschlug, der EG-Kommission die Entlastung für das Haushaltsjahr 1982 zu verweigern. Er gewann dafür



Was das Fernsehen zu Wackersdorf verschweigt: Aigner. FOTO: DIE WELT

die Mehrheit der Abgeordneten. Ein solcher Schritt hat gewöhnlich den Rücktritt zur Folge; diesmal war die Amtszeit schon fast abgelaufen. Die neue Kommission unter Jacques Delors gab zu verstehen, daß sie die Warnung begriffen hatte.

Aigner kämpfte gegen Billig-Butter-Exporte in die Sowjetunion und verlangte statt dessen Binnenmarktkaktionen, die als „Weihnachtsbutter“ bekannt sind. Der 1924 in Ebrach geborene Altbayer studierte in Erlangen Jura. Als er aus der Kriegsgefangenschaft heimkam, trat er der CSU bei. Von 1957 bis 1980 vertrat er den Wahlkreis Amberg-Neumarkt in der Oberpfalz im Bundestag. Seit 1981 sitzt er im Europäischen Parlament.

Das Europa der Zukunft sieht er als ein Europa des Rechts, einen Leuchtturm der Hoffnung für die Völker jenseits des Eisernen Vorhangs. Was aber die Weiterentwicklung der EG betrifft, sei die Frage, ob die Regierung tatsächlich glauben, „das Schicksalswerk dieses Jahrhunderts mit 1,4 oder 1,8 Prozent Anteil ihres Mehrwertsteuereinkommens vollziehen zu können.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Die arabischen Liga hat bereits versucht, Bonn in den Arm zu fallen. Und auch hierzulande sind Stimmen zu hören, die dazu raten, Syrien nicht zu hart anzufassen. Dabei wird argumentiert, das Regime in Damaskus sei keine einheitliche Größe, die Machtkämpfe in der Führung seien schließlich notorisch. Schon wahr, nur ist das kein stichhaltiger Grund, einen Staat davonkommen zu lassen, dessen Funktionäre zum Terror anstiften und Bomben liefern. Mag Genschers Staatsminister Möllemann um seine arabischen Freundschaften fürchten – eine Regierung muß Selbstachtung, muß jetzt Flagge zeigen.

Die blutigen Kämpfe zwischen Schiiten und Palästinensern sind diesmal nicht eine vorübergehende oder typisch libanesische Erscheinung. Es geht um eine bereits anderthalb Jahre dauernde Konfrontation, bei der entschieden werden soll, ob es den palästinensischen Terroristen gelingen wird, wieder in Libanon Fuß zu fassen, wie dies vor der Invasion Israels 1982 gewesen ist. Schwer zu sagen, wer die Oberhand gewinnen wird. Auch die Verstärkung der Amal durch die Drusen Walid Dschumblat garantiert nicht die Änderung von bereits geschaffenen Tatsachen. Vielleicht könnte eine militärische Intervention der Syrer die Lage ändern. Israel muß angesichts dieser Situation und der Gefahren für das nördliche Galiläa-Gebirge seine Wachsamkeit erhöhen.

Äthiopische Rundschau

Hier heißt es nur Kernenergiepolitik der SPD.

Mit dem angekündigten Ausstieg aus der Atomenergie will die SPD eine allzu große Abwanderung von Wählern zu den Grünen verhindern. Wenn diese Kernenergiepolitik glaubwürdig sein soll, so darf es auch keine Genehmigung für den schnellen Brüter geben. SPD-Minister Jochen Vogel hat die Genehmigung beim Reaktor in Kalkar nicht mehr allzu lange hinauschieben können. Zwar behauptet die Landesregierung noch, es gebe derzeit kein positives Gesamtgutachten über den Brüter. Die im NRW-Wirtschaftsministerium vor-

liegenden Studien – insbesondere jene der Gesellschaft für Reaktor-sicherheit (GRS) – sowie die Aussagen vieler Wissenschaftler belegen jedoch das Gegenteil. Eine Stilllegung des fast fertigen Schnellen Brüters aus politischen Motiven kann sich die NRW-Regierung nicht leisten. Mögliche Schadensersatzansprüche hätte das Land zu begleichen. Was bleibt, ist nur ein Hinauszögern, um zumindest den Wahltermin am 25. Januar verschleichen zu lassen. Dieses „Aussetzen“ des Problems kommt die Bürger an Rhein und Ruhr teuer zu stehen.

MAARIV

Die in Tel Aviv erscheinende Zeitung berichtet zu den Kämpfen in Libanon:

Die blutigen Kämpfe zwischen Schiiten und Palästinensern sind diesmal nicht eine vorübergehende oder typisch libanesische Erscheinung. Es geht um eine bereits anderthalb Jahre dauernde Konfrontation, bei der entschieden werden soll, ob es den palästinensischen Terroristen gelingen wird, wieder in Libanon Fuß zu fassen, wie dies vor der Invasion Israels 1982 gewesen ist. Schwer zu sagen, wer die Oberhand gewinnen wird. Auch die Verstärkung der Amal durch die Drusen Walid Dschumblat garantiert nicht die Änderung von bereits geschaffenen Tatsachen. Vielleicht könnte eine militärische Intervention der Syrer die Lage ändern. Israel muß angesichts dieser Situation und der Gefahren für das nördliche Galiläa-Gebirge seine Wachsamkeit erhöhen.

سكينة الحارثي

Ein Riß geht durch das Volk der Basken

Eine funktionsunfähige Regierung, eine tiefe Wirtschaftskrise, eine gespaltene Bevölkerung und vor allem ein eskalierender Terror – das Baskenland treibt auf den Bürgerkrieg zu. Am Sonntag wird das autonome Landesparlament vorzeitig neu gewählt, doch die Kräfte der Politik scheinen hilflos zu sein.

Von ROLF GÖRTZ

Zum ersten Mal in meinem Leben schäme ich mich, Basken zu sein. Wir haben uns heillos zerstritten und so die Macht den Terroristen überlassen und denen, die sie bekämpfen, den Polizisten. Sätze wie diesen hört man heute in den regenfeuchten Dörfern und Städten im Norden Spaniens häufiger. Aber nur der macht seinem Herzen Luft, der dem anderen trauen kann. Denn unter den Basken gehen Angst und Mißtrauen um, der Streit geht oft quer durch die Familien.

Die Bewohner der drei baskischen Provinzen Alava, Guipuzcoa und Vizcaya sind nicht einmal zur Hälfte ihrer Herkunft nach Basken. Die wenigen Basken gehören dazu, viele kleine und einige große Geschäftsleute in den Städten. Die anderen aber, die meisten Arbeiter und Angestellten, kamen aus anderen Teilen Spaniens hierher. Angezogen von der einst blühenden Industrie, suchten und fanden sie seit hundert Jahren Arbeit und Brot in den Werken, den Hüttenwerken und Maschinenfabriken, den Kohle- und Erzgruben.

Das Gros der Industriearbeiter lebt eng zusammengedrängt an den Ufern schmutziger Flüsse neben den Abwässern von Industrie und Städten. Die wenigen großen und die vielen kleinen Fabriken dieses bergigen Landstriches an der Biscaya durchleben heute die Krise aller Schwerindustrie angesichts der elektronischen Revolution. Hinzu kommt, daß mögliche Investoren aus physischer Angst eine Modernisierung meiden. Ohnehin schon lebt der baskische Arbeiter in ständiger Furcht, morgen seine Arbeit zu verlieren. Unter den 16- bis 24-jährigen im Baskenland ist bereits jeder zweite arbeitslos.

Die Unternehmer, die dies ändern könnten, spüren mit jedem Mord der ETA-Terroristen die Faust der Gewalt im Nacken. Mindestens 90 von ihnen zahlen regelmäßig die von der ETA erpressten Revolutionssteuern. Das gab das Innenministerium in Madrid aufgrund von Akten bekannt, die die französische Polizei kürzlich in einer Möbelfabrik in Südfrankreich zusammen mit einem Waffenlager der ETA fand. In Wirklichkeit dürften es noch viel mehr sein, die unter dem Druck der Todesdrohung mit ihrem Geld die Mord- und Sprengkommandos finanzieren. Kenner der Szene vermuten, daß noch in anderen Betrieben Südfrankreich ähnliche Verstecke existieren, im französischen Teil des



Spuren des ETA-Terrors: Vier Menschen starben beim Attentat auf Militärgouverneur Garrido in San Sebastian

Baskenlandes, wohin die ETA schon zu Francos Zeiten ihre Basen verlegte, damals als „Asylsuchende“ bereitwillig aufgenommen.

Die Angst, von der ETA erpreßt oder entführt zu werden, vertreibt Menschen und Kapital und hindert ausländische Interessenten, die Vorteile einer ausgebildeten Arbeiterschaft, einer intakten Infrastruktur und der günstigen Lage an der See wahrzunehmen. Und aus Angst verstummen die Gespräche in der Kneipe, wenn ein Fremder herein kommt.

Seit Spanien demokratisch wurde, mordete die anarcho-kommunistische ETA 400 Menschen. Ende Oktober starben in San Sebastian bei einem Bombenattentat Militärgouverneur Garrido, seine Frau, sein Sohn und eine Passantin. Die Anschläge der ETA werden von Mal zu Mal brutaler, und sie nimmt keine Rücksicht auf Unbeteiligte. Zwei der Ertarras, die zurück ins normale Leben wollten, mußten deshalb sterben. Ermordet von ihren einstigen Kumpanen – vor den Augen ihrer Kinder.

Zu spät erkannten die bürgerlichen Nationalisten die auch gegen sie selbst gerichteten Mordwaffen der linksradikalen ETA. Vor zwei Wochen entschloß sich die Landesregierung, die den Basken zugestandene eigene Polizei, die Ertaintza, gegen die ETA einzusetzen. Endlich dämmerte auch ihr, daß der Bürgerkrieg der Basken untereinander anders nicht mehr aufzuhalten ist. Der erste, höchst dilettantisch geführte Einsatz bei der Befreiung eines entführten baskischen Geschäftsmannes, kostete den Polizeichef das Leben. Ein Telefongespräch wenige Stunden danach mag die Zerri-

senheit des Landes charakterisieren. Ein Polizeioffizier der Ertaintza ruft den Bürgermeister eines Dorfes an: „Sperr die Ausfallstraße! Garret, der unseren Chef ermordete, soll sich in deinem Dorf aufhalten.“ Der Bürgermeister: „Ich lasse sperren. Übrigens, Garret ist mein Bruder.“

Viel Schaden richtete der Irrtum europäischer Gutachter an, der Grund des terroristischen Übels sei allein in der Franco-Diktatur zu suchen“, meint Jose Maria Bandres, der Präsident der Baskischen Linken (EE), einst Anwalt von Ertarras. Seiner Ansicht nach, und sie wird auch von vielen konservativen Politikern geteilt, muß man vielmehr die Frage stellen: Warum morden sie noch heute, zehn Jahre nach der Demokratisierung? Die Antwort, die er und viele Basken sich heute selber geben, trifft den Kern des Baskenproblems: die tiefverwurzelte Streitsucht und Selbsttäuschung eines traditionsliebenden Volkstammes, der sich in seinem eigenen Lebensbereich in die Minder-

heit gedrängt sieht. Man erinnert sich heute oft an den baskischen Philosophen Miguel de Unamuno, der dies erkannte und aussprach und den sie deshalb aus ihrem Land drängten.

Im Wahlkampf der 17 Parteien für nicht mehr als zweieinhalb Millionen Bewohner des Baskenlandes spricht kein Redner seine Zuhörer in baskischer Sprache an. Nur jeder vierte könnte ihn einigermaßen verstehen – vorausgesetzt, der Redner selber könnte es fließend sprechen. Vor Jahren ging man daran, neue Ikastolas zu errichten, jene Schulen, in denen nur in Baskisch unterrichtet wird. Ihre Absolventen, darunter viele Erstwähler am Sonntag, lernten ein verzerrtes Geschichtsbild und Haß auf die „spanische Besatzungsmacht“.

Worüber die Nationalisten von rechts und links einfach hinweggehen: Es hat nie jenen selbständigen Baskenstaat gegeben, dessen Zulasung ihre führenden Politiker heute von Madrid verlangen und um dessen Ideologie sich die Basken bereits bis aufs Messer bekämpfen.

Der erträumte Baskenstaat – wie soll er aussehen? An der Antwort auf diese Frage zerbrach letztlich die regierende Baskische Nationalisten-Partei, was jetzt vorgezogene Neuwahlen nötig machte. Die einen wollen den traditionellen, heute aber utopischen Kantonalismus der Gemeinden und Provinzen verwirklichen, der auch früher nur unter der Schutzherrschaft der kastilischen Könige existieren konnte. Die anderen suchen jenen Zentralismus, den sie bisher bekämpften, nur eben baskisch. Die extreme Linke, die in der Herri-Batasuna-Partei, dem politischen Arm der ETA, alle Unzufriedenen sammelt, weiß um ihre Stimmenknappheit und versucht deshalb durch Revolution ihr Ziel, die „Volksrepublik Baskenland“, zu erreichen.

Massenarbeitslosigkeit und die im Drogenkonsum deutlich werdende Frustration, vor allem aber die Maschinenpistolen der ETA lassen viele Basken an das „letzte Gefecht“ glauben. Denn kaum ein Basken rechnet damit, daß die Wahl am Sonntag eine arbeitsfähige Regierung bringen wird.



Wandparole in San Sebastian gegen die Auslieferung von ETA-Terroristen durch Frankreich

Neu-Delhi verordnet ein Fest für seinen „größten Freund“

Es war wie ein Gorbatschow-Festival: Der Staatsbesuch des Gastes aus Moskau wurde in Neu-Delhi mit einem solchen propagandistischen Aufwand inszeniert, daß Kritiker bereits befürchten, die indische Blockfreiheit gerate in Verruf.

Von PETER DIENEMANN

Sie fühlen sich hier wie zu Hause“, kritisiert ein indischer Journalist. Und er meint nicht nur das rüpelhafte Verhalten einiger seiner sowjetischen Berufskollegen, die in halber Hunderter mit Michail Gorbatschow in Neu-Delhi eingefallen sind, sondern auch jene 250 „Bären von Menschen“, die über die Sicherheit des Staatsgastes und seiner Delegation vier Tage lang wachen. Die Sowjetunion hat ein Heimspiel in Indien, meint jetzt auch so manch Sowjet-freundlicher Bürger Neu-Delhis, dem seit Tagen über staatliches Fernsehen, Rundfunk und Morgenzeitung Beschwörungen der sowjetisch-indischen Freundschaft in den Ohren klingen und in die Augen stechen.

Schon vor der Ankunft der sowjetischen Delegation blieb das Selbstverständnis so manch eines indischen Sicherheitsexperten auf der Strecke. Die Kollegen aus Moskau – Gerichten zufolge sollen es nicht nur 250 sein, sondern sechs ganze Flugzeugladungen, also mindestens das Doppelte – wußten scheinbar alles besser als die vor Ort trainierten Inder und entschuldigten sich wohl mit dem völligen Versagen des indischen Personenschutzes bei den Schüssen auf Premier Rajiv Gandhi am 2. Oktober. Bei der Ankunft der Sondermaschine des Staatsgastes schließlich benutzten die baumlangen, breitschultrigen Männer auch schon mal die Ellbogen, um möglichst dicht an ihren Schutzbefohlenen heranzukommen. Keine Chance für den schmächtigen indischen Polizisten, der schließlich gleiches für den Gorbatschow begleitenden Rajiv Gandhi tun sollte.

Auch Sonderrechte wollte offensichtlich das sowjetische Protokoll für sich geltend machen. Nicht im renommierten Asoka-Hotel, wo sich das sowjetische Pressezentrum befindet, sondern in der Asoka-Halle im Präsidentenpalast sollte eine Einführungs-Pressekonferenz der Sowjets vor Ankunft Gorbatschows stattfinden. Für Indien ein bisher nie dagewesenes Arrangement in den „heiligen Hallen“ von Präsident Zail Singh. Der Kompromiß: In der Asoka-Halle – vor wenigen Journalisten – die Vorstellung des Gorbatschow-Buches „Frieden hat keine Alternative“, eine Redensammlung des Parteivorstandes, und im Asoka-Hotel schließlich die Pressekonferenz.

Neu-Delhi fest in sowjetischer Hand? Der Eindruck drängt sich zumindest bei der Betrachtung jener Kulisse auf, die seit Montag Indiens Hauptstadt prägt. Schon Wochen vor dem Besuch wurden alle Straßen zwischen Flugplatz und Regierungsviertel, die die Motorkarawane – darunter aus Moskau eingeflogene Luxuslimousinen – Gorbatschows passieren

sollte, frisch geteert. Blumentöpfe wurden aufgestellt, Girlanden und jene unvermeidlichen Banner über die Fahrbahn gespannt, die Gorbatschow als Friedensbotschafter preisen. „Lang lebe die indisch-sowjetische Freundschaft“ verkünden in dieser Woche an vielen Straßenecken riesige Plakate, in ihrer Größe nur noch von den strahlenden Konferenzen des Michail Gorbatschow und seiner Ehefrau Raisa übertroffen.

Und zur Ankunft des Gastes aus Moskau gab's schulfrei. Nicht nur, damit möglichst viele Schulkinder entlang des 20-Kilometer-Weges vom Flugplatz zum Präsidentenpalast sowjetische und indische Fähnchen schwenken konnten, sondern auch deshalb, weil Schulbusse dafür gebraucht wurden, um Hunderttausende Jubler aus den Außenbezirken Neu-Delhis an den Rand der „Triumphstraße“ zu karren. Und dort mußten sie ausharren. Drei bis vier Stunden Wartezeit auf einen Gast, den viele der durch Freifahrt nach Delhi, Taschengeld und/oder Mahlzeit belohnten Jubler noch nicht einmal beim Namen kannten, geschweige denn, daß sie wissen, wo Moskau liegt.

Die indischen Medien stehen der Gorbatschow-Euphorie der Offiziellen kaum nach. Seit Tagen werden

der neueste Kassenschlager aus heimischer Produktion.

Überhaupt merkt man der Sowjet-Euphorie in Neu-Delhi an, daß sie eine künstliche, staatlich verordnete ist. Gorbatschow oder die Sowjetunion sind kein Gesprächsthema für die Bevölkerung. „Ja, ja, Gorbatschow ist in Delhi“, hört man schon mal beim Einkaufen oder im Stadtbahn. Und damit ist das Thema für die Masse der Einwohner Delhis schon erledigt. Höchstens, daß sich der eine oder andere Autofahrer über kurzfristige Sperrungen jener Straßen beschwert, die der Staatsgast gerade entlangfährt. Kein Wunder: Das viel weiter entfernte Amerika oder die Hauptstadt der früheren Kolonialherren, London, sind Indem vom Hörensagen oder durch eigene Anschauung viel attraktiver als Moskau. Meint ein 18-jähriger College-Student: „Zum Studieren nach Moskau? Sicher nicht. Columbia schon eher.“ Und finanzkräftigen indischen Touristen ist der glitzernde Westen des Dorado und nicht die eintönige Sowjetunion.

„Was tun wir uns an, haben wir diese Unterwürfigkeit nötig?“ fragt der intellektuelle Gupta. Wie vielen anderen in Neu-Delhi stößt ihm seit zwei Tagen „indisches Katzbuckeln“, wie sie es bezeichnen, vor dem russischen Freund sauer auf. „Wir sind Partner und gute Freunde und tradi-



Raisa Gorbatschowa in Neu-Delhi: Mit Argusaugen sind sowjetische Sicherheitskräfte auf der Suche nach Gefahrenquellen

die Leser englischsprachiger Tageszeitungen mit Analysen über das sowjetisch-indische Verhältnis, stets lobend, kaum kritisch, bombardiert. Sonderbeilagen, manche von der Sowjetunion bezahlt, preisen Gorbatschow und den „größten Freund Indiens“, die UdSSR. Zur rechten Einstimmung sendet das staatliche indische Fernsehen sowjetische Kultur- und Spielfilme und mindestens zwei Gorbatschow-Sondersendungen am Tag. In drei Kinos Neu-Delhis finden sowjetische Filmfesttage statt. Eintrittskarten sind stets zu haben, „Krieg und Frieden“ oder „Mexiko in Flammen“ interessieren die kinosüchtigen Inder weitaus weniger als

tionell gastfreundlich. Aber wir sind gleichberechtigt und haben es nicht nötig, uns derart bei den Russen anzubiedern“, so ein indischer Journalist. Ein Zeitungskommentator befürchtet gar, daß Indien durch den überschwenglichen Empfang für Gorbatschow riskiere, andere Freunde zu verlieren. Indiens Blockfreiheit könnte so von Böswilligen in Frage gestellt werden. Doch manchen intellektuellen Kritikern ist ein Trost: Nur zwei Prozent der 750 Millionen Inder beziehen eine Tageszeitung, die übrigen bleiben zumindest von diesem Teil der Propaganda verschont. Und am heutigen Freitag schließlich ist das Spektakel zu Ende. Die Gäste reisen zurück nach Moskau.

KLÖCKNER-MOELLER



Kontakte, die geradewegs in Richtung Zukunft steuern

Elektrische und elektronische Anlagen, Systeme und Geräte zur Automatisierung und Energieverteilung.

Wir forschen, planen, bauen und leisten Kundendienst in aller Welt.

Seit 1899 arbeiten wir daran, Strom sicher zu beherrschen, zu schalten und zu steuern.

Heute ist fast jeder zweite in der Bundesrepublik hergestellte Leistungsschalter von Klöckner-Moeller. Und modernste Industrieelektronik kommt ebenfalls aus unserer Produktion. Also, wenn es um zuverlässige Energieverteilung und Automatisierung

geht, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Auch, weil wir uns nie darauf beschränkt haben, „nur“ hervorragende Geräte zu bauen. Wir haben auch dann immer ein entscheidendes bißchen schneller geschaltet, wenn es um den Service ging.

Geschulte Fachingenieure und erfahrene Mitarbeiter in unseren Technischen Außenbüros sind Ihre

Kontaktleute für Beratung, Projektierung und Kundendienst. Ein „fullservice-Netz“ vor Ihrer Haustür – 42 mal in der Bundesrepublik, 300 mal weltweit. Damit all Ihre Probleme schnell gelöst werden und wir in Kontakt bleiben.

Sprechen Sie mit uns. Wir sind Partner mit dem Know-how für Qualität.

Gespräche über Entsalzung der Werra blockiert

BERND HUMMEL, Eschwege

Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Ost-Berlin über die technischen Möglichkeiten haben eine für Anfang dieser Woche vorgesehene Gesprächsrunde auf Expertenebene platzen lassen. Kommentator der beteiligten Ministerien: „Wir sind an diesem Punkt am Ende.“

Grundsätzlich war bereits Einigkeit erzielt: Im größten der drei Thüringischen Kaliverke, in Merkers, sollte eine Anlage des von der Kali + Salz-AG entwickelten elektrostatistischen Trennverfahrens (ESTA) erstellt werden. Die Errichtung einschließlich der Versuchsanlagen hätte jedoch einen Zeitraum von sechs Jahren erfordert. Die Bundesregierung ist jedoch angesichts der elf Millionen Tonnen Salz, die von der „DDR“ jährlich in die Werra geleitet werden, an einer rascheren Lösung dieses Umweltproblems interessiert.

Als unlängst bei den Expertengesprächen von den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland das so-

Friderichs' Anwälte gehen Bonner Ankläger hart an

„Verzerrter Einblick in frühere Parteispenden-Praxis“

WERNER KAHL, Bonn

Die drei Staatsanwälte im Bonner Parteispendenprozess waren vorwarnung. Chefankläger Irsfeld zeigte sich daher am gestrigen 10. Verhandlungstag des Mammutprozesses nicht überrascht, als die Verteidiger Hans Friderichs, des früheren Bundeswirtschaftsministers und Dresdner-Bank-Vorstandsmitgliedes, der Ersten Großen Strafkammer und der Staatsanwaltschaft, die Anträge vorbrachten, das strafrechtliche Verfahren gegen Friderichs einzustellen. Der Wirtschaftspolitiker aus dem Lager der Freien Demokraten und frühere Bankmanager ist in diesem Prozess gemeinsam mit seinem Nachfolger im Amt des Bundeswirtschaftsministers, Otto Graf Lambsdorff, und dem früheren Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch in der Parteispengeschichte wegen Verdachts der Steuerhinterziehung angeklagt.

Nach rund fünfzehnmonatiger – immer noch nicht abgeschlossener – Beweiserhebung begründeten die Anwälte Wahl und Marquardt, warum sich eine unverzügliche Einstellung des strafrechtlichen Verfahrens geradezu aufdrängt. Um das zu verdeutlichen, griffen die Verteidiger zu der Form eines „epigonalen Plagiats“, das heißt, Rechtsanwalt Wahl zitierte aus einem Beschluss des Landgerichts Aachen vom 18. Dezember 1970. In dem sechzehn Jahre alten Beschluss werden, als handele es sich um den Bonner Parteispendenprozess, Prozessdauer, Belastung eines Angeklagten, Beweiserhebung und Strafanspruch des Staates sorgfältig gegeneinander abgewogen.

„Mediale Hexenjagd“

Im Fall Friderichs warf die Verteidigung der Bonner Staatsanwaltschaft vor, die Ankläger hätten auf einer Pressekonferenz am 28. November 1983, ihren Teil zu einer medialen Hexenjagd beigetragen. Die Anwälte führten ein, besonders bedrückendes Beispiel: dafür an, wie sehr auch die Familie Friderichs unter der Kampagne zu leiden habe. Vor einiger Zeit habe ein Kommilitone einer der Töchter Friderichs in der Universität vor der jungen Frau ausgespuckt.

Mit der Beweisaufnahme habe das

Gericht zwar bisher schon „mehr als nur einen Zipfel“ jener Parteienfinanzierungslandschaft, wie sie länger als 30 Jahre bestand, aufgedeckt“, erklärten die Anwälte weiter. Dennoch hätten die Staatsanwälte wohl immer noch einen „verzerrten“ Einblick in die Praxis der früher üblichen Finanzierung aller Parteien.

Ankläger winken ab

Daß das Spendenverhalten der Dresdner Bank, soweit es von Hans Friderichs mitzuverantworten sei, allen Kriterien einer „allgemeinen Unrechtheit“ entspreche, habe, sei im Prozess deutlich geworden. Friderichs habe keineswegs als Vorstandsmitglied ein eigenes „Parteispenden-Süppchen“ gekocht, sondern eine „Tradition“ fortgesetzt. Sämtliche Verfahren gegen frühere Mitbeschuldigte aus dem Vorstandsbereich der Dresdner Bank seien zudem – ohne strafende Sanktion – „erledigt“ worden, betonten die Verteidiger. Sogar der Fall eines Vorstandsmitgliedes, bei dem es um den Vorwurf einer Steuerhinterziehung in Höhe von 4,6 Millionen ging, sei bereits im Ermittlungsverfahren gegen Zahlung einer Geldauflage eingestellt worden. Friderichs wird zum Vergleich Steuerhinterziehung bei Parteispenden in Höhe von 1,6 Millionen Mark vorgeworfen.

Die Staatsanwaltschaft wird vermutlich eine Einstellung widersprechen. Die Grenze für eine Einstellung bei Parteispendenverfahren werde bei 30 000 Mark gezogen, sagte Oberstaatsanwalt Irsfeld. Steuerhinterziehungen in Millionenhöhe dürften nicht mit Ladendiebstählen in einen Topf geworfen werden. Das Gericht lehnte die Ladung des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, des ehemaligen Bundesfinanzministers Hans Apel sowie des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner als Zeugen für die weitere Beweisaufnahme ab. Begründung: Was die Verteidiger von ihnen hören wollten, werde als „wahr“ unterstellt. Mit anderen Worten, so Professor Schreiber, Anwalt von Eberhard von Brauchitsch, das Gericht geht davon aus, daß der Ex-Kanzler, sein Finanzminister und Börner von der Parteienfinanzierung wußten.

Mit Späths Zauberbesen will MV Engler wegfeegen

Von HARALD GÜNTHER

Acht Jahre nach der Teilung des alten Kultusministeriums hat sich der Machtkampf zwischen den beiden Bildungsressorts in Baden-Württemberg vom stillen Kämmerlein auf die offene Bühne verlagert. Den Anstoß dazu gab Gerhard Mayer-Vorfelder – kurz MV genannt – seit 1980 Minister für Kultus und Sport, als er dieser Tage seinen Kollegen Helmut Engler damit überraschte, daß er sich in einem Zeitungsinterview für die Wiedervereinigung der beiden Häuser einsetzte. In den Beziehungen zu Englers Ministerium für Wissenschaft und Kunst, nörgele der schnelleidige Reservoffizier, gebe es „schädliche Reibungsverluste“, die Lehrerausbildung werde dort „falsch programmiert“. Daß Mayer-Vorfelder glaubt, als Bildungsminister die Luxe selbst alles

die Zeit nach 1988. Um so überraschender kam jetzt Mayer-Vorfelders Verbesserungsvorschlag: für Späth, die CDU-Landtagsfraktion, die dabei ein Wörtchen mitreden will, vor allem aber für Helmut Engler. Letzterer nämlich hält seinen gegenwärtigen Ressortzuschritt für ausgesprochen „sachgerecht und notwendig“. Ein Einheitsressort, wie es vor 1978 in Baden-Württemberg und bis zur letzten Landtagswahl in Bayern existiert habe, könne die einzelnen Bildungsebenen nicht hinreichend betreuen, sei zudem als Aparat „nicht mehr überschaubar“.

Er selbst, betont Engler im Gespräch mit der WELT, könne nur jedem raten, „die Einteilung so zu lassen, wie sie ist“. Und wenn ihm die Leitung eines solchen Superministeriums angeboten würde, „dann“, antwortet der Grandseigneur an Späths Kabinettschef, „würde ich das nicht machen“.

Die Argumente Mayer-Vorfelders sind für ihn allerdings „reine Leerformeln“, hinter denen andere Motive stecken. Der Kultusminister, vermutet Helmut Engler, habe ihm sein Eintreten für eine Verknüpfung der gymnasialen Schulzeit auf zwölf Jahre „möglicherweise übergenommen“. In der Tat: Die vor einigen Wochen publizierte Meinung Englers war im Hause Mayer-Vorfelders als unfreudlicher Akt und Einmischung in fremde Angelegenheiten aufgenommen worden. Seitdem wird der Schwarze Peter hin und her geschoben. „Die jungen Leute sind zu alt, wenn sie ihr Studium beginnen“, sagt Helmut Engler. „Die Studienanfänger sind nicht zu alt, wenn sie anfangen“, kontert Mayer-Vorfelder spitz, „sondern wenn sie aufhören“.

Spannungen wie diese sind freilich nicht neu. Engler, vor seinem Eintritt ins politische Leben selbst Universitätsrektor, stieß wiederholt mit Mayer-Vorfelder zusammen, wenn es um bedarfslenkende Eingriffe in die akademische Ausbildung ging. Aber auch in der Frage einer Reform der Studiengänge für das Lehramt an Gymnasien gehen die Auffassungen der beiden Minister (noch) weit auseinander. Das alles könnte sich nach der Landtagswahl in knapp einhalb Jahren grundlegend ändern.

Die CDU trägt schwer an Biedenkopfs Grünen-Zitat

NRW-Vorsitzender rechtfertigt sich / „Ohrfeige für Partei“

HELMUT BREUER, Düsseldorf

„Die jüngsten Thesen Kurt Biedenkopfs zu den Grünen wirken wie eine Einladung zur Zusammenarbeit, wie ein Angebot zu einer schwarz-grünen Koalition. Für die CDU im Wahlkampf ist das eine Ohrfeige. Darin sind sich viele Kollegen einig.“ Einer der stellvertretenden Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion, der gestern am Rande der Plenarsitzung des Düsseldorf-Landtags diesen Stoßfänger kundtat und sofort erschrocken darum bat, seinen Namen zu verschweigen, „damit alles nicht noch schlimmer wird“, hatte gerade einen Brief seines Parteichefs Biedenkopf kopfschüttelnd zur Kenntnis genommen. In diesem Brief an die „lieben Kolleginnen und lieben Kollegen“ der CDU-Landtagsfraktion versucht der Abgeordnete Biedenkopf, „mit besten Grüßen“ den Eindruck zu vermitteln, seine aufsehenerregende Lobrede an die Adresse der Grünen hätten lediglich den Zweck gehabt, die Warnungen der CDU vor eben diesen Grünen bei Erstwählern und älteren Mitgliedern glaubwürdig zu machen, wie es schließlich auch CDU-Generalsekretär Geißler getan habe. Denn der Hinweis auf die „positiven Beiträge der Grünen zur politischen Diskussion“ in der Vergangenheit, „ehe die grüne Partei zunehmend unter dem Einfluß ökosozialistischer und marxistischer Kräfte geraten ist“, mache erst die CDU-Warnungen vor einem rot-grünen Bündnis glaubwürdig und sei deswegen „eine wichtige Aufgabe unserer Wahlkampfstrategie“, wie es in dem am Mittwochabend eilig verteilten Schreiben heißt.

Helle Empörung in der Bonner Zentrale

In der CDU-Wahlkampfstrategie, dem Konrad-Adenauer-Haus, war man gestern allerdings ganz anderer Meinung. „Verübelt und erobert“ habe die CDU-Führung die neuesten Einfälle Biedenkopfs zur Kenntnis genommen. Den Versuch, aus einem einzigen von Biedenkopf zitierten Satz Geißlers den Generalsekretär der Partei für die „Lobhudelei der Grünen“ in Anspruch zu nehmen, sei

„im höchsten Maße unredlich“, wie der WELT erklärt wurde. Wenn Biedenkopf im übrigen die bekannten CDU-Wahlkampfthesen verbreitet hätte, „wäre ihm von der Frankfurter Rundschau“ wohl kaum die Ehre einer Sonderseite zuteil geworden. „In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herrscht Entsetzen, die hessische Partei ist wegen der Komplimente Biedenkopfs an Joschka Fischer empört. Das ist die Lage“, hieß es in der „informellen“ Erklärung eines CDU-Sprechers.

Unverständnis auch beim Bundeskanzler

Keinen Kommentar zu den Vorwürfen gab es dagegen gestern im Bundeskanzleramt, an dem am Morgen ein einstündiges, bereits lange vor dem Biedenkopf-Interview terminiertes Vier-Augen-Gespräch zwischen Parteichef Helmut Kohl und den nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden stattgefunden hatte. Über den Inhalt drang nichts nach draußen. Allerdings habe der Bundeskanzler bereits am Dienstagabend, als Vorabmeldungen über die jüngste Initiative seines früheren Generalsekretärs bekannt wurden, zwei zufällig anwesenden Besuchern sarkastisch gesagt, manchmal könne man meinen, „der Kurt ist keiner von uns“.

Um die Solidarität der Partei wird es auch in der Debatte gehen, die für den gestrigen Abend in einer eilig einberufenen Sondersitzung der Düsseldorf-Landtagsfraktion angekündigt worden ist. Die Sondersitzung war ursprünglich wegen des Vorwurfs Biedenkopfs, sein Parteistellvertreter Pützthode habe sich „wahlkampfschädigend“ verhalten, einberufen worden. Gestern wurde nun auch der Wahlkampf-Beitrag Biedenkopfs auf die Tagesordnung gesetzt. „Wir haben jetzt vor allem die Sorge, daß die Grünen die Biedenkopf-Thesen plakatieren. Dann können wir zumindest unseren Wahlkampf gegen die Grünen einstellen“, klagte gestern ein Düsseldorf-Landtags-CDU-Abgeordneter und machte den christlichen Zusatz: „Gott schütze uns vor unseren Freunden.“

Minister Martin mahnt Geistliche

idea, Bonn

Gegen gemeinsame Friedensdemonstrationen von evangelischen und kommunistischen Gruppen hat sich der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der rheinland-pfälzische Minister für Bundesangelegenheiten, Albrecht Martin, ausgesprochen. In einem Brief an die Geistlichen in der Bundesrepublik Deutschland mahnte er, kommunistische Vorstellungen vom Frieden seien die des Warschauer Paktes. Das werde heute oft nicht bedacht. So hätten Repräsentanten evangelischer Friedensgruppen zur Großdemonstration am Cruise-Missile-Standort Hesselbach erklärt, die Teilnahme kommunistischer Gruppen sei für sie kein Problem.

Plädoyer für Südafrika

epd, Hannover

Der Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Axel Freiherr von Campenhausen, hat vor der hannoverschen Synode seine Ansicht bekräftigt, Südafrika sei der einzige freie Staat in Schwarzafrika. Deshalb müsse man mit seiner Regierung mindestens so gesprächsbereit umgehen wie mit „verbrecherischen Regierungen“ im Ostblock. Als „Skandal“ verurteilte er den vorübergehenden Ausschluss der weißen lutherischen Kirchen aus dem Lutherischen Weltbund. Die weißen Christen in Südafrika hätten mit Grund Angst, so sagt von Campenhausen, deutsche Christen wollten sie „ans Messer liefern“.

Stadt Bonn: Sandoz soll zahlen

AP, Bonn

26 Tage nach dem Giftunfall am Oberrhein hat die Stadt Bonn von dem Schweizer Chemie-Unternehmen Sandoz Schadenersatz in Höhe von 175 000 Mark gefordert. Wie das Presseamt der Stadt gestern mitteilte, sind den Bonner Stadtwerken entsprechende Mehrkosten durch einen 13tägigen Fremdwasserbezug aus einer Talsperre, durch stärkere Anstrengungen bei der Wasseraufbereitung und durch vermehrte chemische und bakteriologische Wasseruntersuchungen entstanden. Nach eigenen Angaben hat die Stadt Bonn damit als erste Kommune am Rhein auf die von dem Schweizer Chemieunternehmen verursachte Vergiftung des Stroms reagiert.

Bischof verteidigt Kernenergie

KNA, Hanau

In Solidarität mit den rund 2700 Beschäftigten der Hanauer Nuklearkernkraftwerke hat sich der Bischof von Fulda, Erzbischof Johannes Dyba, für die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgesprochen. Bei einem Besuch der Reaktor-Brennelement-Fabriken Alkem und RBU in Hanau stellte sich Dyba gestern eindeutig hinter den jüngsten Beschluss der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Die UNO hatte dafür plädiert, die „friedliche Nutzung der Atomenergie“ weiter auszubauen und sie auch den Entwicklungsländern zugänglich zu machen. Damit sei der Weg klar vorgezeichnet, sagte der Bischof, nämlich „Fortschritt in Sicherheit“.

Grüne: Ausstieg nicht umsonst

ULRICH REITZ, Bonn

Während die Sozialdemokraten den Eindruck erwecken, ein Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von zehn Jahren sei kostenneutral zu bewerkstelligen, gehen die Grünen davon aus, daß das „umsonst nicht zu haben“ sei. Joachim Müller, Abgeordneter der Grünen, bezifferte auf einer Podiumsdiskussion der Katholischen Deutschen Burschenschaft zu Bonn die Kosten eines Ausstiegs in der „ersten Phase“ auf zwölf Milliarden Mark. Insgesamt – auch nach dem Verzicht auf die Gewinnung von Strom aus Kohle – werde der Abschied von der Kernenergie zwischen 30 und 40 Milliarden Mark kosten, sagte der Grüne, der darauf hinwies, daß seiner Partei entsprechende Studien vorlägen.

Die Überlegungen des Grünen verwarf der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpper als „rabulistisch“. Mit Blick darauf, daß die an die Bundesrepublik grenzenden Länder die Atomkraft extensiv nutzen, plädierte der CDU-Politiker für einen Verzicht auf den Ausstieg. Die Verhandlungen mit Frankreich über Cattenom hätten gezeigt, daß die Deutschen für eine höhere Sicherheit von Kernkraftwerken im Ausland sorgen könnten. Töpper: „Wenn wir aussteigen, wo soll denn dann der Maßstab für hohe und höchste Sicherheit herkommen?“ Der SPD hielt Töpper für einen Ausstieg innerhalb von zehn Jahren sei für die Öffentlichkeit „logisch kaum nachvollziehbar“. Atomenergie sei verantwortlich oder nicht.

TEST

ERLEBNIS



Ein Wochenende im CX.

Jetzt können Sie was erleben: einen CX. Und mit etwas Glück haben Sie ja sogar schlechtes Wetter. Dann können Sie ein Wochenende lang nicht nur einen CX, sondern auch seine Wintertauglichkeit testen: Sein beruhigend sicheres Citroën HP-Fahrwerk (Hydropneumatik) mit automatischem Niveauausgleich. Seinen spurstabilen Frontantrieb. Sein drehmoment-optimiertes Triebwerk. Sein stufenlos einstellbares Belüftungssystem. Seine automatische Heizungsregulierung. Oder das bei den meisten Modellen lieferbare Anti-Blockier-System (ABS). Aber testen Sie selbst: Sie schicken uns den Coupon, und wir vermitteln Ihnen einen Citroën-Händler, der Ihnen für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Einverstanden?

Citroën CX, 25 Modellvarianten. Von 54 kW/75 PS bis 122 kW/168 PS. Als Diesel oder Benzin, mit und ohne Turbo. Als Limousine oder Break. In insgesamt 15 schadstoffarmen Versionen, mit und ohne Katalysator. Leicht zu finanzieren und zu leasen durch die Citroën Partnerbank, die P.A.-Creditbank. Citroën empfiehlt Total.

Einverstanden.

Ich schicke Ihnen diesen Coupon. Sie vermitteln mir einen Citroën-Händler, der mir für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Hier ist meine Anschrift:

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon: _____

(Bitte senden Sie diesen Coupon an die Citroën AG, Abteilung Vertrieb, Nikolausstr. 84 - 90, 5000 Köln 90.)

CITROËN
Die Kraft der Kreativität

Heiße Fracht aus Holland für den Krieg der Mullahs

1,6 Millionen Tonnen Sprengstoff in Bremerhaven verschifft

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Die niederländischen Sprengstofflieferungen für den Iran, die so vermutet die Amsterdamer Staatsanwaltschaft, von der Firma Muiden Chemie ausgeführt worden sind, gingen zuerst per Zug nach Bremerhaven und wurden dort dann verschifft. Dänische, portugiesische und griechische Schiffe transportierten die riesigen Mengen des holländischen Sprengstoffes in den jugoslawischen Hafen Bar, wo ein hoher jugoslawischer Militär den Empfang quittierte und - gegen die Zahlung einer stattlichen Summe harter Dollars - auch bereit war, die „Endbestimmung Jugoslawien“ schriftlich zu bestätigen. Muiden Chemie verfügt über eine staatliche Ausfuhrgenehmigung für das Balkanland.

Um die mit Sprengstoff beladenen Schiffe von den Ägyptern, die im Golf-Krieg den Irak unterstützen, unentdeckt durch den Suez-Kanal schleusen zu können, trat in dieser Phase der Transaktion ein kenianischer Offizier als Abnehmer auf. Der Kenianer war der zweite Strohmann, reklamierte die im wahren Sinne des Wortes hochexplosive Fracht offiziell für sein Land und verhinderte so, daß bei den Ägyptern ein begründeter Verdacht aufkommen konnte. Diese Darstellung der in den Niederlanden gesetzlich verbotenen Sprengstoffexporte in den Iran gibt die Amsterdamer Zeitung „Vrij Nederland“ in ihrer jüngsten Ausgabe.

Auf diese Weise kamen, so behauptet das Blatt, in den vergangenen beiden Jahren rund 1,6 Millionen Tonnen Sprengstoff im Wert von rund 42 Millionen Gulden über Bremerhaven und das jugoslawische Bar in den Iran. Zielhafen der heißen Fracht sei immer Bandar Abbas an der iranischen Südküste gewesen.

Europäisches Kartell

Gesteuert und organisiert wurde der Sprengstoffhandel demnach von der schwedischen Firma Bofors. Sie soll den Verkauf des Sprengstoffes an den Iran zusammen mit einem internationalen Kartell westeuropäischer Sprengstoffproduzenten, das nach Informationen von „Vrij Nederland“ aus der deutschen Firma „Dynamit Nobel“, der belgischen „Poudreries

Reunies de Belgique“, der schwedischen „Nobel Kemi“ sowie aus finnischen und österreichischen Unternehmen bestand, eingefädelt und organisiert haben.

Der die strafrechtliche Untersuchung gegen die Muiden Chemie leitende Amsterdamer Staatsanwalt Henk Wooldrik bestätigte in diesem Zusammenhang gegenüber der WELT, daß er seinen Tip „aus Schweden erhalten hat“. Wooldrik weiter: „Uns liegen Dokumente vor, daß der Sprengstoff der Muiden Chemie im Iran entladen wurde.“

Deutsche Ingenieure

Ferner soll unter Federführung des schwedischen Unternehmens Bofors zwischen 1983 und 1984 im iranischen Wüstengebiet zwischen Shiraz und Isfahan eine geheime Waffenfabrik gebaut worden sei. Die Konstruktion und die Leitung der Arbeiten lag in den Händen von deutschen, französischen, schwedischen und amerikanischen Ingenieuren. „Die Amerikaner sind mit bundesdeutschen Reisepässen ausgestattet gewesen“, schreibt „Vrij Nederland“. Koordiniert wurde der Bau dieser Munitionsfabrik demnach ebenfalls durch einen Schweden, den Geschäftsmann Karl-Erik Schmitz, Leiter der „Scandinavian Commodity“, kurz „Scanco“ genannt.

Der Direktor der Muiden Chemie, de Graaff, bestreitet in einem Gespräch mit der WELT entschieden, von den Sprengstofftransporten nach Iran etwas gewußt zu haben und behauptet: „Wir lieferten ausschließlich nach Jugoslawien.“ Der Geschäftsbericht der Muiden Chemie weist auch in der Tat diese Lieferungen aus. Zwischen 1984 und 1986 belaufen sie sich auf insgesamt 42 Millionen Gulden.

Nun drängt sich in diesem Zusammenhang aber die Frage auf: Warum kauft das chronisch devisenschwache Jugoslawien ausgerechnet in Westeuropa gegen Valuta Sprengstoff? Und dazu noch in solch riesigen Mengen. Staatsanwalt Henk Wooldrik hofft nun, in den bei Muiden Chemie beschlagnahmten Aktenbergen weitere Indizien für die „Dutch Connection“ zu finden, die in Wirklichkeit eine westeuropäisch-amerikanisch-jugoslawische zu sein scheint.

Südtirol wehrt sich gegen plötzliche Eile Roms in der Autonomie-Frage

Erster Punkt: Vor Gericht sollen Deutsch und Italienisch gelten / Debatte im Parlament

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Zwei italienisch-österreichische Außenministertreffen in Florenz und Wien, eine Südtirol-Beratung der fünf italienischen Regierungsparteien und eine Südtirol-Debatte in der römischen Deputiertenkammer am nächsten Freitag werden in Rom und in Bozen als Anzeichen dafür gewertet, daß wieder Bewegung in die Südtirol-Frage gekommen ist. Die volle Verwirklichung des vor 15 Jahren beschlossenen Südtiroler Autonomiestatus stagniert seit Jahren.

Wie aus römischen Regierungskreisen verlautet, sollen die fünf Koalitionsparteien bei ihrem Treffen, an dem auch der für Südtirol zuständige Regionenminister Carlo Vizzini und der Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten, Giuliano Amato, teilnahmen, übereingekommen sein, die noch offenen Punkte der Durchführungsbestimmungen für das Autonomiestatut angeblich bis Februar 1987 zu regeln und damit das Südtirol-Problem vom Tisch zu bringen. Als erster Punkt soll dabei die Gleichstellung der deutschen und der italienischen Sprache vor Gericht verabschiedet werden.

In dieser Frage hatten sich die für die Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen zuständigen italienischen Kommissionen italienischer und Südtiroler Experten schon vor dreieinhalb Jahren einstimmig auf eine Formel geeinigt, die dann

aber aufgrund von Protesten aus der italienischen Volksgruppe Südtirols von Ministerpräsident Bettino Craxi auf Eis gelegt wurde.

Die deutschstämmigen Südtiroler befürchten jetzt, daß man davon wieder Abstriche machen möchte und die Südtiroler Zustimmung dazu; mit dem Argument zu erlangen töft, daß dadurch der Weg zu einer schnellen generellen Regelung aller noch offenen Fragen geebnet würde.

Der Südtiroler Landeshauptmann und Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP), Silvius Magnago, sagte jedoch kürzlich der Zeitung „Dolomiten“: „Auf einen solchen Kuhhandel lassen wir uns nicht ein.“ Es sei zwar zu begrüßen, daß man sich in Rom jetzt um eine Regelung der noch offenen Fragen bemühe. „Wir sind aber nicht damit einverstanden, daß man Termine setzt.“ Dadurch würden die zuständigen Expertengremien unter Zeitdruck geraten, was der Sache abträglich wäre.

In Gesprächen mit Südtiroler Politikern konnte man schon seit längerem den Eindruck gewinnen, daß den Vertretern der deutschen Volksgruppe gar nicht so sehr an einer schnellen und definitiven Globalregelung gelegen ist.

Denn nach einer solchen Regelung würde eine österreichische „Streitbeilegungserklärung“ vor der UNO fällig, die das Südtirol-Problem internationalisieren, also wieder zu ei-

ner rein inneritalienischen Frage machen würde. Außerdem wären dann neue Südtiroler Autonomiewünsche, die sich aufgrund bisheriger Erfahrungen oder neuer Entwicklungen - etwa auf technologischem Gebiet - ergeben könnten, sicherlich schwerer durchsetzbar als in der jetzigen, noch immer offenen Situation.

Offen sind auch die Durchführungsbestimmungen im Finanzwesen, wo die SVP für die autonome Provinz Bozen 90 Prozent der direkten staatlichen Steuereinnahmen für sich verlangt, im Transport- und Kommunikationswesen sowie in der Namensgebung für Orte, Flüsse. Auf diesem letztgenannten Gebiet der „Toponomastik“ fordern die Südtiroler die Abschaffung aller in der faschistischen Zeit erfundenen Namen. Sie sind nur bereit, historisch belegte italienische Namen neben den deutschen zu akzeptieren - beispielsweise „Bolzano“ neben „Bozen“.

Für die Südtirol-Debatte liegen bisher 54 Anfragen und Beschlufträge vor. Der radikalste Beschluftrag wurde von den Neofaschisten eingebracht. Er fordert unter anderem die Abschaffung des ethnischen Proporz im Staatsdienst, die Verhinderung der Sprachgleichstellung vor Gericht und die Abschaffung der Zweisprachigkeitspflicht im öffentlichen Dienst. Daß dieser Antrag eine Mehrheit findet, gilt freilich als höchst unwahrscheinlich.

Rogers dementiert Rücktrittspläne

rttr, Den Haag

US-General Bernard Rogers hat Berichte dementiert, daß er als Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte im kommenden Jahr ausscheiden wolle. Er sei bereit zu bleiben, vorausgesetzt, daß Präsident Reagan ihn im Amt bestätige. Aus dem Pentagon war verlautet, Rogers wolle 1987 aus der NATO ausscheiden. Als möglicher Nachfolger war General John Galvin, Chef des US-Kommandos Süd in Panama, genannt worden. Der NATO-Oberbefehlshaber muß alle zwei Jahre bestätigt werden. Der nächste Termin für Rogers, seit 1979 im Amt, ist der Juni 1987.

Vanunu wird vor Gericht gestellt

AFP/rttr, Jerusalem

Der israelische Atomtechniker Mordechai Vanunu ist wegen „Zusammenarbeit mit dem Feind in Kriegszeiten“ und „Spionage“ vor dem Jerusalemer Bezirksgericht angeklagt worden. Vanunu soll der britischen „Sunday Times“ anvertraut haben, daß Israel seit 20 Jahren Nuklearsprengköpfe produziert. Der israelische Rundfunk berichtete, die Staatsanwaltschaft wolle für den ersten Anklagepunkt lebenslange Haft beantragen. Normalerweise steht auf „Zusammenarbeit mit dem Feind“ in Israel die Todesstrafe. Die Verhandlungen beginnen am Sonntag.

Jaruzelski warnt vor „Abenteurern“

dpa, Warschau

Der polnische Parteichef Wojciech Jaruzelski hat gestern allen Forderungen nach Zulassung eines gewerkschaftlichen Pluralismus eine Absage erteilt. Vor dem in Warschau tagenden Kongreß der neuen polnischen Gewerkschaften sagte er, die bestehenden Formen garantierten die Vielfalt und die Konzentration der Bemühungen. „Eine Rückkehr zum politischen Abenteuerismus wird es nicht geben.“ Jaruzelski verteidigte gleichzeitig das „polnische Modell“ im Gewerkschaftswesen und rief die neuen Gewerkschaften auf, kritische Partner der Führung zu sein.

In Wien beginnt Ringen um eine Koalition

Vranitzky berät mit Mock / ÖVP noch uneinig über Kurs

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zu ersten Gesprächen über die Bildung einer neuen Regierung trafen gestern in Wien der amtierende Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) und der ÖVP-Vorsitzende Alois Mock zusammen. Über den Ausgang des politischen Pokerspiels um eine neue Koalition herrscht Rätselraten.

Die SPÖ kann - auch wenn es ihr mit einem äußerst knappen Vorsprung von vier Parlamentssitzen gerade noch gelang, die relative Mehrheit zu behalten, eigentlich nur noch in einer großen Koalition mit der ÖVP regieren. Mit den neu ins Parlament eingezogenen Grünen hätte sie weder sachlich noch zahlenmäßig eine gemeinsame Basis.

Gegenüber FPÖ festgelegt

Mit der FPÖ - bisher Juniorpartner der Sozialisten in einer kleinen Koalition - haben sowohl Vranitzky wie der SPÖ-Vorsitzende Sinowatz das Tischstuch zerschneiden und jede Koalitionsbildung ausgeschlossen.

Die Volkspartei, die nach 16 Jahren Opposition trotz schwerster sozialistischer Stimmenerluste wiederum verfehlte, stärkste Partei in Österreich zu werden, ist zutiefst enttäuscht. Nach dem haushohen Wahlsieg Kurt Waldheims herrschte Euphorie in der ÖVP. In der jetzt zutiefst verunsicherten ÖVP ringen nun offenbar zwei Strömungen um den einschlagenden politischen Kurs.

Da sind auf der einen Seite die „Großkoalitionäre“. Sie wollen nun mit geringerem Gewinn das tun, wozu sie auch im Fall eines Wahlsieges gedrängt hätten: eine große Koalition mit den Sozialisten abschließen. Wenn die ÖVP nun auch als zweitstärkste Partei nicht den Bundeskanzler stellen kann, so sollte sie doch nicht auf den Vizekanzler und einige - vor allem wirtschaftspolitisch - wichtige Ressorts verzichten, lautet ihr Argument.

Daneben aber gibt es auch eine zweite Richtung, die ganz anders argumentiert - und die einen gewissen Einfluß auf Parteichef Alois Mock auszuüben scheint. Wenn die ÖVP jenen Sprung wagen sollte, vor dem viele ihrer Politiker, vor allem einige „Landesfürsten“, zurückschrecken - nämlich mit den Freiheitlichen des

Wahlsiegers Haider eine kleine „schwarz-blaue“ Koalition zu bilden, dann - so meinen diese Wagemutigen - gäbe es nach mehr als anderthalb Jahrzehnten wieder einen ÖVP-Bundeskanzler.

Vranitzky, der die SPÖ als Kanzler und Spitzenkandidat davor bewahren konnte, in eine totale Niederlage zu fallen, würde als Oppositionsführer kaum zur Verfügung stehen und fele damit als Gegenspieler und Publikums-magnet aus.

Selbst wenn die Koalition mit den Freiheitlichen großen sachlichen und persönlichen Belastungen ausgesetzt wäre - die ÖVP könnte doch die Zeit für sich arbeiten lassen. Eine schwarz-blaue Koalition müßte nur den Mut haben, Druck der Gewerkschaften und der Sozialisten standzuhalten. Dann könnte sie doch noch jene „Wende“ vollbringen, von der Mock im Wahlkampf immer gesprochen hatte.

Die ÖVP-Führung hat den Sozialisten als erstes Angebot die Bildung einer Allparteien-Regierung - der populäre Name lautet „Konzentrationsregierung“ auf den Tisch gelegt.

Wie ÖVP-Generalsekretär Michael Graff erklärte, will man von den Sozialisten durch Verfassungsänderung eine Garantie dafür, daß in Österreich künftig - ebenso wie in der Schweiz oder wie bereits jetzt auf der Ebene der österreichischen Bundesländer - jeweils alle im Parlament vertretenen Parteien auch an der Regierung beteiligt werden. Damit wolle man der SPÖ die Möglichkeit nehmen, die ÖVP nach dem Motto „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan“ an die Luft zu setzen und anderweitig - etwa wieder mit der FPÖ - zu koalieren.

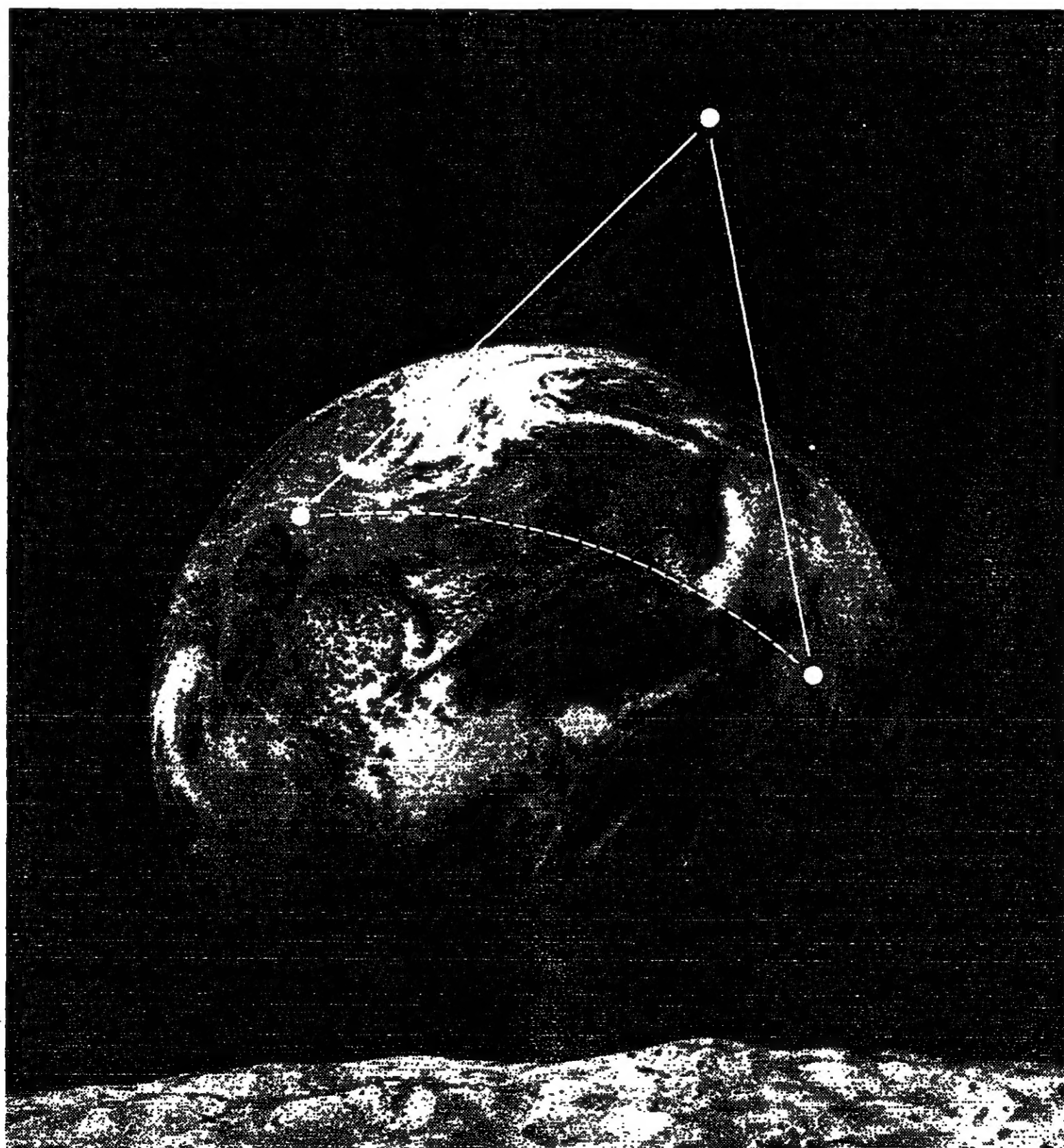
Alles ist offen

Dieser ÖVP-Vorschlag - der bereits als erstes Angebot die Bildung einer Allparteien-Regierung (Ministerpräsident) der Steiermark propagiert wird, hat allerdings wenig Aussicht auf Verwirklichung. Weder die FPÖ noch die Grünen werden sich in eine Allparteien-Regierung zwängen lassen, in der sie ohnedies kaum kreativ sein können.

Die Frage heißt also immer noch: Große Koalition SPÖ-ÖVP, kleine Koalition ÖVP-FPÖ - oder eine Minderheitsregierung der Sozialisten.

Krupp Antennentechnik

Spezialantennen von Krupp Industrietechnik bei der interkontinentalen Erdvermessung.



Bewegung der Kontinente und über erdbebengefährdete Gebiete möglich.

400 km nördlich des Polarkreises, im norwegischen Tromsø, steht EISCAT. Diese Spezialantenne dient der Erforschung des Polarlichts und des Einflusses der Sonne auf die Jahreszeiten.

4.000 km weiter südlich, auf einem Gipfel der Sierra Nevada, empfängt eine 30-m-Antenne Signale von der Milchstraße.

In Usingen bei Frankfurt sorgen 2 je 140 Tonnen schwere Parabolantennen als Erdfunkstellen der Deutschen Bundespost für die weltweite Übertragung von Fernsehprogrammen.

An Einrichtung und Realisierung dieser Antennen war Krupp in Arbeitsgemeinschaften maßgeblich beteiligt.

Moderne Antennentechnik von Krupp hilft noch auf vielen anderen Gebieten. Zum Beispiel bei der Auffindung verborgener Bodenschätze, der Rohmaterialforschung, der Kontrolle im Umweltschutz und als Kommandostation für Raumsonden.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche des Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



Vom Bayerischen Wald bis Texas ganze 5 Zentimeter.

Die Kontinente unserer Erde sind ständig in Bewegung. Spezialantennen von Krupp Industrietechnik vermessen diese Kontinentalverschiebungen so genau, daß zum Beispiel die Strecke vom Bayerischen Wald bis Texas bis auf 5 cm genau berechnet werden kann. Das sind etwa 7 mm auf 1.000 km Entfernung. Krupp Industrietechnik ist ein Unternehmen im Krupp Konzern.

Auf ein tausendstel Grad genau peilen diese Spezialantennen Fixsterne an. Mit Hilfe der gewonnenen Daten sind lebenswichtige Informationen über die

* Wenn Sie weitere Informationen über Antennentechnik von Krupp wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Industrietechnik GmbH, Franz-Schubert-Str. 1-3, D-4100 Duisburg 14.



7.12.1966: „Steigbügelhalter“ Kurt Kiesinger? Der Kanzler bei seiner ersten Kabinettsitzung mit dem Gesamtdeutschen Minister Herbert Wehner und Innenminister Paul Lübke

Seit der schmerzhaften Niederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen im Juli 1966 war Herbert Wehner wie ausgewechselt. Seine Höflichkeit, wie immer sorgsam gewählt, wandte sich von Stund an bürgerlichen Politikern und Journalisten ab, von denen bekannt war, daß sie der Union nahestanden. Die Veränderung des Kanzlers zum Südhölzernen hatte ausschließlich politische Gründe, die von den Favoriten der bürgerlichen Mätschhirschen, wie er so früher mit züchtigen der Sprache bezeichnet hatte, mit Sympathie verwandelt wurde. Der bunte Adressat wurde, warum er freundlich vertretet: Der Verlust von 200 000 Stimmen im größten deutschen Bundesland war damals noch das wichtigste künftige Indikatoren das Ende der Adenauer-Ära. Der Adenauer-Willy Brandt hat es am 8. Oktober 1966, als es fast soweit war, intelligenter ausgedrückt: „Wir erleben die verlängerte Schluphase der Adenauer.“

Der Fraktionsvorsitzende der SPD hatte aber etwas anderes im Sinn als der Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Brandt. Der bei den Bundestagswahlen 1961 und 1963 zu kurz

gesprungen war und nach einer Gelegenheit suchte, schnell zum Zuge zu kommen. Zwar fand auch Wehner sich am 18. Oktober 1966 um 15 Uhr in Burscheid, im Hause des Mannesmann-Vorstandes und FDP-Vermittlers v. Eichborn ein, wo die Herren Brandt und Nau, SPD-Schatzmeister, Willi Weyer und Walter Scheel von der FDP und eine Stunde später sogar Vizekanzler Erich Mende zur Stelle waren, um angesichts der unvermeidlich gewordenen Regierungskrise in Bonn die Möglichkeit einer SPD-FDP-Koalition zu erörtern.

Brandt war nicht abgeneigt, denn in der Außenpolitik, besonders bei der Ostpolitik, gab es Gemeinsamkeiten. Mende verwies auf wirtschafts- und gesellschaftspolitische Differenzen; erstere Sorgen bereitete die schmale Mehrheit beider Parteien – man hätte gegebenenfalls nur „sechs über den Durst“, wie Brandt kehlig anmerkte. Den Haupteinwand aber brachte Scheel zur Sprache: Die Geldquellen aus der Industrie würden sogleich versiegen, wenn die FDP mit den Sozialdemokraten ins Geschirr ginge. Nau erwähnte am Rande die Bank für Gemeinwirtschaft – aber dieser Zauber sollte erst

1969 seine Wirkkraft entfalten, als die Internationale Genossenschaftsbank zu Basel, Aeschengraben 12, die Zentralbank der Europäischen Gewerkschaftsbewegung, den Schlauch in die hochverschuldete FDP senkte und mit zwölf und dann 14 Millionen Mark das ausgetrocknete Geäder der Liberalen schmeigsam machte.

Wehners langer Weg zur Macht

Nein, Herbert Wehner schwebte anderes vor, ein zuverlässiger, wenn auch längerer Weg zur Macht, unter Umgehung dieser „Kapitalisten-FDP“, die er auch drei Jahre später, in der Wahlkampf vom 28. zum 29. September 1969, noch als „Pendler“ abtat. Für ihn waren das die „falschen“ Bürgerlichen. Gestützt auf die Vermittlung des Reichsfreiherrn Karl Theodor von und zu Guttenberg, eines eigenwilligen CSU-Abgeordneten mit nationalen außen- und innenpolitischen Visionen, hatte Wehner längst Fäden zu Bundespräsident Lübke und einer Reiselauf-Kohorte von Unionspolitikern geknüpft, die sich aus unterschiedlichen, mehr oder we-

Es war im Januar 1967, als ich Herbert Wehner, dem frischgebackenen Gesamtdeutschen Minister der Großen Koalition, gegenüber saß. „Wissen Sie“, sagte Wehner mild und leise, „dieser Bundeskanzler Kiesinger ist ein so gebildeter Mann, er beherrscht die Sprache, ich glaube, er kann auch Lateinisch.“ Alles schien zu glänzen an diesem Wintertag: Die SPD hatte die Machtpartnerschaft errungen. Wie war es dazu gekommen? Was war vor 20 Jahren in die Union gefahren, Ludwig Erhard fallenzulassen? War Gefahr im Verzuge, stand eine Krise bevor? War der Kanzler zu schwach? Ludwig Erhard in seinem Polstermöbel in der Bonner Johannisstraße: „Nein, schon bald nach meinem Amtsantritt 1963 hatte ich das Gefühl, daß die Parteifreunde keine Freunde waren. Weil sie keine Toga trugen, hielten sie die Messer hintern Zweireiher.“

Große Koalition – der Versuch, die Staatsmacht durch zwei zu teilen

Von HERBERT KREMP

niger ehrenwerten Gründen darüber einig waren, daß die Regierungstage Ludwig Erhards gezählt sein sollten.

Der Kanzler hatte die Union bei den Bundestagswahlen im Oktober 1965 zum Siege geführt, er war einige Monate später nach kurzem Kampf mit Rainer Barzel sogar Vorsitzender der ihm wenig heimlichen CDU geworden, aber dann hatte jene Strömung aus Krisen, Kritik und Kabbalen den Mann im Palais Schaumburg überzogen, von dem der zeitkundige Bankier Hermann Josef Abs jüngst in dieser Zeitung sagte: „Er war zu gut für diese Welt.“ Konrad Adenauer, damals auf der hohen Warte des Alters in Rhöndorf und im Boccia-Dorf Cadenabbia sitzend, verfolgte den Sturz seines Wirtschafts-Architekten und Nachfolgers mit Genugtuung und Zutun.

Dabei hat es Ludwig Erhard im Nachleben der Erinnerung besser getroffen als Kurt Georg Kiesinger, den Kanzler der Großen Koalition von 1966 bis 1969, der, so scheint es doch, bei der eigenen Partei ins Gedächtnis noch gefallen ist, gemessen an seiner Leistung gänzlich unverdient. Nachdem die Union bei der Bundestagswahl 1969 – bündnislos – die absolute Mehrheit verlor, hatte, erschienen Kiesinger den in die Opposition geratenen plötzlich als Steigbügelhalter der sozial-liberalen Koalition, als Objekt zuerst und dann als Opfer der Strategie Herbert Wehners. An diesem Klischee wird sichtbar, daß Zeitgeschichte, wenn sie von Interessenten formuliert wird, ungerne urteilt und irreführende Materialien liefert für diejenigen, die als Historiker schließlich die Spreu vom Weizen zu trennen haben.

Die inzwischen erschienene Rechtfertigungsliteratur beteiligt täuscht darüber hinweg, daß Ludwig Erhard das Opfer eines Machtkampfes in der CDU/CSU um die Nachfolge Adenauers wurde. Wir erfahren aus diesen Quellen auch nicht, daß dieselben Seilschaften Kurt Georg Kiesinger lediglich die Rolle eines „Übergangs-kanzlers“ zugeordnet hatten, der sich in der Dienstleistung für die Große Koalition verbrauchte würde. Und es wird uns schließlich vorenthalten, daß die Große Koalition die Konsequenz aus der schwersten Krise war, in die sich die machtgewohnte, überaus erfolgreiche CDU/CSU gestürzt hatte.

Den Konsens im Bündnis verloren

In welcher Lage befand sich die Bundesrepublik, als Ludwig Erhard am 1. Dezember 1966 zurücktrat? Außenpolitisch hatte sich der Horizont seit Beginn der Präsidentschaft Kennedys 1961 zunehmend verengt. Der Bau der Mauer manifestierte das Ende der bisherigen Deutschlandpolitik (der Historiker Michael Stürmer setzt in einem seiner Essays das Ende bereits mit dem Scheitern des Auf-

stands in der Zone am 17./18. Juni 1953 an). Der Alleinvertragsanspruch der Bundesrepublik, mit dem Schwert der Halstein-Doktrin verteidigt, verlor den Konsens im Bündnis und im Rest der Welt. Die USA tasteten sich spätestens seit der Kuba-Krise 1962 zu Arrangements mit Moskau vor.

De Gaulle arbeitete an der Konstruktion eines eigenständigen Europas unter französischer Führung. Nach seinem Austritt aus der Organisation des Atlantikpakt 1966 wurde die Bundesrepublik zum exklusiven europäischen Pfeiler und Stationierungsland der USA. Erhards Friedensnote an Moskau und die Kontaktsuche Außenminister Schröders in Osteuropa sollten die Balance sichern. Innenpolitisch stand Erhard zwischen den Ansprüchen einer voluminös ausgewachsenen Sozialpolitik, mit der sich sein Vorgänger außenpolitische Handlungsfreiheit erkauft hatte, und einer abschwingenden Konjunktur. Die Arbeitslosigkeit wuchs schrittweise an: von 100 000 im Juli 1966 bis zur Scheitelhöhe von 673 572 im Februar 1967. Protestpotenzial sammelte sich rechts in der NPD, links in der außerparlamentarischen Opposition. Das alles waren Krisenzeichen, aber sie schufen noch keine Krise.

Die Krise entstand aus einer anderen Kombination. Ludwig Erhard trat das Amt des Kanzlers 1963 unter den teils mißtrauischen, teils mißgünstigen Blicken einer Reihe mächtiger Unionsfürsten an, die das Erbe Adenauers für sich beanspruchten. Erhard war nicht nur „Ökonom“, wie das Klischee meint, er war durchaus Politiker, aber seine politische Philosophie orientierte sich an der Grundvorstellung der Harmonie, die er mit beschwingter Dirigentenhand zu formulieren gedachte. Die Kräfte, die ihn umgaben, in seiner Partei und in der FDP, fügten sich dieser Hand nicht, sondern betrieben, da sie einen Stab sahen anstelle einer Feitsche, ihr eigenes Spiel. Man kann daher sagen, daß Erhard nicht der richtige Mann seiner Zeit gewesen sei – Abtrünniges aber nicht.

Ihm zur Seite stand Gerhard Schröder, hinter ihm standen – was immer diese Präposition bedeutet – Rainer Barzel, Strauß, Gerstenmaier, Lübke samt Gefolge. Die Union insgesamt fürchtete und spürte, daß der Kanzler der kritischen Situation nicht gewachsen war und nach den Wahlen von 1965 rasch an Ansehen verlor. Die Krise wurde handfest, als es Erhard nicht gelang, die Ausgabenflut zu bändigen, als der Haushaltsentwurf für 1967 ein Deckungsloch von Milliarden aufwies, das Steuererhöhungen notwendig machen würde. Anstatt dem Kanzler aus dieser Krise zu helfen, schürten die umgebenden Fürsten das Feuer und bedienten es mit den trockenen Scheiten einer unausgesetzten Personaldiskussion, in der sich die Union seit langem als Meister erwies.

Nachdem die FDP in einem Anfall

Umbesetzungen im Hause Windelen

Kulturabkommen mit der „DDR“ erweitert Aufgaben des Innerdeutschen Ministeriums

WERNER KAHL, Bonn

Im Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen werden im Zuge organisatorischer Änderungen wichtige Abteilungen neu besetzt.

Das Revirement, das am 1. Dezember in Kraft tritt, berücksichtigt die zusätzlichen Aufgaben, die sich nach dem Abschluß des Kulturabkommens mit der „DDR“ für das Ministerium ergeben. Die Bundesrepublik Deutschland soll künftig stärker und besser im kulturellen Bereich in Ost-Berlin und Mitteldeutschland repräsentiert sein.

Die wichtigsten personellen Veränderungen werden in den Abteilungen für zentrale Aufgaben und Deutschlandpolitik vorgenommen. Der bisherige Leiter der politischen Abteilung, Ministerialdirektor Walter Priesnitz, kehrt auf den Posten des Leiters der Abteilung „Z“ für Verwaltung zu-

rück. Priesnitz wird dort auch für humanitäre Angelegenheiten zwischen Bonn und Ost-Berlin zuständig sein. Bereits in den vergangenen Monaten hat Priesnitz diese Abteilung kommissarisch betreut, nachdem der Chef Martin Heß wegen eines Herzleidens frühzeitig pensioniert werden mußte. Heß hatte trotz fünf Bypass-Operationen bis zum vergangenen Frühjahr noch die Gerichtsverhandlungen gegen den früheren Bundesminister Egon Franke und den früheren Ministerialdirektor Edgar Hirt als Beobachter des Ministeriums wahr-

genommen. Die Abteilung Deutschlandpolitik wird künftig von dem bisherigen Unterabteilungsleiter Burkhard Dobey geleitet. Mit der Ernennung des Ministerialrates zum Chef der Abteilung II ist die Erweiterung der deutsch-

landpolitischen Abteilung verbunden. Die Kulturarbeit wird künftig an zwei Stellen im Ministerium ausgeführt. Ein Kultur-Referat wurde unter Leitung des Ministerialrates Murawski der Deutschlandpolitik angegliedert. Gleichzeitig wird eine Unterabteilung Kultur in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Förderungsmaßnahmen eingerichtet. Abteilungsleiter ist wie bisher Ministerialdirektor Plückhahn. Für die zusätzlichen kulturellen Aufgaben sieht der Haushaltsplan eine personelle Verstärkung vor.

Unverändert bleiben die Funktionen des Berliner Bundeshauses und des Gesamtdeutschen Instituts in West-Berlin. An der Spitze des Ministeriums unter Heinrich Windelen stand der Staatssekretär Ludwig Rohrer und Otfried Hennig sind keine Veränderungen vorgesehen.



27.10.1966: Nicht „der Mann seiner Zeit“? Kanzler Erhard mit Rainer Barzel, der sich als Nachfolger embot. FOTOS: DPA

von Panik ihren „Ministerflügel“ zum Rückzug aus der Regierung gezwungen hatte – das Reizthema der Steuererhöhung gab den Ausschlag – boten sich Kiesinger, Gerstenmaier, Barzel und Schröder als Nachfolger an. Den Zuschlag erhielt mit Hilfe der bayerischen CSU Kurt Georg Kiesinger, der sich keine große Mühe gab, die FDP zurückzugewinnen, sondern mit vollen Segeln die Große Koalition mit der SPD ansteuerte. Dafür gab es Gründe und Hintergründe.

Bei den Sozialdemokraten sind die Gründe am leichtesten zu erkennen. Die Partei suchte nach der Wende von Godesberg, dem Abschied von den sozialistischen Zielen der früheren Programme, und nach der außenpolitischen Wende Wehners am 30. Juli 1969 im Bundestag den Zugang zur Macht. 36 Jahre waren seit dem Ende des letzten sozialdemokratischen Kabinetts Hermann Müller in der Weimarer Zeit, 17 Jahre seit Gründung der Bundesrepublik vergangen – die SPD war die hölzerne Oppositionsbank leid.

Harmonie der Großen – Ein Kartell der Angst

Wehner, der die Anlehnung an die Union bevorzugte, unterdrückte in der eigenen Partei jede Diskussion über die frühere Zugehörigkeit Kiesingers zur NSDAP und war bereit, Franz Josef Strauß in der Regierung der Großen Koalition einen wichtigen Posten zu gönnen, unter der Voraussetzung, daß die SPD das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium besetzen könnte – die Union hat sie bis heute nicht zurückerobert.

Die überraschende Harmonie der Großen hatte jedoch Hintergründe, die den ironischen Titel „Kartell der Angst“ verständlich machen. Die krisenhaften Erscheinungen in der Außenpolitik, in Wirtschaft und Finanzen, das Auftauchen der NPD und beginnende Unruhe an den Universitäten lösten den etablierten Kräften die Sorge ein, das politische System der Bundesrepublik könnte in Gefahr geraten, wenn man die Strukturen nicht in gemeinsamer Anstrengung straffe und veränderte. War die Ahnung eines neuen „Weimar“ nichts als Hysterie?

Im Mittelpunkt der Rechtfertigung einer Großen Koalition stand die Änderung des Wahlrechtes, der Wechsel von der Verhältniswahl zur Mehrheitswahl. Man glaubte, dadurch eine „Demokratie erster Klasse“ schaffen zu können, wie einer der geistigen Väter dieser Reform, Prof. Hermens, formulierte. Was den großen Parteien den Mund wärgte machte, war natürlich weniger dieser idealistische Voratz als die handfeste Aussicht, die politische Macht im Land zwischen Union und SPD aufteilen und auf sie allein beschränken zu können. Man wäre damit die FDP und andere ständige Gruppierungen, die links und rechts aufwachsen mochten, mit ei-

nem Schläge losgewesen. So dachten die Initiatoren in der Union, voran Innenminister Lübke, so gab auch Herbert Wehner vor zu denken, wobei man sich anfangs in dem naiven Glauben zu übertreffen schien, wer außerhalb des Parlaments gehalten werde, könne auch sonst keine Macht, keinen Einfluß, keine Unruhe entfalten. Dieser Irrglaube wurde in den Jahren darauf widerlegt.

Wie tief Ludwig Erhard gestürzt worden war, erwies sich an der Popularität der Großen Koalition. Im Januar 1967 sprachen sich nach Infas 63 Prozent, im Juli 1969, also kurz vor dem Ende, immerhin noch 52 Prozent der repräsentativ Befragten für die Regierung aus, die von 90 Prozent der Abgeordneten getragen wurde. Die Koalition war erfolgreich: Notstandsverfassung, Stabilitäts- und Wachstumsgezet, Haushalts- und Finanzreform stellten Instrumentarien für eine Staatsführung bereit, die langfristiger planen und stärker zentralisieren konnte. Konjunkturrat, Finanzplanungsrat, Konzentrierte Aktion, Sachverständigenrat dehnten die Staatsharmonie in gesellschaftliche Bereiche aus.

Die Arbeitslosigkeit war 1969 von über einer halben Million wieder auf 179 000 gesunken, der Wirtschaftsschwung drückte die rechte NPD nach unten, erwies sich aber (wie heute) nicht als geeignetes Mittel, das linke Protestpotenzial (Apo) einzudämmen. Im Gegenteil. Die studentische Linke, die gesamte intellektuelle Szene sammelte sich zum Tribunal gegen die SPD. Einen tiefen Eindruck auf die Partei hinterließ der Nürnberger Parteitag von 1968, wo Herbert Wehner von Protestierenden ein Zahn ausge schlagen wurde, den seine damalige Tochter Greta vorwurfsvoll herumzeigte.

Das Urteil über die Große Koalition ist noch nicht gesprochen. Ihre Fortsetzung – sie war eine Frage weniger Stimmen – hätte die FDP das Leben gekostet, auch ohne Wahlrechtsreform. Die Partei war seit 1961 von stolzen 12,8 auf 5,8 Prozent abgesunken und stand im übrigen völlig mittellos da. Die Koalition hätte die begonnene Reformarbeit auf die Außen- und Deutschlandpolitik ausgedehnt, die bis 1969 zu kurz gekommen war.

Die Bildung der sozial-liberalen Koalition macht derartige Spekulationen überflüssig. Mit ihr traten die Fehler und Verfehlungen beherrschend in den Vordergrund, die sich die Union zwischen 1961 und 1966 hatte zuschulden kommen lassen: zu hohe Ausgaben, Führungsschwäche, Intrigen, verzerrende Personaldiskussion. Wer erinnert sich noch an Barzels „Erhard ist und bleibt Bundeskanzler“, an Gerstenmaiers „Loyalität bis zur Erschöpfung“? Würde die CDU/CSU einen Ludwig Erhard von heute unterstützen? Oder würde sie ihn wieder optern? Weiß sie für immer, warum sie 1966 die halbe und 1969 die ganze Macht verloren hat?

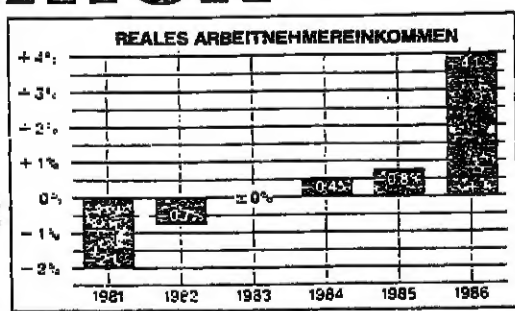
„DDR“ bestellt Umwelttechnik

hrk. Berlin

Auch auf der anderen Seite der Mauer scheint man sich nun ernsthaft Sorgen um die immer schlechter werdende Berliner Luft zu machen. Berlins Wirtschaftsminister Einar Pioroth (CDU) berichtete jetzt von ersten Ost-Berliner Bestellungen westlicher Hochtechnologie im Bereich Umweltschutz auf einer Spezialmesse im Berliner Kongreßzentrum.

Maßnahmen des Senats weisen aus, daß die Luft in Berlin zu mehr als 50 Prozent durch den Schwefeldioxid-Ausstoß der „DDR“-Braunkohlekraftwerke im Südosten der Stadt belastet wird. In Ost-Berlin Kraftwerken, die weitgehend mit Braunkohle betrieben werden, liegt der Umweltschutz noch im argen. Im Gegensatz zu West-Berlin mit seinen vielfältigen Warnstufen gibt es in Ost-Berlin bisher keinerlei Smog-Alarmpläne.

Höchster Zuwachs der Arbeitnehmer-einkommen seit 12 Jahren*



*Der Arbeitnehmer merkt es im Geldbeutel: 4,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Unsere Politik zahlt sich für alle aus.


Weiter so
CDU
Die Zukunft

Informieren Sie sich über unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Postkarte genügt. Wir antworten sofort.

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn 1.

سكننا من الزحل

5. 28. November.



Kaum da, schon ganz vorn. Goldenes Lenkrad für den neuen Audi 80.

Am 26. September kam er raus. Am 26. November war es raus: Goldenes Lenkrad für den neuen Audi 80 (in der Klasse 1501 bis 2000 cm³). Dabei war die Konkurrenz, die er hinter sich gelassen hat, stark. Was den Audi 80 bei der internationalen Jury, 25 Fachjurys aus 21 Ländern, darunter Haag, Leoben,

Am 26. September kam er raus. Am 26. November war es raus: Goldenes Lenkrad für den neuen Audi 80 (in der Klasse 1501 bis 2000 cm³). Dabei war die Konkurrenz, die er hinter sich gelassen hat, stark. Was den Audi 80 bei der internationalen Jury, 25 Fachleute aus 9 Ländern, darunter Hans-Joachim Stuck und Christian Danner, zur Nr. 1 gemacht hat, dürfte auch Sie überzeugen.

Als der einzige seiner Klasse mit vollverzinkter Karosserie setzt der Audi 80 Maßstäbe für dauerhaften Werterhalt. Sie haben lange Freude am Auto – auch noch beim Wiederverkauf. Mit dem super c_w -Wert 0,29 ist er besonders wirtschaftlich und leise.

Mit dem größten Motorenprogramm seiner Klasse bietet er Alternativen. Diesel, Vergaser, Einspritzer – mit 6 „bedingt schadstoffarmen“ bzw. „schadstoffarmen“ Versionen.

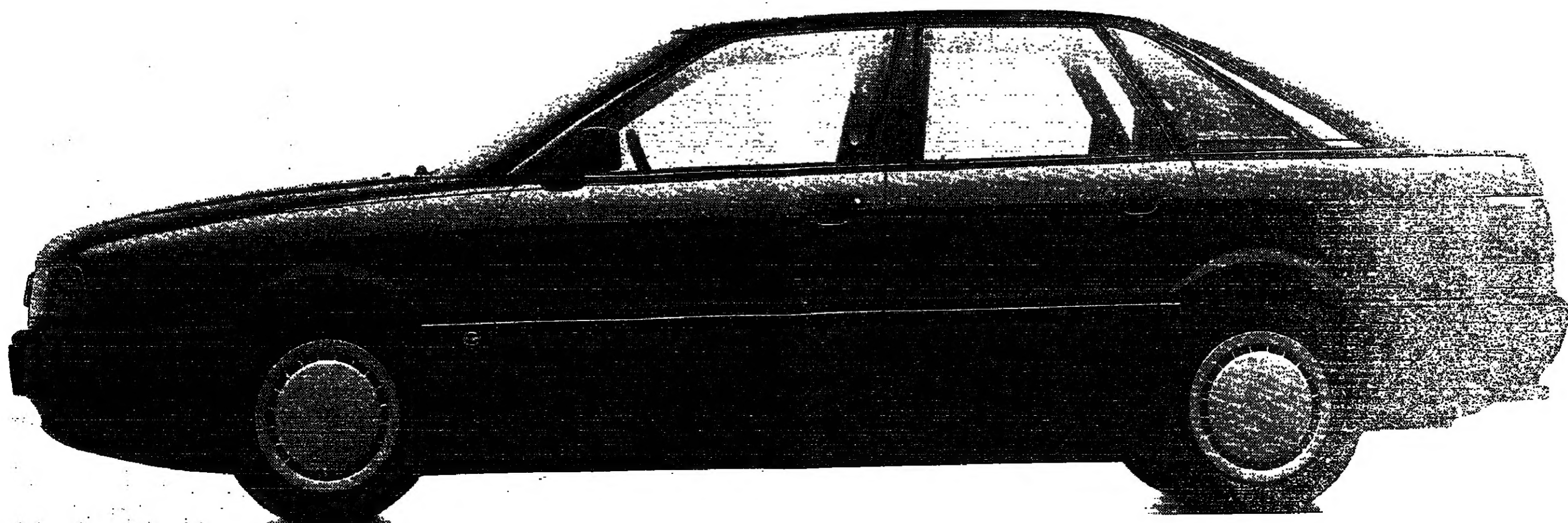
Mit seinen vielen weiteren Vorteilen zeigt er ebenfalls deutlichen Abstand zur Konkurrenz. Sei es mit dem längsten Innenraummaß seiner Klasse. Sei es mit der Fahrsicherheit des bewährten Frontantriebes oder des permanenten Allradantriebes quattro. Sei es mit der inneren Sicherheit des Audi Sicherheitssystems procon-ten.

Starke Argumente. Für die Jury des Goldenen Lenkkrads. Und für das österreichische Fachmagazin „Freie Fahrt“. Die Wahl zum Großen Österreichischen Automobilpreis 1986 entschieden Leser und Fachleute – wie Niki Lauda und Gerhard Berger – für den Audi 80.

Starke Argumente auch für Sie.
Ihre Wahl zu treffen. Bei Ihrem V.A.G. Partner.



Vorsprung durch Technik:



FR. Heßler
Schultechnik

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Senegal wird Dr. Heribert Wöckel. Der Diplomat kommt aus Damaskus, wo er als Botschafter tätig war. Dr. Wöckel absolvierte eine umfassende Ausbildung: Er studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, legte beide juristische Staatsprüfungen ab und promovierte zum Dr. jur. und zum Dr. rer. pol. Zunächst war er beim Verwaltungsgericht in München und bei der Regierung in Oberbayern tätig. 1961 ging er in den Auswärtigen Dienst. Zu seinen Verwendungen im Ausland gehörten seine Tätigkeit an der deutschen Botschaft in Leopoldville, dem heutigen Kinshasa/Zaire, als Ständiger Vertreter des Botschafters in Singapur und die Leitung des Generalkonsulats in Recife/Brasilien. 1972 bis 1977 arbeitete er im Auswärtigen Amt in der Zentralabteilung. 1977 wurde er Botschafter in Colombo. 1981 ging er als Botschafter nach Syrien.

ABSCHIED

Direktor Karl-Heinz Thiel ist als Geschäftsführer der Bundesarbeits-

gemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. von deren Präsidenten, dem Leiter des Diakonischen Werks, Pfarrer Karl-Heinz Neukamm im Presseklub in Bonn verabschiedet worden. Thiel, der zum Jahresende als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft ausscheidet, an der Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden beteiligt sind, hat in den fast 24 Jahren seiner Tätigkeit unter anderem entscheidend zum Aufbau der „Aktion Sorgenkind“ beigetragen. Unter den Gästen des Abschiedsempfangs: Staatssekretär Werner Chory vom Familienministerium, Bundestagsvizepräsident Heinz Westphal (SPD) und die Bundestagsabgeordneten Otto Regensburger (CSU) und Klaus Kirschner.

EHRUNG

Der Startänzer und Leiter des New Yorker „American Ballet Theater“, Michail Baryschnikow, ist gestern vom französischen Kulturminister François Leotard in Paris mit dem Kulturorden „Ordre national des

Arts et Lettres“ ausgezeichnet worden. Das ehemalige Mitglied des Leningrader Kirov-Balletts, das vor kurzem die amerikanische Staatsbürgerschaft erwarb, wird am 1. Dezember mit seinem Ensemble an einer von der Zeitschrift „Vogue“ organisierten Gala zugunsten der Aids-



Michail Baryschnikow

Forschung im Moulin Rouge teilnehmen.

Der Eintrittspreis für die Wohltätigkeitsveranstaltung unter dem Vorsitz von Madame Bernadette Chirac und Kulturminister Leotard beträgt

2500 Franc (ungefähr 800 Mark) pro Person.

SCHENKUNG

Frau Friede Springer hat gestern abend dem Museum in Skagen in Dänemark eines der berühmtesten Werke der dänischen Malerei neuerer Zeit, den „Sommermorgens“ von Skagens Südküste“ des 1851 in Skagen geborenen Malers Peter Severin Kroyer, übergeben. Axel Springer hatte das Bild 1978 in Kopenhagen in dem Auktionshaus Arne Bruun Rasmussen für 213 000 Mark erworben und gleich danach dem Skagen-Museum geschenkt. Jedoch durfte er das Bild 20 Jahre in seiner Kunstsammlung aufbewahren. In seinen letzten Lebensjahren hatte er aber bereits den Wunsch geäußert, das Gemälde vor Ablauf der Frist dem Skagen-Museum zu überlassen. Frau Springer erfüllte mit der vorzeitigen Überreichung den Wunsch ihres Mannes. Der Grund der Schenkung des Bildes war die Achtung und Anerkennung des dänischen Volkes für seine humane und menschliche Haltung während des Krieges für die Verfolgten.

THEATER

11,37 Millionen Mark hat sich die Stadt Bonn den Umbau der Kammeroper Bad Godesberg leisten lassen. Morgen wird das Haus, dessen Leitung Schauspielintendant Peter Eschberg hat, wieder eröffnet. Ein großes Premierenpublikum, zu dem nach Wunsch von Oberbürgermeister Hans Daniels auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker gehören soll, erlebt Calderon de la Barca Stück „Das große Welttheater“. Eingeladen wurden auch die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestages. Denn der großzügige Ausbau der kulturellen Einrichtungen der Stadt Bonn, die zunächst einmal mit ihrem Generalintendanten Jean-Claude Riber der Oper zu nationalem Ruf verhalf und das Opernhaus zu einem Anziehungspunkt für internationale Stars machte, wurde nur möglich dank des „Bonn-Vertrages“. Der Vertrag, seit 1970 mit den Bundesregierungen abgeschlossen, sicherte der Stadt auch in diesem Jahr einen Zuschuss von 100 Millionen Mark zu 70 Prozent der Umbaukosten bezahlte damit Finanzminister Gerhard Stoltenberg.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Islands Forschungspläne

„Sabotageaktion gegen den Walfang“: WELT vom 11. November

Nachdem die Internationale Walfangkommission (IWC) die Unterbrechung des kommerziellen Walfangs für die Jahre 1986 bis 1990 beschlossen hatte, stimmten auch das isländische Parlament (Althing) und die isländische Regierung dieser Entscheidung zu.

Gleichzeitig beschloß die Regierung, die wissenschaftliche Untersuchung der Wale in isländischen Gewässern zu verstärken. Denn zum Zeitpunkt der Entscheidung über eine Wiederaufnahme des Walfangs nach 1990 sollten hochwertige wissenschaftliche Informationen vorliegen.

Der Walfang spielt in der isländischen Wirtschaft eine große Rolle. Der Wert von Walprodukten beträgt etwa 1,1 Prozent aller isländischen Exporte.

Aber die Isländer sind stark von der Fischerei abhängig. Etwa 75 Prozent aller Exporte bestehen aus Fischprodukten. Deshalb ist es für Isländer so wichtig, die Rolle der Wale und anderer Säugetiere im Ökosystem sowie deren Einfluß auf die Fischerei zu studieren.

Unser vierjähriges Walforschungsprogramm besteht aus 33 verschiedenen Projekten. Außer dem experimentellen Walfang ist die aufwendige und groß angelegte Beobachtung der Wale von Schiff und Flugzeug aus vorgesehen.

Unsere Forschung steht im Einklang mit der Entscheidung des IWC, bis 1990 alle Walfestände untersuchen zu lassen. Dennoch wird Island von wirtschaftlichen Sanktionen bedroht. Hinzu kommen, wie in Ihrem Artikel beschrieben, Gewaltakte gegen Walfangschiffe im Hafen von

Reykjavik und Islands einzige Walfangstation.

Dies wird Islands Forschungspläne jedoch nicht beeinträchtigen. Es wird vielmehr die Nation hinter der Regierung zur Unterstützung ihrer jetzigen Politik einen. Die Kritik einiger Nationen an unseren Bemühungen ist irritierend und unbegründet, besonders



Halldor Asgrimsson

ders wenn diese selber überhaupt keine Walforschung betreiben.

Die Verschmutzung der Meere nimmt jährlich zu. Dafür sind die Industrienationen verantwortlich. Dem Ökosystem des Ozeans kann schon bald große Gefahr drohen.

Island steht im Ruf, Maßnahmen zum Naturschutz zu ergreifen, wenn immer diese nötig werden. Ein Land, dessen Existenz sich auf den Ressourcen des Meeres gründet, kann nicht anders handeln.

Halldor Asgrimsson, Minister of Fisheries, Reykjavik, Island

Konfrontation auf Malta

„Konfrontation auf Malta“: WELT vom 22. November

Soeben von einer Informationsreise aus Malta zurückgekehrt, kann ich Ihre optimistische Einschätzung der Politik von Premierminister Bonnici nicht teilen. Bei einer Vielzahl von Gesprächen drängte sich mir vielmehr der Eindruck auf, daß Bonnici eine rigide, auf einen sozialistischen Einparteiensystem ausgerichtete Innenpolitik durch gemäßigtere Rhetorik und „friedliche Koexistenz“ mit dem Westen kaschieren will.

Es war der heutige Premierminister, der 1984 die erbischöfliche Residenz an der Spitze eines gewalttätigen Mobs stürzte und verwüstete. Es war der damalige Minister für Arbeit und Soziales, Bonnici, welcher die unabhängigen Gewerkschaften und deren Dachverband CMTU aus der Delegation Maltsa zu Kongressen des internationalen Gewerkschaftsdachverbandes ILO ausschloß.

Mit seiner Außenpolitik will Bonnici lediglich von der sich verschärfenden Konfrontation im Vorfeld der voraussichtlich im März stattfindenden Parlamentswahlen ablenken. Der demokratische Verlauf dieser Wahlen ist durch erneute Wahlkreismanipulation zur Sicherung einer sozialistischen Sitzmehrheit im Parlament nicht mehr gewährleistet. Schon bei den letzten Wahlen 1981 war es den Sozialisten nur durch Wahlkreismanipulation und das „Verschwinden“ von Wahlurnen gelungen, die oppositionelle christdemokratische „Nationalist Party“ trotz eines Stimmenergebnisses von 51 Prozent an der Regierungsübernahme zu hindern.

50 nordkoreanische Berater haben die Polizei in der Unterdrückung von Massenaufständen ausgebildet. Sollte dies bereits die Vorbereitung auf die nach einem erneuten Wahlbetrug der herrschenden Sozialisten zu erwartenden Auseinandersetzungen sein? Der Vorsitzende der christdemokratischen Opposition hat für den Fall, daß die Partei, welche die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen kann, nicht die Regierung stellt, angekündigt, daß das Land durch gewaltfreien Widerstand unregierbar gemacht werden soll.

Amrei Schulte-Kellinghaus, stv. Bundesvorsitzende des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Bonn

Argumente im Wahlkampf

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Erstaunen erfährt der Leser, daß Herr Rau ein Fernsehduell mit dem Bundeskanzler vorschlägt. Er begründet dies mit der Behauptung, daß der Bürger sich auf diese Weise ein eigenes Bild von der Politik beider Kandidaten machen könnte. Welche Meinung hat Herr Rau eigentlich vom deutschen Bürger, wenn er glaubt, daß ein auf Minuten befristetes Fernsehduell mit dem Bundeskanzler die Wahlentscheidung des Bürgers entscheidend beeinflussen kann?

Entweder unterstellt Herr Rau dem Wähler chronischen Gedächtnisschwund oder er leidet an einer bedenklichen Selbstüberschätzung. Hinter jeder seiner Aussagen und jedem verheißungsvollen Versprechen steht doch die nicht ausgesprochene Frage des kritischen Bürgers: Warum wurde dies nicht schon in den 13 Jahren verwirklicht, als die SPD das Sagen in Bonn hatte? Wie konnte es geschehen, daß die Zahl der Arbeitslosen – trotz zahlreicher Beschäftigungsprogramme – stetig wachsen konnte und die Grenze von zwei Millionen erreichte?

Heinz Neumann, Ellersau

„FDP – Unverwundbar“, WELT vom 28. November

Das Rechtsverständnis der FDP ist schon sehr merkwürdig; wann immer möglich verteidigen gerade die Liberalen die „Rechte“ von Verbrechern und fordern „Leichte Bestrafung“.

Jetzt aber, wo Verbrecher (Terroristen) etwas nützliches tun sollen und dafür belohnt werden sollen, spielt sich ausgerechnet diese Partei als Hüterin des Rechts auf. Man kann das Verhalten dieser „Zwei-Prozent-plus-Leihstimmen-Partei“ nur als unverschämte Bezeichnung.

Mit freundlichen Grüßen, Joachim Haupt, Hildesheim

Die Grünen haben nach kurzer Zeit ein Vermögen von 34 Millionen Mark angesammelt.

Im Bundestag reden die Grünen davon, daß über 200 000 ältere Männer neben der Rente auf Sozialhilfe angewiesen sind, und führen weiter aus, wer Armut im Alter wirklich bekämpfen wolle, müsse kurzfristig eine Grundsicherung beschließen.

Ich möchte den Grünen raten, das Geld an die obige Gruppe zu geben.

Mit freundlichen Grüßen, Hans Gilgen, Siegburg

Einseitigkeit

„Partei im steigenden Acker der Überlebens“: Geisige WELT vom 22. November

Die Kritik von Pastor Baden ist eine provozierende Entstellung des Buches von Sigrud Hunke. Die Tendenz enthält sein Schlußwort: „Ein einziger Satz des Evangeliums besitzt mehr Gewicht als ihre ganze religionsgeschichtliche Synopse.“

Damit kommen wir wieder auf den Standpunkt des Tertullian: „Alles Forschen verbietet und erübrigt sich, nachdem das Evangelium verkündet ward.“ Diese intolerante Einseitigkeit steht im äußersten Gegensatz zu der Toleranz des Buches, das jeder Religion gleiches Recht und gleichen Rang zuerkennt.

Heribert Ran, Bremen

Wort des Tages

„Nur der Denkende erlebt sein Leben, am Gedanklosen zieht es vorbei.“

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830-1916)

Die neue Bahn

Jetzt haben sich die Transportverbindungen nach Skandinavien sprunghaft verbessert: DanLink.

Der Norden rückt näher. Denn jetzt gibt es DanLink, die neue Kontinentverbindung mit Skandinavien. DanLink ist ein Gemeinschaftsprojekt der Güterbahn, der Dänischen und der Schwedischen Staatsbahnen und verbindet Hamburg (Maschen) mit Helsingborg in Südschweden via Dänemark. In nur 15-17 Stunden. Und das mit direktem Anschluß an alle wichtigen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland und in Schweden und Norwegen.

DanLink bietet Ihnen im Vergleich zu den bisherigen Verbindungen gleich mehrere Vorteile: DanLink ist schneller (bis zu einem Tag), sicherer und flexibler (dank der computergesteuerten Transportüberwachung). Und: DanLink hat entschieden mehr Kapazität. Nämlich 90%. Selbst Ganzzüge können Sie jetzt auf die Reise schicken, zu günstigen Individualpreisen.

Wenn Sie mehr über DanLink wissen möchten, sprechen Sie mit dem Kundenberater der DB. Der informiert Sie gern über alles Weitere.

DB Die Bahn

هكذا منذ الجدل

NACHRICHTEN

Neue Sponsoren

Hamburg (kgf) - Das Deutsche Galopp-Deby wird ab 1987 von der Holsten-Brauerei gesponsert. Der bislang von der Brau-Gruppe unterstützte Jockey-Cup soll von einem anderen Unternehmen übernommen werden. Das Otto-Schmidt-Rennen wird ab 1987 vom Elektronik-Konzern Philips übernommen und ist mit 51 000 Mark dotiert. Das Deutsche Derby war drei Jahre lang von IBM gesponsert worden, dann stieg der Elektronik-Konzern aus und unterstützt jetzt die Leichtathletik.

Vierte Niederlage

Fernle (dpa) - Die Eishockey-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland verlor auch ihr viertes Spiel gegen die kanadische Olympia-Auswahl. Diesmal aber nur knapp mit 2:3 (vorher: 0:7, 2:11, 5:7). Die beiden Treffer in Fernle erzielten Draissilf (Mannheim) und Schmidt (Düsseldorfer).

Fußball heute

Bonn (DW) - Bereits drei Spiele der 18. Runde der Fußball-Bundesliga finden heute statt: Kaiserslautern - Nürnberg, Bochum - Dortmund und Bremen - Düsseldorf (alle 20.00 Uhr).

Leichte Gruppenegegner

Stuttgart (sid) - Leichte Gruppenegegner erhielt Boris Becker bei der Auslosung zum dritten Junioren-Masters-Turnier, das vom 10. bis 14. Dezember in Stuttgart stattfindet. Becker, der dieses Tennis-Turnier bereits zweimal gewinnen konnte, trifft auf die beiden Sowjetrussen Andrej Chornokow und Andrej Vysand und auf Jonathan Canter (USA).

Stuttgart Etappenort

Brüssel (sid) - Stuttgart wird 1987 Etappenort der Tour de France, die am 1. Juli in Berlin gestartet wird. Von Berlin aus fliegen die Fahrer nach Stuttgart, von wo aus dann eine Etappe nach Straßburg führt.

Pole disqualifiziert

New York (dpa) - Der Pole Antoni Niemczak, der beim New Yorker Marathonlauf (2. November) Zweiter geworden war, wurde wegen Verstoßes gegen die Dopingbestimmungen disqualifiziert. Niemczak hatte, wie die „Los Angeles Times“ berichtet, das verbotene Präparat Nandrolin eingenommen, das zur Behandlung von Anämie und Lebererkrankungen verwendet wird.

Wird Lattek bestraft?

Düsseldorf (sid) - Johannes Malka, Chef der Schiedsrichter im Deutschen Fußball-Bund, fordert eine Bestrafung von Udo Lattek. Der Trainer des FC Bayern München war in einem Interview mit der Illustrierten „Quick“ so zitiert worden: „Ich hasse Schiedsrichter, ich könnte sie sogar manchmal umbringen.“ Lattek bestrafte, diese Formulierung benutzt zu haben.

ZAHLEN

FUSSBALL
UEFA-Pokal, Achtelfinale, Hinspiele (Rückspiele 10. Dezember):
Udinese - FC Barcelona 0:2 (0:0)
Glasgow Rangers - Gladbach 1:1 (1:1)
Dundee United - Hajduk Split 2:0 (1:0)
AA Gent - IFK Göteborg 0:1 (0:0)
Groningen - Guimarães 1:0 (1:0)
Dukla Prag - Inter Mailand 0:1 (0:1)
Spartak Moskau - FC Tirol 1:0 (1:0)
AC Turin - SK Beveren 2:1 (0:0)
Englischer Liga-Cup, Achtelfinale: FC Liverpool - Coventry City 3:1, Cambridge United - Tottenham Hotspur 1:3.

HANDBALL
Internationales Karpaten-Turnier der Herren in Craiova, 2. Spieltag: Rumänien B - Bulgarien 31:26, UdSSR - Polen 31:12.

BASKETBALL
Bundesliga, Herren, Nachholspiel: Köln - Charlottenburg 96:84.

VOLLEYBALL
Bundesliga, Herren: Leverkusen - Berlin 3:1.

TISCHTENNIS
Pokal, Herren, Halbfinale: Bad Hann - Bayreuth 2:5 - Bundesliga, Damen: Frankfurt - Kasselberg 9:7.

GEWINNZAHLEN
Mittwochsspiel: Ziehung A: 5, 18, 34, 38, 41, Zusatzzahl: 31 - Ziehung B: 10, 11, 23, 24, 31, 35, Zusatzzahl: 28 - Quoten: Ziehung A: Klasse 1: 375,20, 32; 1: 173,20; 3: 373,20; 4: 62,50; 5: 4,60. Ziehung B: Klasse 1: 562,50; 2: 29,625, 3: 238,00; 4: 50,80; 5: 3,80 - Spiel 17: 5,634 0,7. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Pessimismus in Uerdingen: „Das ist das Aus.“ Jubel in Gladbach: „Wir packen es“

● Bayer Uerdingen ist wohl die vierte Bundesliga-Mannschaft, die aus den europäischen Pokalwettbewerben ausscheidet. Sie war bei der 0:2-Heimniederlage im UEFA-Cup fast eine Klasse schwächer als der FC Barcelona.

● „Sie sind zwar groß gewachsen, aber ziemlich zahm und keine Gefahr.“ So spottete die spanische Zeitung „El País“ über Bayer Uerdings Spieler. Der FC Barcelona hat in dieser Saison in Heimspielen noch kein Tor hinnehmen müssen.

● Die Zuversicht ist gewachsen, der Respekt geblieben. Gladbach kann froh sein, in Glasgow ein 1:1 erreicht zu haben. Vereinspräsident Helmut Bayer: „Normalerweise die halbe Miete, aber man darf das Glück nicht überstrapazieren.“

● Zufrieden sind zwei deutsche Spieler mit ihren ausländischen Klubs. Karl-Heinz Rummenigge erreichte mit Inter Mailand einen 1:0-Sieg bei Dukla Prag. Hansi Müller unterlag auswärts mit dem FC Tirol nur 0:1 gegen Spartak Moskau.

Kollegen bedankten sich beim jungen Uwe Kamps

BERND WEBER, Bonn

Es wäre sicherlich überzogen, den jungen Mann als „Helden vom Troxpark“ zu feiern. Aber auch er war ein Garant des sehr guten 1:1 von Borussia Mönchengladbach im Achtelfinale-Hinspiel des UEFA-Pokals: Torwart Uwe Kamps. Neben einigen sehr guten Reaktionen unterliefen dem 22 Jahre alten Profi auch zwei Patzer. Da gab es zwei Flanken, die er unterlief. Unter dem Strich aber hat Kamps am Mittwochabend wieder solide Arbeit geleistet. Im Klartext: Der 1,80 m große Jungeselle ist zu einer festen Größe im Tor von Borussia Mönchengladbach geworden - im zweiten Anlauf sozusagen.

1982 hatten die Mönchengladbacher Kamps für wenig Geld vom Amateurliga-Verein BV 04 Düsseldorf geholt. Ein Jahr später, als Uli Sude den Finger gebrochen hatte, mußte der Ersatzmann ins kalte Wasser springen. Er tat es zwar engagiert, doch die Zuschauer im Stadion am Bökelberg registrierten auch, daß Kamps viel zu hektisch und ohne jede beruhigende Ausstrahlung auf seine Abwehr agierte. Im Grunde waren alle froh, als Sude wieder zur Verfügung stand. Zu Beginn der letzten Saison sah sich Kamps plötzlich sogar nur noch im dritten Glied. Sude hatte wieder einmal Knieoperationen und mußte am Knie operiert werden. Trainer Jupp Heynckes wollte kein Risiko eingehen und holte Erik Thorstvedt, der 20 Mal in der norwegischen Nationalmannschaft spielte. Kamps wurde mitgeteilt, daß die Vereinsführung keine Perspektiven mehr für ihn sehe. Er könne sich nach einem neuen Arbeitgeber umsehen.

Das war der Tiefpunkt für den Düsseldorf, der, um sich voll auf den Profifußball zu konzentrieren, seine Oberschulzeit ein Jahr vor dem Abitur abgebrochen hatte. Kein Verein der Bundesliga wollte Kamps haben. Dem flatterte lediglich ein vages Angebot des spanischen Erstligisten Cadix ins Haus, das schließlich aber auch nicht aufrechterhalten wurde. Mehrfach absolvierte er Probetrainings bei belgischen und holländischen Klubs. Zum Abschluß kamen die Verhandlungen jedoch nie. Am Ende trat Kamps wieder in Mönchengladbach an. Wie er selbst

heute sagt: „Ohne jede Hoffnung, und im Grunde nur, um mich fit zu halten.“ Doch dann kam plötzlich doch noch einmal seine große Chance.

Thorstvedt blieb nahezu alles schuldig, was Heynckes sich von ihm versprochen hatte. Sude stand weiterhin nicht zur Verfügung, und so ging der Trainer am 3. September im Spiel gegen Werder Bremen ein hohes Risiko ein - er stellte Kamps ins Tor. Der konnte die 1:2-Heimniederlage zwar auch nicht verhindern, aber er strahlte auf einmal die Sicherheit aus, die ihm vorher gefehlt hatte. Seit dem Bremer Spiel ist Kamps unumstritten die Nummer eins im Tor. Seitdem haben die Borussia sich nur noch einmal verloren (bei Bayern München) und zuletzt eine Serie von nunmehr 14 Spielen ohne Niederlage hingelegt. Nicht zuletzt dank Kamps.

Und der genießt nun sein neues Glück in vollen Zügen. Das 1:1 in Glasgow hat den schon so schweigsamen und in sich gekehrten Torhüter regelrecht redselig gemacht. „Super fühle ich mich“, hat er den Journalisten beim nächtlichen Rückflug immer wieder gesagt, „am meisten deshalb, weil sich der Trainer und meine Mannschaftskameraden ausdrücklich bei mir bedankt haben. Für einen, der so am Boden lag wie ich, tut das natürlich besonders gut.“

Kamps' Selbstbewußtsein ist durch die erhaltenden soliden Leistungen selbstverständlich mächtig gestiegen. „Daß mein Vertrag bei Borussia am Ende dieser Saison ausläuft“, sagt er, „empfinde ich eher als Vor- denn als Nachteil. Klar würde ich gerne in Mönchengladbach bleiben. Aber für einen neuen Vertrag verlange ich schon eine Aufbesserung meiner Bezüge, denn bislang stehe ich fast am Ende der Borussia-Gehaltsliste.“ Daß Uli Sude im Training schon wieder deutliche Fortschritte zeigt, bereitet der neuen Nummer eins auch keine Sorgen. „Den Kampf nehme ich an“, sagt er. Beim Squash-Spielen, zweimal in der Woche, verbessert er seine Reaktionen. Und seine Ruhe findet er am meisten, wenn er sich den Walkman überstülpt und seine Lieblingsgruppe „Simple Minds“ hört. Da hat Kamps übrigens den gleichen Geschmack wie Boris Becker.

„Wir sind keine Träumer. Wir wollen uns nur anständig verabschieden“

ULRICH DOST, Uerdingen

Sehen zuvor ist Bayer Uerdingen im eigenen Stadion von einer Mannschaft dermaßen demotiviert worden, wie es der FC Barcelona beim 2:0-Erfolg (Tore: Roberto, Hughes) geschafft hat. Seine Mannschaft habe nur ein Spiel verloren, nicht aber „ihre Gesicht“, meinte Uerdings Trainer Karl-Heinz Feldkamp später. Und dennoch sah dieses Gesicht nach 90 Minuten gegen den spanischen Spitzenklub nicht gerade schön aus. Zu viele Sorgenfalten und Furchen hatten Barcelonas Spieler ihren Uerdinger Gegenspielern beigebracht. Abgesehen von den Schüssen, die sie sich selbst geschlagen haben.

Wenn die Uerdinger nicht zu ihrem Hurra-Stil finden, wenn der Schiedsrichter einmal nicht auf ihrer Seite steht, sondern weitgehend objektiv spielt, wenn die Zuschauer die eigene Mannschaft nicht nach vorne schreien, weil sie die Leistung des Gegners anerkennen, dann entpuppt sich der Bundesligaklub, der das Innere einer grauen Maus abgelegt zu haben glaubt, eben doch immer mal wieder als eine ganz durchschnittliche Mannschaft.

Die wohl schlimmste Wunde haben sich die Uerdinger selbst zugefügt - durch eine Entscheidung, die bereits vor dem Spiel fiel. Nationalspieler Matthias Herget hatte seinem Trainer zu verstehen gegeben, daß sein Einsatz mit einem bandagierten Ober-

schenkel kein Risiko bedeuten würde. Karl-Heinz Feldkamp machte auch prompt, was so viele Trainer um den Diener vor dem Star Herget spielte. Libero, dafür saß Oliver Bierhoff, ein ungestürmter, unbelasteter junger Mann, zunächst auf der Bank. Nach 60 Minuten fand dann doch der Tausch statt. Feldkamp sprach nach dem Spiel davon, daß dieses Experiment mißlungen sei: „Herget sollte nach vorne marschieren. Pässe schlagen und für Ordnung sorgen, weil er das kann. Friedhelm Funkel sollte sich derweil nach hinten fallen lassen. Doch dazu sind wir nie gekommen. Herget hat sich das wohl nicht zugefallen.“ Herget verließ mit inständigem Blick das Stadion: „Lad mich alle in Ruhe, sprech mich bloß nicht an.“

Feldkamp hatte hoch gepokert - zu hoch - und dabei verloren auch wenn es mit Herget nach 60 Minuten 0:0 stand und ohne ihn nach 90 dann 0:2. Als Herget ging, waren die Fronten längst abgesteckt, hatten die Spanier ihren Spielrhythmus gefunden, den die Uerdinger mangels Spielmacher nie fanden. Fünf Wochen lang hatte der Libero nicht gespielt. Am Samstag gegen Bayern München schied er bereits nach 25 Minuten aus. Daß es mit ihm nicht klappen würde, war eigentlich zu erwarten.

Die Lehrstunde in moderner Taktik und Spielauffassung bekamen die Uerdinger von den Spaniern selbst geboten. Wolfgang Funkel meinte

nach dem Spiel: „Wir haben eine Lektion dann bekommen, wie die Raumdeckung zu spielen ist.“ Der Vierer- oder auch Fünfer-Abwehrblock von Barcelona wurde ohnehin nie brüchig. Die drei Mittelfeldspieler davor bewegten sich sich immer dorthin, wo die Uerdinger mit dem Ball angriffen. Konnte mal ein Mittelfeldspieler ausgespielt werden, stand sofort der nächste Spieler parat.

Karl-Heinz Feldkamp gab seinen Spielern mit auf den Weg, möglichst einfach zu spielen. Den Ball sollten sie laufen lassen, ohne ihn lange zu stoppen oder selbst mit dem Ball zu rennen. Es ist ihnen nicht einmal gelungen, gefährlich vor das Tor der Spanier zu kommen. Harmlose Weichüsse waren nur der Ausdruck der ganzen Hilflosigkeit. Rudi Bommer, Dittmar Klinger oder Friedhelm Funkel, wichtige Spieler der Uerdinger, also, blieben weit hinter ihren Möglichkeiten und ließen sich den Scheitern abkaufen. Einzige und allein darin liegt Feldkamps Hoffnung für das Rückspiel am 10. Dezember: So schwach spielt seine Mannschaft nicht immer.

Doch die Uerdinger sind Realisten genug, um die Tatsachen zu sehen. Torwart Werner Vollack sagt: „Wir sind keine Träumer. Wir wollen uns nur mit einer sportlich anständigen Vorstellung verabschieden.“ Erst dann werden ihre gezeichneten Gesichter wieder lächeln können.

TENNIS

Boris Becker war zu müde

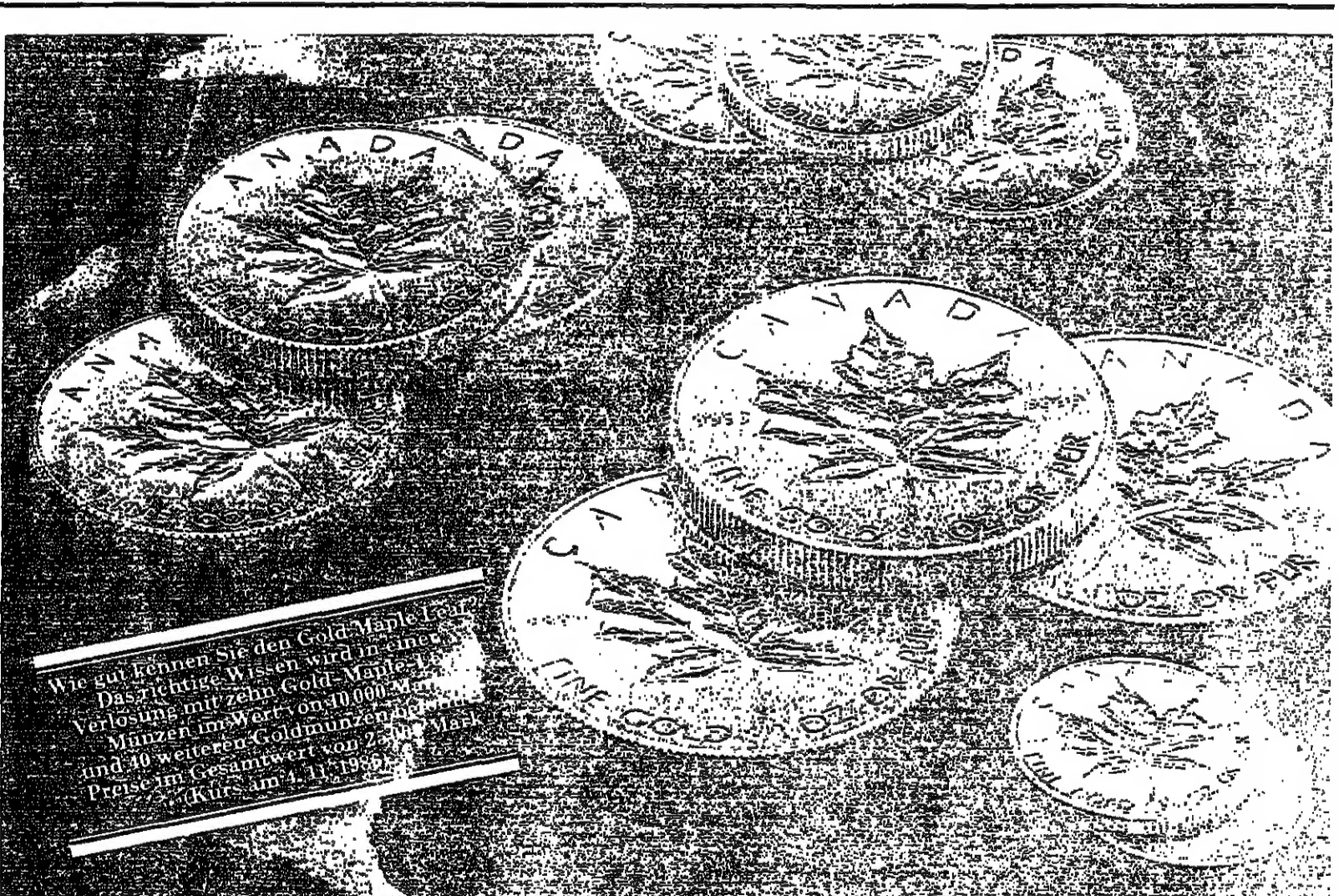
dpa, Atlanta

Der Niederlage folgte ein Geständnis. „Nach dem Spiel gegen McEnroe war ich ein bißchen müde. Und weil dies ein Zinngeldturnier ist, habe ich nicht das Letzte aus mir herausgeholt“, sagte Boris Becker nach seiner 6:7, 6:4, 3:6-Niederlage gegen den Amerikaner Eric Gilbert, die Nummer 13 der Welttrangliste. Anmerkung wurde Becker zu diesem Verhalten durch den unüblichen Austragungsmodus des mit 500 000 Dollar dotierten Turniers in Atlanta.

Dort wird nicht im K.O.-System gespielt, sondern in zwei Gruppen zu je vier Spielern, wobei jeder gegen jeden antreten muß. So bleibt Boris Becker trotz des Mißerfolges gegen Gilbert die Chance erhalten, sich durch einen Sieg über Mats Wilander (Schweden) nach der Halbfinale zu qualifizieren. Nach je zwei Spielen werden die punktgleichen John McEnroe (USA), Gilbert, Becker und Wilander in der Tabelle nur durch Satz- oder Spielverhältnisse getrennt.

McEnroe beugte sich nach seiner Niederlage gegen Becker willig und gewann gegen Wilander vor allem dank seines konzentrierten Aufschlagspiels. „Ich hätte nur eine Chance gehabt, wenn mir gleich zu Beginn ein Break gelungen wäre“, sagte Wilander, der längst nicht in Bestform ist. Das gilt auch für Becker und Ivan Lendl (CSSR), der in der anderen Gruppe spielt.

Zu den sportlichen Problemen kommen für McEnroe auch finanzielle Sorgen. Wie in Washington bekannt wurde, fordert die amerikanische Steuerbehörde aus dem Jahr 1982 die Summe von 906 291 Dollar zurück. Wie McEnroes Anwalt berichtet, hat er für seinen Klienten Widerspruch eingelegt.



Gewinnen Sie 10 Unzen reines Gold mit dem Gold Maple Leaf.

Kanadas Gold Maple Leaf ist als Barrengold-Anlage führend in der Welt: Mit einem Feingoldgehalt von 999,9 ist es Gold in seiner reinsten Form. Und zwar ausschließlich Gold, das in Kanada gefördert, verarbeitet und geprägt wurde. Die kanadische Regierung, die für Goldgehalt und Reinheit garantiert, hat den Gold Maple Leaf als gesetzliches Zahlungsmittel herausgegeben.

Wenn Sie Gold kaufen, sollten Sie sicher sein, daß Sie es auch jederzeit und überall wieder veräußern können - ohne teure Reinheitsanalysen oder Wertverlust. Diese

Sicherheit bietet Kanadas Gold Maple Leaf: Er wird in der ganzen Welt anerkannt und gehandelt.

Der Preis des Gold Maple Leaf entspricht genau dem Tagespreis für eine Unze Gold. Sie können also täglich im Wirtschaftsteil der Presse nachlesen, was für Gold Maple Leaf gerade wert ist. Alle diese Vorteile sprechen beim Goldinvestment für Kanadas Gold Maple Leaf.

Fragen Sie bei Ihrer Bank, Sparkasse oder beim Münzhandel nach dem Gold Maple Leaf. Dort können Sie ihn kaufen oder weitere Informationen bekommen.

STANDPUNKT / Silberstreif am Horizont?

Die Zeichen mehren sich. Sie mögen als Silberstreif am Horizont, Licht am Ende des Tunnels oder wieder nur als Augenwischerei gedeutet werden - wichtig sind sie allemal. Hier und heute, und wirklich nur in diesem Augenblick, scheint es so, als könnten die Olympischen Spiele 1988 in Seoul ohne jene Boykottwelle stattfinden, die sie 1980 in Moskau und 1984 in Los Angeles überrollt hatte.

Die neuen Indizien: Die „DDR“ hat 416 Kandidaten für die Teilnahme an den Sommerspielen benannt; Polens Sportminister Boleslaw Kapitaniak hat bekräftigt, sein Land werde in Seoul dabei sein.

Anlaß zum Jubel ist das noch lange nicht, es dämpft nur eine Dis-

kussion, die bis zur Eröffnungsfest in Seoul immer wieder aufflammen wird. Was die „DDR“ jetzt getan hat, „überraschend“, wie der Korrespondent einer Nachrichtagentur feststellt, ist wirklich keine Sensation, sondern nur ein sportlich-innenpolitischer Schritt der Förderung bestimmter Spitzenathleten. Auch vor dem Boykott von Los Angeles gab es eine „DDR“-Mannschaft auf dem Papier.

Und was der polnische Minister sagt, klingt nur beim ersten Hinören beruhigend: „Wir treffen unsere Vorbereitungen für die Sommerspiele in Seoul. Es ist wichtig, daß nach den letzten Krisen diesmal alle teilnehmen.“ Vorbereitungen? Na, klar doch, das geschah auch 1984 -

bis der große Bruder in Moskau sein Machtwort sprach, dem sich dann nur Rumänien entzog.

Was nichts anderes heißt als dies: Die verbale Anfeindung gegen das Boykott-Diktat gab es auch schon vor Los Angeles, besonders in der „DDR“, auf alle Fälle in Polen, der CSSR und in Ungarn. Nur fehlte am Ende die eigenständige Kraft, die Kreml-Mauern zu überspringen.

Solange in Moskau nicht offiziell so geredet wird, wie es ein polnischer Minister bei diesem Thema (noch?) darf, solange dort abwartend geschwiegen wird, ist noch gar nichts entschieden. Das sollten die bedenken, die den Silberstreif am Horizont schon jetzt rosarot anpinseln.

Wenn Sie die Fragen beantwortet haben, schicken Sie den ausgefüllten Coupon an:
Gold-Maple-Leaf-Gewinnspiel - A. Nickel, Werbemittel-Service, WE3-Post 62-6344 Dietzhölztal-Eversbach

Unter allen richtigen Einreichungen entscheidet das Los. Die Verlosung erfolgt unter juristischem Aufsicht. Der Rechtsweg und die Barauszahlung der Gewinne sind ausgeschlossen. Es wird nur eine einzige Bankkarte-Einreichung berücksichtigt. Ein-Einschubfrist der 15. 12. 1986 (Datum des Post-Empfanges).

Frage 1: Wie hoch ist der Feingoldgehalt des Gold Maple Leaf?

Frage 2: Welches sind die vier Größen des Gold Maple Leaf?

Frage 3: Welche Größe ist neu beim Gold Maple Leaf?

Zusatzfrage (hat keinen Einfluß auf Ihre Gewinnchancen):
Aus welchem Grund würden Sie Gold-Maple-Leaf-Münzen kaufen? Sagen Sie es mit wenigen Worten:

Name: (Name) (Vorname) (Nachname)

Kanadas Gold Maple Leaf. Die glänzende Geldanlage.

Werden in Manila die Rebellen bald mitregieren?

Die philippinische Regierung und die kommunistischen Rebellen haben gestern in Manila ihr Abkommen über einen Waffenstillstand unterzeichnet, der am 19. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, in Kraft treten und zunächst 60 Tage lang dauern soll. Den 55 Millionen überwiegend katholischen Philippinen eröffnet sich damit die Möglichkeit, erstmals seit fast zwei Jahrzehnten ein Weihnachtsfest ohne Blutvergießen zu begehen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens wurde ferner vereinbart, daß Regierung und Kommunisten in einem Monat Verhandlungen über einen andauernden Frieden aufnehmen.

Ungachtet der Dauer dieser Verhandlungen könne die Waffenruhe über die vereinbarten 60 Tage hinaus verlängert werden. Beide Seiten kamen außerdem überein, ein Komitee zu bilden, das die Waffenruhe überwachen soll. Während der Unterzeichnungsszeremonie, die im Klub Philippino stattfand, wo Präsidentin Aquino vor neun Monaten ihren Amtseid geleistet hatte, wurde bekannt, daß sich Rebellen und Militäreinheiten am Fuß der Sierra Madre-Berge, nordöstlich von Manila, ein erbittertes Feuergefecht geliefert hatten. Dennoch wurde von militärischer Seite in einem ersten Kommentar zum Waffenstillstandsabkommen grundsätzliche Zustimmung signalisiert: Mit dem Abkommen könne man leben.

Präsidentin Aquino erklärte, die Waffenruhe sei nur ein erster Schritt auf dem Wege zu einem dauerhaften Frieden. Mit dem Hinweis auf die mit Mißtrauen belasteten Verhandlungen wies Ramon Mitra, der Chefunterhändler der Regierung, darauf hin, daß die bevorstehenden Friedensgespräche doch weit schwieriger würden. Dennoch gebe es in den wichtigsten Fragen auf beiden Seiten genügend Verbindendes, um optimistisch in die Zukunft sehen zu können. Rebellenführer Satur Ocampo nannte die Einigung über die Waffenruhe einen „ersten Sieg im Kampf um den Frieden“. Auf die Frage, ob der Preis für den Frieden eine Koalitionsregierung unter Einbeziehung mit den Kommunisten sei, antwortete er, er strebe eine „umfassende politische Regelung“ an.

Wallmann verteidigt seine „Politik der Vorsorge“ gegen Vorwürfe der Industrie

Etat des Umweltministeriums verabschiedet / SPD-Kritik an „Show-Anträgen“ der Grünen

PETER PHILIPPS, Bonn
Träge floß der in den vergangenen Tagen mit Gift überladene Rhein zu Füßen des Bonner Wasserwerks dahin, wo der Bundestag gestern nach einer Debatte von 100 Minuten den Etat des Umweltministeriums gegen die Stimmen der Opposition verabschiedete. Der Rhein und die jüngsten chemischen „Störfälle“ standen dabei im Zentrum.

Nachdrücklich wies Umweltminister Walter Wallmann im Plenum die gerade an diesem Tag öffentlich bekräftigten Warnungen der Chemieindustrie vor Gesetzesverschärfungen zurück: Entscheidungen zur Vorsorge gegen derartige Vorfälle, wie sie in den vergangenen Tagen bei großen Chemieunternehmen offenbar geworden seien, seien Sache von Regierung und Parlament und könnten nicht den Vorstandsetagen der Konzerne überlassen bleiben. Gerade der Großbrand bei der Firma Sandoz in Basel habe gezeigt, daß strenge Anforderungen für den ordnungsgemäßen Betrieb von Anlagen nicht ausreichen, sondern durch Störfälle-Abwehr und -Vorsorge ergänzt werden

müßten, für die ein eigenes, neues Referat in seinem Ministerium geschaffen werde.

Als Eckpunkte der Umweltpolitik der Bundesregierung bekräftigte Wallmann das „Verursacherprinzip“, nach dem „die Verantwortlichkeit von Umweltbelastungen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden“ dürfe, sowie die „Umweltvorsorge“. Zugleich warnte er vor „Polarisierung und Ideologisierung“ auf diesem Feld. Ausdrücklich bestätigte Wallmann zwar der früheren sozialliberalen Koalition Verdienste im Bereich des Umweltschutzes, aber: Gegen Widerstände habe die jetzige Bundesregierung außerordentlich anspruchsvolle Umwelt-Standards durchgesetzt.

Unterstützung erhielt Wallmann durch den CDU-Abgeordneten Paul Laufs, der das Anschwemmen unzähliger toter Aale auch einen Beweis für verbesserten Umweltschutz nannte: Früher habe es überhaupt keine Aale mehr im Rhein gegeben.

Als Wallmanns Gegenpart hatte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Volker Hauff zuvor daran er-

innert, daß seine Fraktion bereits einige Monate vor der aktuellen Verschmutzungsreihe konkrete Vorschläge für eine umweltverträgliche Chemie-Politik ins Parlament eingebracht habe. Er warf der Koalition vor, diese Entwürfe als Liebesdienst für die Chemie-Manager“ abgelehnt zu haben. Vor allem brachte Hauff den SPD-Vorschlag wieder ein, bei den gesetzlichen Maßnahmen eine „verschuldensunabhängige Verursacherhaftung“ einzuführen, wie sie etwa auch die Bundesbahn zu leisten habe, eine automatisierte Fernüberwachung wie bei Kernkraftwerken und jährliche Störfälleberichte.

Sein Fraktionskollege Klaus-Dieter Kühbacher kritisierte, daß das Umweltministerium mit seinem Etat gerade einen Betrag erreiche, wie er für die Lagerung von Überschuß-Butter zur Verfügung stehe. Am Ende der Debatte, in einer persönlichen Erklärung, wies Kühbacher detailliert nach, daß die Grünen „faul“ gewesen seien, nicht rechnen könnten und bei der Einbringung von „Show-Anträgen“ Dinge beantragt hätten, die längst im Etat verankert seien.

„Seit Ende '83 über 600 000 neue Arbeitsplätze“

THOMAS LINKE, Bonn

Im Bundestag kam gestern vormittag trotz der vom Wahlkampf bestimmten Auseinandersetzung um den Sozialetat für kurze Zeit Wehmut und Abschiedsschmerz auf: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Eugen Glombig, zuletzt Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales, hielt seine Abschiedsrede. Der von allen Parteien respektierte Glombig gehörte dem Bundestag seit dem 25. Januar 1982 mit einer kurzen Unterbrechung an. Die Hamburger SPD hat ihn nicht mehr als Direktkandidaten nominiert.

„Auch in der Zeit der sozial-liberalen Koalition ist in der Sozialpolitik oft zu rasch gekürzt und zu schnell ausgeweitet worden“, zeigte sich Glombig selbstkritisch. Arbeitsminister Norbert Blum warf er vor, den Sozialstaatsabbau bewußt zum Instrument der Gesellschaftspolitik gemacht zu haben und keine Lösung des Arbeitslosen-Problems gefunden zu haben: „Sie haben die Arbeitslo-

sen bekämpft statt die Arbeitslosigkeit.“

Dem hielt Arbeitsminister Norbert Blum entgegen, daß seit Ende 1983 über 600 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien. „Davor haben wir in zwei Jahren 800 000 Arbeitsplätze verloren“. Durch die im letzten Jahr auf 18 Monate neu befristeten Teilzeitarbeitsverträge sei für viele „Menschen eine Brücke in die Erwerbsgesellschaft“ geschlagen worden: „Sogar die IG Metall gibt zu, daß über 60 Prozent der Teilzeitarbeitsverträge in feste Anstellungen umgewandelt werden.“

Auch das Argument vom Sozialabbau wollte der Minister nicht gelten lassen: Die Summe aller Sozialleistungen stieg von 1982 bis 1986 um 80 Milliarden Mark auf 604 Milliarden Mark. Pro Person bedeutet dies ein Anstieg von 1982 bis 1986 von 8508 Mark auf 9921 Mark – für die CDU Anlaß nicht vom „Sozialabbau“, sondern vom „Sozialausbau“ zu sprechen.

Der Sozialetat 1987 ist mit 59,9 Milliarden Mark wieder größter Einzelposten im Bundeshaushalt. Gegen-

über 1986 bedeutet dies ein Anstieg von einem Prozent. Die größten Posten im Sozialetat sind die Zuschüsse zur Sozialversicherung, die Kriegsopferversorgung und die Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz.

Als das größte sozialpolitische Verdienst wertete Norbert Blum die erreichte Preisstabilität: „Inflation ist der Taschendieb der kleinen Leute.“ Dem wieder im Plenum nicht anwesenden SPD-Kanzlerkandidaten Rau warf der Bundesarbeitsminister vor, in Nordrhein-Westfalen massiven Sozialabbau zu betreiben. Blum führte die steigenden Kindergartengebühren, die gekürzte Jugendhilfe und den zusammengebrochenen sozialen Wohnungsbau an. Auch die Anzahl der Sozialhilfeempfänger liege laut Blum in Nordrhein-Westfalen weit über dem Bundesdurchschnitt.

Die FDP-Sozialexpertin Irmgard Adam-Schwartz zog eine positive Bilanz der Sozialpolitik: „Wir haben die Grundlagen der sozialen Sicherung an die neu entstandene Finanzlage angepaßt.“

Bauminister: Zahlen der NH waren unkorrekt

D. G. Bonn

Mit aller Schärfe hat sich Bundesbauminister Oscar Schneider gestern gegen Vorwürfe verwahrt, er habe aus wahltaktischen Überlegungen am Niedergang der Neuen Heimat mitgewirkt. Auf Antrag der SPD kam der CSU-Politiker als sachverständiger Zeuge vor den Untersuchungsausschuß Neue Heimat.

Der SPD-Abgeordnete Franz Müntefering warf dem Minister vor, er habe bereits im Januar leichtfertig vom möglichen Konkurs der Neuen Heimat gesprochen. Offensichtlich sei ihm diese Entwicklung willkommen gewesen, um Wahlkampfmaterial gegen die SPD und gegen die Gewerkschaften zu sammeln. Schneider wies diese Annahme energisch zurück und versicherte, die Neue Heimat und die DGB-Finanzholding BGAG als Eigentümerin hätten die Entwicklung selbst verschuldet. Bereits am 31. August 1983 habe ihm der ehemalige NH-Chef Dieter Hoffmann von der schwierigen Lage der Neuen Heimat berichtet.

Nach Darstellung des Bauministers haben sich die Neue Heimat und die BGAG selber zuzuschreiben, daß immer wieder Konkursgerüchte verbreitet wurden. Die seinem Ministerium von der NH vorgelegten Zahlen über die wirtschaftliche Lage seien offensichtlich unkorrekt gewesen. „Ich hätte grob fahrlässig gehandelt, wenn ich diesen Zahlen geglaubt hätte. Als dann der Verkauf an Schiesser erfolgte, hat die BGAG ihre Glaubwürdigkeit völlig eingebüßt.“

Am 18. September, einen Tag vor der offiziellen Bekanntgabe, habe er vage von Verkaufsbereitschaft der Neuen Heimat gehört. „Ich habe das als eines der vielen Latrinengerüchte über die Neue Heimat angesehen, weil ich noch für den 23. September mit NH-Sanierer Meier-Preschany verabredet war.“

Das durch den Neue-Heimat-Skandal immer wieder diskutierte Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz muß nach Ansicht des Ministers vom nächsten Bundestag novelliert werden. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften sollten künftig nur noch regional tätig sein. Auch müsse die staatliche Aufsicht und das Prüfungsverfahren der Geschäftstätigkeit verbessert werden.

Die Studenten von Paris gehen auf die Straße

Hochschulreform mobilisiert Sozialisten und Kommunisten

PETER RUGE, Paris

Das Pariser Studentenviertel Quartier Latin erlebte die erste große Demonstration seit dem Machtwechsel in Frankreich vor acht Monaten. An Schulen und Universitäten war zum Generalstreik aufgerufen worden. Tausende zogen bereits zur Mittagszeit sternförmig durch Paris zur Sorbonne, um sich hier zum Marsch auf das Parlament zu sammeln.

„68, c'est vieux - '86, c'est mieux“, riefen die Jugendlichen in Erinnerung an den Pariser Studentenaufstand vor 18 Jahren, bei dem Autos in Flammen aufgingen, Pflastersteine herausgerissen und der Polizei regelrechte Straßenschlachten geliefert wurden. Die V. Republik geriet damals an den Rand einer Revolution. „68, das ist ein alter Hut, 86 machen wir es besser“, lautete nun der Ruf vor dem Palais Bourbon, wobei es vielen schon gar nicht mehr um den eigentlichen Anlaß geht.

Der Stein des Anstoßes kam ins Rollen, als die bürgerliche Regierung vor wenigen Tagen ihr Reformwerk im Erziehungsbereich vorlegte. Der „Plan Devaquet“ strebt eine vermehrte Autonomie im Hochschulbereich an, also eine größere Staatsferne, für die seinerzeit im Mai '68 die Studenten auf die Straße gingen. Die Universitäten sollen künftig selbst entscheiden: bei der Zulassung, den Gebühren, der Prüfungsordnung, den Abschlußdiplomen, der Mitbestimmung.

„Neue Eliteschicht“

Dagegen richteten sich die ersten Proteste. Das Wort von der „neuen Eliteschicht“, die sich die bürgerliche Rechte durch diese Hochschulreformen schaffen wolle, fand schnell Widerhall. Die Regierung Chirac sah sich zu ihrer eigenen Verblüffung plötzlich attackiert, ihre Reaktion kam viel zu spät. Als sie über die Medien zu einer Darstellung ihrer Reformabsichten übergang, sah sie sich zudem dem Vorwurf ausgesetzt, in der Vorbereitungsphase keine der studentischen Organisationen konsultiert zu haben.

Die Protestbewegung erhielt schnell Zulauf von verschiedenen Seiten: Was mit einem Streikaufruf von 50 von 76 französischen Universitäten begonnen hatte, weitete sich

rasch aus, als die linksgerichtete Lehrgewerkschaft FEN die Parole ausgab, „zur Verteidigung unserer Kinder“ auf die Barrikaden gehen zu wollen. Damit überdeckte die Lehrgewerkschaft ihr eigentliches Motiv. Sturm zu laufen gegen den Teil der Reformpläne von Erziehungsminister Monory, der vorsieht, daß einige Vorrechte der französischen Erzieher abgebaut werden – darunter die Monopolstellung der FEN, im Schulbereich Versicherungen abzuschließen.

Schüler nicht im Unterricht

Durch die Lehrer wiederum wurden die Schüler mobilisiert: Im Pariser Raum boykottierten Schülerkomitees seit dem Wochenende an 35 von 67 Lycées den Unterricht. Landesweit ergibt sich ein ähnliches Bild. Als am Sonntag an der Bastille zu einer ersten Demonstration aufgerufen wurde, zeigten sich die Beteiligten überrascht, welches Echo ihr Vorgehen hatte. Über 100 000 versammelten sich: Die Agitationskampagne weniger Gruppen ging über in eine Mobilisierung der linken Massen. In diesem Augenblick nahm die Protestwelle auch eine neue inhaltliche Dimension an – es wurde daraus ein politischer Streik, da sich nun die Prominenz der Sozialisten an die Spitze der Bewegung setzte.

Das ließ jetzt auch die Kommunisten nicht ruhen: Flugs münzten sie die angekündigte Demonstration der Schüler und Studenten vor der französischen Nationalversammlung zu einem „Agitationstag“ der Arbeiter gegen den Abbau sozialer Rechte durch die Regierung Chirac um. So erschienen in Paris keine Zeitungen, im Metro- und Busverkehr gab es einige Störungen, bei der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF fielen mehrere internationale Linien aus.

Während vor dem Palais Bourbon die Demonstranten von der Polizei abgedrängt wurden, kam es unter den Abgeordneten zu erregten Auseinandersetzungen. Den Streit zwischen Sozialisten und Gaullisten steigerte die Nationale Front durch minutenlanges Pölschlageln, so daß im allgemeinen Durcheinander die Ankündigung fast unterging, die Regierung sei bereit, ihren Gesetzentwurf zur Neuordnung im Erziehungsbereich zu modifizieren.

Ihre Eintrittskarte für die Welt.



Wenn Sie weltweit mit Ihren Ankaufsmitteln einkaufen, dann ist die EUROCARD mit ihren 3 Millionen Vertragspartnern in mehr als 100 Ländern eine Ergänzung zu Eurocheque. Die Eurocard-Karte ist ein Zahlungssystem in Verbindung mit American Express und Access in Großbritannien. Die EUROCARD ist eine der dichtesten Vertragspartnernetze weltweit.

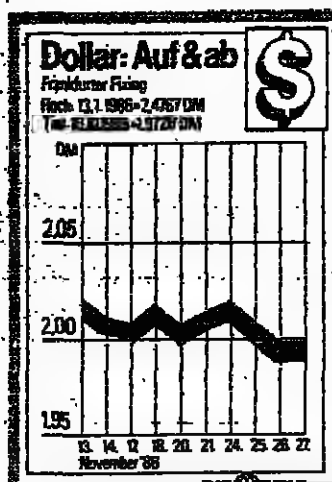
Prüfen Sie die weltweiten Vorteile der EUROCARD in Germany, bevor Sie sich für eine Kreditkarte entscheiden. Der Bargeldservice bei über 100 000 Bankstellen weltweit und die Reiseunfallversicherung bis zu 500 000 Mark sowie die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes bei bargeldlosen Zahlungen und der günstige Jahresbeitrag sind besonders hervorzuheben.

Hinter Eurocheque und EUROCARD stehen die deutschen Banken und Sparkassen. Ihre Partner, denen Sie auch Ihre sonstigen Geldangelegenheiten anvertrauen. Dort liegt der Antrag für Ihre EUROCARD bereit.

EUROCARD. Worldwide Credit – Made in Germany.

مكتبة أحمد لامل

FÜR DEN ANLEGER



Asko: Vom 3. bis 17. Dezember läuft die Zeichnungsfrist für 150.000 neue Stammaktien, mit denen die Asko ihr Kapital um 7,5 auf 52,5 Mill. DM erhöht. (Ausgabekurs 1800 DM, Bezugsverhältnis 6:1)

Weltbörsen: An den wichtigsten Aktienplätzen der Welt hat nach den Kursstürzen der Vorwoche als Folge des Urteils im Insider-Skandal eine Erholung auf breiter Front eingesetzt. (S. 12)

Einführung: Die Ski-Marke „Erbacher“ soll künftig den Börsenzeitung beisteuern. (S. 13)

Kapitalerhöhung: Die Wanderer-Werke AG, München, will 1,5 Mill. DM ihres genehmigten Kapitals von fünf Mill. DM durch Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien nutzen. Die neuen In-

haberaktien sollen noch in diesem Jahr von dem Bankenkonsortium Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln, und der Dresdner Bank AG, Frankfurt, angeboten werden. (S. 13)

Zinsen: Die Frankfurter Hypothekbank hat aufgrund der aktuellen Entwicklung am Kapitalmarkt ihre Hypothekenzinsen gesenkt. Bei fünfjähriger Zinsbindung und 100prozentiger Auszahlung verlangt sie künftig 6,75 (bisher 6,85) Prozent, bei zehnjähriger Bindung 7,5 (7,65) Prozent.

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 281,18 (279,20); Chemie: 165,31 (161,54); Elektro: 352,12 (350,50); Auto: 743,45 (734,84); Maschinenbau: 153,50 (153,65); Versorgung: 169,05 (168,22); Banken: 416,58 (416,18); Warenhäuser: 196,47 (193,98); Bauwirtschaft: 529,38 (526,09); Konsumgüter: 188,82 (187,73); Versicherer: 1391,80 (1396,81); Stahl: 138,25 (138,77).

Kursgewinner: DM + %
Dt. Cont. Rückf. J. 1390,0 6,92
Oberland Glas A 260,00 6,78
Seitz Enzinger 171,00 4,91
Thüga AG 440,00 4,76
Thüringia Vers. 1590,0 4,61

Kursverlierer: DM - %
Asko Deutsche K. 2020,0 5,16
Überlandw. 283,50 4,87
MAN-Rol 638,00 4,78
Versand AG St. 162,00 4,71
Wella AG Vz. 745,00 4,12
(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Behaupet

MÄRKTE & POLITIK

EG: Der Haushalt 1987 sieht Ausgaben in Höhe von 76,1 Mrd. DM vor. Das sind 3,05 Prozent mehr als im Vorjahreshaushalt. (S. 18)

BAG: Für eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen besteht laut Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe kein Bedarf.

Einführungspreise: Die Importwaren sind von September bis Oktober 1,9 Prozent billiger geworden. Sie waren damit 30,7 Prozent billiger als im Oktober 1985. Im September und August waren es 21,5 bzw. weniger als im Vorjahr.

Außenhandels: Der Überschuss erreichte in den ersten zehn Monaten bereits 90,3 Mrd. DM. Im gesamten Vorjahr betrug der Überschuss im deutschen Warenhandel 73,9 Mrd. und in der Periode Januar/Oktober 58,4 Mrd. DM.

Spielwaren: Zur 38. Internationalen Spielwarenmesse mit Fachmesse Modellbau, Hobby und Basteln vom 5. bis 11. Februar 1987 zeichnet sich eine neue Rekordbeteiligung ab.

Computer: An der Londoner Börse hat es erneut schwerwiegende Computerprobleme gegeben. Hierdurch gab es bei der Abrechnung von Börsentransaktionen wegen der Unsicherheit über die Richtigkeit der gespeicherten Kurse große Verzögerungen.

Gebrauchtwagen: Mit knapp über 600.000 Ummeldungen wurde das Oktober-Höchstergebnis von 1985 (575.000) um gut fünf Prozent übertroffen.

Strafen: Die EG-Kommission hat gegen fünf niederländische Molkereien wegen unerlaubter Preisabsprachen Geldstrafen von insgesamt 13,7 Mill. DM verhängt.

Produkt	28. 11. 86	25. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	150,00	150,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer 3,5 % S)	70,50	69,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	118,50	117,50	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Angebote: Der US-Zigarettenhersteller American Brands hat für den Haut- und Schönheitspflege-mittelhersteller Chesebrough-Pond's 2,8 Mrd. Dollar (3,8 Mrd. DM) geboten. Der als „Firmenhai“ bekannte US-Finanzier Irwin L. Jacobs will über die von ihm kontrollierte Minstar die Borg-Warner Corp. für mindestens 3,6 Mrd. Dollar (7,2 Mrd. DM) übernehmen.

SASF: Für das Gesamtjahr erwarten die Chemiekonzern einen Weltumsatz von über 43 Mrd. DM. Bis Ende September lag das Gruppenergebnis mit 2,15 Mrd. DM zwar noch um 12,7 Prozent unter Vorjahresstand. (S. 12)

Dresdner Bank: Das Kreditinstitut erwartet 1986 ein Ergebnis, das

das sehr gute Konzernergebnis des Vorjahres von 2,5 Mrd. DM noch übertrifft. (S. 13)

Deggusa: Im Geschäftsjahr 1985/86 (30. September) wurde „ein sehr gutes Ertragsniveau“ erzielt. Der Metall- und Chemiekonzern berichtet allerdings von einem Rückgang im Konzernumsatz von 7,4 Prozent auf 10,85 Mrd. DM, der vor allem durch den schwachen Dollarkurs und niedrige Edelmetallnotierungen beeinflusst war. (S. 13)

Rosenthal: In den ersten zehn Monaten 1986 wurde der Umsatz etwa auf den Vorjahreshöhe von 372,7 Mill. DM gehalten. Das Unternehmensergebnis lag jedoch unter dem Vorjahreswert.

NAMEN



Geurtsdag: Vom Vorwurf der (Minister-)Bestechung faktisch freigesprochen, begehrt der frühere Flick-Gesellschafter und weidand designierte BDI-Präsident Eberhard von Brauchitsch auch seinen 60. Geburtstag heute vor dem Bonner Landgericht. Da hat sich der spektakuläre „Flick-Prozess“ auf den viele Spender tref-fenden Vorwurf der Steuerhinter-ziehung verkürzt. Seinen Karriere- sturz bilanzierte der einst ein-

flußreiche Mann mit dem für ihn typischen Satz, auch als er ganz unten war, hätten seine Freunde „den Kopf aus dem Graben gehalten“. Ein Trost, der für manches, aber nicht für alles entschädigt.

Phönix: Mit Wirkung vom 13. November wurden Manfred Lorch, Mitglied der Vorstände der Alten Leipziger Gruppe, und Heinz Lowski, bisheriger Generalbevoll-mächtigter der Hamburger Phö-nix, zu ordentlichen Vorstands-mitgliedern bestellt.

Wechsel: Der wirtschaftspoliti-sche Sprecher der FDP, Otto Graf Lambsdorff, löst Staatsmini-ster a.D. Gerhard Kienbaum als Präsident der Deutschen Schutz-vereinigung für Wertpapierbesitz ab.

WER SAGT'S DENN?

Kapital ist tot, wenn menschlicher Geist es nicht bewegt.
Ökonomische Binsenweisheit

Mehr als die Mieten machen Nebenkosten das Wohnen teurer

Hauseigentümer: Gemeinden sollten Gebühren benutzerfreundlich berechnen

HANNA GIESKES, Bonn

Es sind nicht so sehr die Mieten, die das Wohnen teurer machen, sondern vor allem die Nebenkosten. Theodor Paul, Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundeigen-tümer, will diesem Ärgernis mit einer Initiative zuleibe rücken: Die Kom-munen müßten bundesweit gezwun-gen werden, die Berechnung ihrer Gebühren auf eine benutzerfreund-liche Basis zu stellen, sagte Paul ge-estern in Bonn.

Er meint damit die in etlichen Län-dern gängige Praxis - in Hamburg ist sie sogar zwingend vorgeschrieben -, Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen vom Wiederbeschaffungswert anstatt von den Anschaffungs- und Herstellungskosten zu kalkulieren. Die erste Methode ergibt zwangsläufig hö-here Gebühren als die zweite, denn jede über den Anschaffungswert hin-ausgehende Bemessung der Ab-schreibung bedeutet, daß künftige Preisteigerungen von den heutigen Benutzern finanziert werden.

Die Hauseigentümer halten das für eine ungerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen. Außer-

dem sei zum Zeitpunkt der Gebüh-erenerhebung noch unbestimmt, ob die Einrichtung später beibehalten werde.

Die Folgen solcher Kalkulations-technik schilderte Paul anhand eini-ger Zahlen: Allein in den vergange-nen zehn Jahren hat sich der Preis-in-dex für die Abwasserbeseitigung um 91 Prozent erhöht; die Müllabfuhr brachte es auf einen Anstieg von 47 Prozent, die Straßenreinigung wurde um 46 Prozent teurer und die Frisch-wasserversorgung um 45 Prozent. Im selben Zeitraum stiegen die Mieten - einschließlich sämtlicher Nebenkos-ten - jedoch nur um 43 Prozent.

Derzeit habe der Anstieg der Mieten mit 1,8 Prozent den niedrigsten Stand seit 1962 erreicht, sagte Paul weiter. Im freifinanzierten Woh-nungsbau liege er seit mehreren Mo-naten, wie auch im sozialen Woh-nungsbau, bei 1,8 Prozent. Im ge-samten Altbau betrage er 2,5 Prozent.

Paul wies jedoch darauf hin, „daß dieser Index nicht die tatsächliche Mietentwicklung wiedergibt“, denn in den Ergebnissen seien auch die fiktiven Mietwerte der Eigentümer

enthalten, deren Ausgaben in aller Regel höher seien als die der echten Mieterhaushalte. Im übrigen enthalte der Index Aufwendungen für Moder-nisierungs- und Energiesparmaßnah-men sowie sämtliche Nebenkosten, „und daran wird deutlich, daß die tatsächlichen Mietaufwendungen nicht mehr steigen, sondern vielfach bereits zurückgehen“.

An die Bundesregierung appellier-te der Verbandspräsident, sie möge sich nicht auf „lediglich kosme-tische“ Änderungen beim Wohnungs-gemeinnützigkeitsrecht beschrän-ken. Es reiche nicht aus, Vorschriften zu verschärfen und Kontrollmecha-nismen zu verfeinern. „Entscheidend ist, daß wir die Bindung der Gemeinnützigkeit an das einzelne Unter-nehmen wegbringen“.

Paul versicherte, daß man die rund 1800 gemeinnützigen Wohnungsbau-unternehmen nicht „vom Markt brin-gen“ wolle; er halte es indes für gebo-ten, alle Wohnungsunternehmen unter dieselben Bedingungen zu stellen. Darin sieht er eine „einmalige Chance zu einer vernünftigen Gestaltung des Wohnungsmarktes“.

Der „Kohlepfennig“ wird erhöht

Kanzler: Bonn will sichere Grundlage für Erfüllung des Jahrhundertvertrags schaffen

HEINZ HECKE, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat für das kommende Frühjahr eine er-neute Erhöhung des „Kohlepfennigs“ angekündigt und an die sozialdemo-kratisc regierten Länder appelliert, „nicht durch eine unklare Haltung zur Kernenergie die notwendige An-schlußregelung für den Jahrhundert-vertrag zu gefährden“. Auf der Mit-gliederversammlung der Wirtschafts-vereinigung Bergbau hat der Kanzler am Mittwochabend die Grundlage der Bonner Energiepolitik umrissen.

Kernenergie stehe nicht in einem Gegensatz zur Kohle. „Sie schafft vielmehr entscheidende Vorausset-zungen, um die Rolle der Kohle im Rahmen unserer Energieversorgung zu sichern.“ In der nächsten Legisla-turperiode stünde die Anschlußre-gelung des Jahrhundertvertrags über die Verstromung deutscher Steinkoh-le nach 1995 auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung werde diese

Verhandlungen „aktiv begleiten“ und mit der erneuten Erhöhung des Koh-lepfennigs, der erst Mitte 1986 auf - im Bundesdurchschnitt - 4,5 Prozent der Stromrechnung angehoben wor-den war, „eine sichere Grundlage für die weitere Erfüllung des Jahrhun-dertvertrags schaffen“. Die aus dem Jahrhundertvertrag resultierenden Belastungen seien allerdings „nur tragbar, wenn kostengünstige Kern-energie zur Verfügung steht“. Der Kanzler erinnerte daran, daß gerade die revidierten Bundesländer auf diesen Zusammenhang zu Recht im-mer wieder hinwiesen.

Kohl erneuerte sein Bekenntnis zur deutschen Steinkohle und zeigte Ver-ständnis dafür, daß sie nicht allein durch Rationalisierung und Kosten-senkung die Wirkungen von Dollar-kurs und Ölpreisanstieg ausgleichen könne. Diese weltwirtschaftlichen Vorgänge erforderten „einen langen

Atem und unsere finanzielle Solidari-tät“.

Er ging aber auch auf die Kritik ein, die die Bundesregierung mit ihrer Äußerung im kürzlich veröffentlichten Energiebericht geerntet habe, daß sie nämlich die Entwicklung der öf-fentlichen Hilfen für die Steinkohle „mit großer Sorge sieht“. Eine Bun-desregierung, die mit dem Ziel der Gesundung der Staatsfinanzen ange-treten sei, könne aber gar keine an-derer Haltung einnehmen.

Ohne die SPD beim Namen zu nen-nen, kritisierte er deren Ausstiegs-pläne bei der Kernenergie. Man könne von jenen keine zukunftsweisenden Antworten auf die Grundfragen er-warten, die sich von Angst und Zu-kunfts pessimismus leiten ließen oder aus den verständlichen Sorgen und Ängsten mancher Mitbürger einen opportunistischen Vorteil zu ziehen versuchen“. Er halte die Kernenergie für verantwortlich.

Dresdner Bank für Verlängerung der Börsenöffnungszeiten

H.W. Frankfurt

Nach der Commerzbank als erste im Reigen der deutschen Großban-ken hat jetzt auch die Dresdner ihren Zehn-Monats-Bericht vorgelegt. Und auch sie sieht die wirtschaftliche Ent-wicklung der Bundesrepublik im kommenden Jahr mit einem Wachs-tum von drei Prozent positiver als die „Weissen“.

Wie Wolfgang Röller, Vorstands-sprecher der zweitgrößten deutschen Bank, vor Journalisten in Frankfurt ausführt, fehle es jedoch bei vielen Unternehmen noch immer an ausrei-chender Eigenkapitalausstattung. Ein dauerhaft günstiges Börsenklima könne dazu beitragen, daß die Kapi-talbeschaffung auf diesem Wege ak-tiver werde.

Mit dem Ende letzten Monats durch den Bundestag gebilligten Börsen-zulassungsgesetz, das den kleinen und mittleren Gesellschaften den Börsenzugang erleichtert, sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan. Um aber auch interna-tional mithalten zu können, bedürfe es weitreichender Überlegungen. Rö-ller schlägt vor, die Börsenöffnungs-zeiten um zumindest eine Stunde zu verlängern.

AUF EIN WORT



„Es ist eine Illusion, zu glauben, daß ein beson-ders starker Kündi-gungsschutz für die Ar-beitnehmer Arbeitsplä-tze auch dann erhält, wenn diese aufgrund der wirtschaftlichen La-ge des Unternehmens bereits verloren sind.“
Fritz Eichbauer, Präsident des Zent-ralverbandes des Deutschen Bauge-werbes, Bonn. FOTO: DWELT

Bundesrepublik: Hoher Überschuf im Außenhandel

cd. Frankfurt

Die deutsche Außenwirtschaftsbilanz weist im Oktober ihre bisher zweitgrößten Überschüsse aus, die nur um rund 200 Mill. DM hinter den Spitzenwert zurückblieben. Im Außen-handel ein Plus von 10,7 Mrd. DM und in der Leistungsbilanz einen Ak-tivsaldo von 8,0 Mrd. DM. Für die ersten zehn Monate summieren sich die Überschüsse im Außenhandel auf 90,3 (Vorjahr: 58,4) Mrd. DM und in der Leistungsbilanz auf 59,4 (26,1) Mrd. DM. Somit zeichnen sich für das Gesamtjahr Aktivsaldo von mehr als 115 (73) Mrd. DM im Außenhandel und knapp 75 (39) Mrd. DM in der Leistungsbilanz ab.

Für 1987 ist jedoch nach Wegfall der Sonderfaktoren (Ölpreisanstieg und Marktaufwertung) mit einer Umkehr des Trends zu rechnen. Die realen Außenhandelsströme lassen das jetzt schon erkennen. In den ersten zehn Monaten 1986 nahm das Import-volumen um rund sechs Prozent zu und damit deutlich stärker als das Ausfuhrvolumen, das nur noch um ein Prozent stieg. Die erhöhten realen deutschen Importe haben da-mit zur Konjunkturbelebungs in anderen Ländern beigetragen.

Wer braucht Schiffe?

JB. - In diesen Tagen hat eine Meldung aus der deutschen Küste ungläubiges Staunen ausgelöst. Der Vorstandssprecher der Deutschen Schiffahrtbank in Bremen, Walter Behrmann, soll erklärt haben, daß ab Mitte 1988 ein weltweiter Auf-tragsboom für neue Schiffe emset-zen und bis in die neunziger Jahre anhalten werde. Die Reeder und vor allem die Schiffbauer hören die Botschaft wohl, allein ihnen fehlt der Glaube.

Entscheidende Ursache für die schwere Krise, durch die Werften und Reeder dampfen, sind gewalti-ge Überkapazitäten in allen Berei-chen. Fast 40 Prozent der weltwei-ten Tonnage kann nicht beschäftigt werden. Daß dieses Überangebot in zwei bis drei Jahre abgebaut wird

und Neubaubedarf entsteht, ist Illu-sion. Weder durch den gnadenlosen Wettbewerb und damit einherge-henden Reeder-Konkursen ver-schwinden Kapazitäten vom Markt noch durch den Abgang veralteter Tonnage. Die Schiffe ruinierter Reeder wechseln lediglich zu Mini-preisen den Eigentümer und fahren als Preisbrecher munter weiter. Was die Verschrottung von Schiffen an-geht, so muß man feststellen, daß auch heute noch mehr Schiffe neu gebaut, denn ausrangiert werden.

Die noch verbliebenen Werften, die fast überall in strukturgefährde-ten Regionen angesiedelt sind, müs-sen beschäftigt werden und lassen deshalb mit massiver öffentlicher Subventionierung Schiffe vom Stapel, die keiner braucht. Dies gilt im übrigen auch für jene fünf Con-tainerschiffe, die deutsche Werften für eine US-Reederei bauen sollen. Sie mögen beschäftigungspolitisch erwünscht sein, schiffahrtspolitisch sind sie ein Unsinn.

Italien vor England

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Unter der Voraussetzung, daß das brutische Pfund abgewertet und damit die Währung den tat-sächlichen Kaufkraftverhältnissen angepaßt wird, rechnet die Welt-bank damit, daß Italien im kom-menden Jahr, aufs Bruttoinlands-produnkt bezogen, Großbritannien vom bisher fünften auf den sech-sten Platz der westlichen Industrienationen verdrängt. Vorweggenom-men wurde dieser Überholprozeß bereits dadurch, daß das Pro-Kopf-Einkommen der Italiener das der Inselbewohner im laufenden Jahr erstmals übertrafen hat und sich auf den zwölften Platz vorschob, während das der Briten auf den 14. abrutschte.

Dieses Ergeb-nis ist der Tat-sache zu verdan-ken, daß seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs das italienische Bruttoinlandsprodukt jährlich um durchschnittlich 5,7 Prozent, das Großbritanniens dagegen nur um 3,5 Prozent zu-nahm.

Während die britische Wirt-schaft in den letz-ten Jahren einen Schrumpfungs-prozeß durchmachte, der ganze Produktionsbereiche im weltweiten Vergleich zurückfallen ließ, gelang es den italienischen Industrie mit wenigen Ausnahmen, ihre Positi-onen kräftig auszubauen.

In der Automobilindustrie, in der Werkzeugmaschinenindustrie und im allgemeinen Maschinen- und Anlagenbau, ganz zu schweigen von der Modebranche, haben italieni-sche Firmen die britische Konkur-renz schon vor Jahren überundert. Der Ausbau der industriellen Kapa-zitäten ist in Italien in den letzten Jahren mit einem sehr flexiblen Einsatz von Hochtechnologien ein-hergegangen.

Daß der „Underdog“ ansetzte und es auch schaffte, die älteste In-dustrienation der Welt zu überho-len, ist sicherlich ein Ereignis, das zumindest in die italienischen Ge-schichtsbücher eingehen wird. Um daraus nicht nur ein statistisches Faktum zu machen, braucht es aber mehr als Vitalität.

Einen Vorgeschmack dessen, was die Partner von Italien erwar-ten, lieferte schon in diesem Jahr die Affäre um den Anspruch Roms, zum Fünferklub der größten westli-chen Nationen zugelassen zu werden. Bekanntlich wurde die-ser Anspruch mit einem Trick be-

riedigt, indem neben dem Fünfer-klub ein neuer Siebenerklub ins Le-ben gerufen wurde.

Das alleine zeigt, wie steinig das Feld ist, auf dem sich Italien die Lorbeeren eines gleichberechtigten Wirtschafts- und Partnerschafts-landes verdienen muß. Nicht zu Unrecht. Trotz aller Ermahnungen und Auf-forderungen ist Italien inzwischen das einzige unter den EG-Gründ-erländern, das noch immer an einer Fülle von Devisenbeschränkungen festhält. Die italienischen Sparer übertreffen zwar die britischen um Längen in der Bildung privater Ver-mögen. Nirgendwo unterliegen die Kapitalmärkte aber derartiger Be-schränkungen wie hier: die Sparer sind nicht frei, die in ihren Augen beste Anlage aus-zusuchen.

Vor allem dank der Einführung von Investmen-tionsfonds hat die Mailänder Börse in den letzten anderthalb Jahren Dimensionen an-genommen, die erstmals die wah-re Potenz der ita-lienischen Wirt-schaft zumindest tendenziell spie-geln. Trotzdem klaffen noch immer Abgründe, wenn man hinter die Kul-lissen blickt. Da fehlt es noch im-mer an der elementaren Deregulie-rung, ganz zu schweigen von der vollen Liberalisierung. Nicht um-sonst haben sich die britischen Brokerunternehmen in den letzten Monaten wieder aus dem italia-nischen Aktienmarkt zurückgezogen, weil hier selbst die materielle Liqui-dierung der Titel nicht funktioniert.

Nicht nur die italienischen Fi-nanzinstrumente sind noch weit entfernt, Vitalität und Kapa-zitäten der Wirtschaft voll auszudrük-ken. Unzulänglich und unangemes-sen für die Entfaltung der wirt-schaftlichen Fähigkeiten des Lan-des sind auch Finanz- und Haus-haltsgebräue des Staates.

Solange die Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt gemessen den westeuropäischen Durch-schnitt um 15 Prozent übertreffen, und der Anteil des Haushaltsdefizits an eben diesem Produkt um drei- bis viermal höher liegt als der anderer westlicher Industriesta-ten, steht die Entwicklung auf tö-nernen Füßen, bleibt ein Inflations-sokkel, der das Wachstum hemmt und das Zusammenleben mit stabili-tätsbewußten Partnern erschwert.

LEASING MIT VIEL LEISTUNG.

Gerade beim Auto-Leasing zahlt Leistung und Know-How. Weil es sich auszahlt. Sich von Profis beraten zu lassen, die mit dem Auto sozusagen groß geworden sind, das ist schon ein gutes Gefühl. Wir haben es uns deshalb zur Aufgabe gemacht, kompeten-tes Leasing im echten Fullservice zu bieten - fein abgestimmt auf die individuellen Bedürfnisse unserer Kunden. Und deshalb leasen Sie bei uns auch jede Auto-

marke und nicht nur eine bestimmte. Und wenn Sie unter Leistung auch erstklassige Konditionen verste-hen, dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Testen Sie uns also ruhig einmal. Es lohnt sich für Sie.

Hansa Automobil Leasing GmbH
Wir machen Ihr Unternehmen automobil.

HANSA AUTOMOBIL LEASING GMBH · BEERENWEG 5
2000 HAMBURG 50 · TEL. 040/8 53 06 02 · TELEX 02/12 138

Angebot zum Bezug von Optionsgenussscheinen

Aufgrund der in der ordentlichen Hauptversammlung der Berliner Bank Aktiengesellschaft vom 27. Juni 1986 erteilten Ermächtigung hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Ausgabe von Optionsgenussscheinen im Gesamtnennbetrag von DM 100.000.000,- beschlossen. Die Genussscheine werden den Aktionären im Verhältnis 5 : 2 nach Nennbeträgen zum Ausgabekurs von 100% borsensatzsteuerfrei zum Bezug angeboten. Die Genussscheine haben folgende Ausstattung:

Art und Stückelung:	Die Genussscheine lauten auf den Inhaber und sind eingeteilt in 25.000 Stück über je DM 200,-, 20.000 Stück über je DM 1.000,- und 7.500 Stück über je DM 10.000,- Nennbetrag.
Ausschüttung:	Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre der Berliner Bank Aktiengesellschaft vorgehende jährliche Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn von 5% des Nennbetrages der Genussscheine. Reicht der Bilanzgewinn zur Zahlung des Ausschüttungsbetrages nicht aus, so vermindert sich dieser entsprechend. Ein Nachzahlungsanspruch besteht nicht. Die Genussscheine sind vom 16. Dezember 1986 an ausschüttungsberechtigt, d. h. für das Geschäftsjahr 1986 zu einem Vierundzwanzigstel. Die Ausschüttung auf die Genussscheine ist jeweils nachträglich am 1. Bankarbeitstag nach dem Tag der ordentlichen Hauptversammlung fällig, in der der Jahresabschluss des abgelaufenen Geschäftsjahres vorgelegt und über die Gewinnverwendung Bescheid gefasst wurde.
Besteuerung:	Die Ausschüttung wird unter Abzug von Kapitalertragsteuer ausbezahlt.
Laufzeit:	Die Laufzeit der Genussscheine ist mit dem Ende des Geschäftsjahres 1996 befristet.
Rückzahlung:	Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust werden die Genussscheine zum Nennbetrag zurückgezahlt. Der zurückzuzahlende Betrag ist am 1. Bankarbeitstag nach dem Tag der ordentlichen Hauptversammlung fällig, der der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 1996 vorgelegt wird. Der zurückzuzahlende Betrag wird vom Ende der Laufzeit der Genussscheine bis zur Fälligkeit entsprechend dem Ausschüttungsanspruch für das Geschäftsjahr 1996 verzinst.
Kündigung:	Die Berliner Bank Aktiengesellschaft kann die Genussscheine unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens 2 Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres – frühestens zum 31. Dezember 1991 – kündigen, wenn eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, daß dies bei der Berliner Bank Aktiengesellschaft zu einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbesteuer oder Körperschaftsteuer führt, oder daß das Genussscheinkapital bei der Vermögenssteuer nicht mehr als Schuldposten zum Nennwert abgezogen werden kann. Die Kündigung darf in diesem Falle – vorbehaltlich des in Satz 1 bestimmten Zeitpunktes – frühestens zum Ende des Geschäftsjahres ausgesprochen werden, das der Ausschüttung vorangeht, bei der erstmalig die Steuerbelastung bei der Berliner Bank Aktiengesellschaft anfallen würde. Die gekündigten Genussscheine verbleiben bis zum Wirksamwerden der Kündigung ihre vollen Rechte. Die Genussscheininhaber können ihre Genussscheine nicht kündigen.
Teilnahme am Verlust:	Die Genussscheininhaber nehmen am laufenden Verlust (Jahresfehlbetrag) in voller Höhe durch Verminderung ihrer Rückzahlungsansprüche, und zwar im Verhältnis der Rückzahlungsansprüche zu dem in der Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital (einschließlich Genussscheinkapital), teil.
Wiedermehrung der Rückzahlungsansprüche:	Werden nach einer Teilnahme der Genussscheininhaber am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren während der Laufzeit der Genussscheine Jahresüberschüsse erzielt, so sind aus diesen – nach der gesetzlich vorgeschriebenen Wiederauffüllung der gesetzlichen Rücklage – die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Verwendung der Jahresüberschüsse vorgenommen wird.
Nachrangigkeit:	Die Genussscheine treten gegenüber allen anderen Gläubigern der Berliner Bank Aktiengesellschaft im Rang zurück. Im Falle der Liquidation der Berliner Bank Aktiengesellschaft werden die Genussscheine nach allen anderen Gläubigern und vorrangig vor den Aktionären bedient; die Genussscheine gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.
Hinweis gemäß § 10 Absatz 5 Satz 4 Kreditwesengesetz:	Nachträglich können die Teilnahme am Verlust nicht geändert, der Nachrang der Genussscheine nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden; eine vorzeitige Rückzahlung ist der Berliner Bank Aktiengesellschaft ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren.
Weitere Ausstattung:	Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, die keine Gesellschaftsrechte, insbesondere kein Teilnahme-, Mitwirkungs- und Stimmrecht in den Hauptversammlungen der Berliner Bank Aktiengesellschaft beinhalten. Der Bestand der Genussscheine wird vorbehaltlich der Verlustteilnahmeregelung weder durch Verschmelzung oder Umwandlung der Berliner Bank Aktiengesellschaft noch durch eine Veränderung ihres Grundkapitals berührt.
Optionsschein:	Jedem Genussschein im Nennbetrag von DM 200,- sind zwei Inhaber-Optionscheine mit Berechtigung zum Bezug von einer und zwei, also insgesamt drei Inhaberaktien im Nennbetrag von je DM 50,- beigelegt. Jedem Genussschein im Nennbetrag von DM 1.000,- bzw. DM 10.000,- ist entsprechend ein Optionschein zum Bezug von fünfzehn bzw. einhundertfünfzig Inhaberaktien im Nennbetrag von je DM 50,- der Berliner Bank Aktiengesellschaft beigelegt. Die Optionscheine können jederzeit von den Genussscheininhabern absondelt und einzeln übertragen werden; im Falle der Absonderung sind alle Optionscheine von dem jeweiligen Genussschein abzusondern.
Optionspreis:	Der Optionspreis je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- ergibt sich jeweils aus dem Durchschnitt der an der Berliner Wertpapierbörse festgestellten amtlichen Einheitskurse an den dem Optionsstichtag vorausgehenden 5 Börsentagen abzüglich 5 v. H. des ermittelten Durchschnittskurses. Der Optionspreis beträgt jedoch für den Zeitraum vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1990 höchstens DM 240,-, für den Zeitraum vom 1. Januar 1991 bis zum 31. Dezember 1994 höchstens DM 280,-.
Optionsfrist:	Das Optionsrecht kann mit Ausnahme der in § 2 der Optionsbedingungen angegebenen Zeiträume vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1994 ausgeübt werden.
Ausübung der Option:	Zur Ausübung des Optionsrechts muß der Inhaber des Optionscheins eine schriftliche Erklärung unter Benutzung der bei den Annahmestellen erhältlichen Vordrucke gegenüber der Berliner Bank Aktiengesellschaft, Berlin, als Optionsstelle abgeben. Annahmestellen sind die in § 4 der Optionsbedingungen aufgeführten Banken. Bei Abgabe der Optionserklärung ist der Optionspreis mit allen noch nicht zur Verwendung aufgerufenen Legitimationsscheinen einzureichen. Die Optionserklärung ist bindend. Der Optionspreis ist unverzüglich nach Ablauf des für seine Feststellung maßgeblichen Optionsstichtages zu entrichten. Voraussetzung für das Wirksamwerden der Optionserklärung ist der Eingang des Optionspreises und des Optionscheins bei der Berliner Bank Aktiengesellschaft, Berlin, als Optionsstelle.
Verwässerungsschutz:	Sobald die Berliner Bank bis zum 31. Dezember 1994 unter Einräumung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre ihr Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien erhöht oder Schuldverschreibungen oder neue Genussscheine mit Wandel- oder Optionsrecht auf Aktien begeben wird, wird der jeweils geltende Optionspreis um den Betrag ermäßigt, der sich aus dem Durchschnittskurs des den Aktionären zustehenden Bezugsrechts an allen Handelstagen an der Berliner Wertpapierbörse – aufgerundet auf volle Deutsche Mark – errechnet. Stichtag für die Ermäßigung des Optionspreises ist der Tag, an dem erstmals die bezugsberechtigten Aktien an der Berliner Wertpapierbörse amtlich – ex Bezugsrecht – notiert werden. Der Optionspreis wird nicht ermäßigt, wenn dem Inhaber des Optionscheins ein unmittelbares oder mittelbares Bezugsrecht auf die neuen Aktien oder auf die neuen Schuldverschreibungen oder Genussscheine mit Wandel- oder Optionsrecht auf Aktien eingeräumt und der Inhaber des Optionscheins dabei so gestellt wird, als hätte er die Option bereits ausgeübt.
Bedingtes Kapital:	Zur Sicherung des Optionsrechts besteht ein bedingtes Kapital in Höhe von DM 75.000.000,-.
Wertpapier-Kenn-Nr.:	Genussscheine mit Optionscheinen: 802 325 Genussscheine ohne Optionscheine: 802 327 Optionscheine: 802 329

Wir fordern hiermit unsere Aktionäre auf, ihr Bezugsrecht auf die Genussscheine zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 4. Dezember 1986 bis 17. Dezember 1986 einschließlich während der üblichen Schalterstunden bei einer der nachstehend aufgeführten Bezugsstellen auszuüben:

Berliner Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Sparkasse der Stadt Berlin West
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Merck, Finck & Co.
Tinkhaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien

Die Ausübung des Bezugsrechts erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 3 der Aktien. Auf je 10 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- kann ein Genussschein im Nennbetrag von DM 200,- zum Kurs von 100% borsensatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist am 17. Dezember 1986 zu zahlen.

Die Bezugsrechte (Wertpapier-Kenn-Nr.: 802 328) auf die Genussscheine werden in der Zeit vom 4. bis 15. Dezember 1986 einschließlich an den Wertpapierbörsen von Berlin, Düsseldorf und Frankfurt am Main gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den borsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Für den Bezug wird die übliche Bankprovision berechnet; er ist provisionsfrei, sofern er während der Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle unter Einreichung von Gewinnanteilschein Nr. 3 erfolgt und weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Bis zur Auslieferung von Einzelaktien sind die Genussscheine und die Optionscheine in Globalurkunden verbrieft, die bei der Berliner Kassenverein AG, Berlin, hinterlegt sind. Ansprüche auf Auslieferung können erst nach Ausdruck der Einzelurkunden geltend gemacht werden; der Stückdruck ist eingeleitet. Die Bezieher erhalten zunächst Gutschrift auf Giroamtsdepotkonten.

Die Zulassung der Genussscheine und der Optionscheine zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen von Berlin und Frankfurt am Main sowie die Zulassung der Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung an den Wertpapierbörsen von Berlin, Düsseldorf und Frankfurt am Main werden alsbald beantragt.

Berlin, im November 1986

Der Vorstand

Stichtag 31.12.1986

Ertragswende im dritten Quartal

BASF will mehr in den Umweltschutz investieren – Günstige Entwicklung in USA

JOACHIM WEBER, Ludwigsbafen

Die Bemühungen um einen verbesserten Umweltschutz sollen sich bei der BASF AG, Ludwigsbafen, auch in den Investitionen niederschlagen: Am geplanten Gesamtolumen von weltweit 3 (2,8) Mrd. DM werden Umweltauflagen mit mehr als 10 Prozent beteiligt sein. Seit mehreren Jahren bei rund 8 Prozent der Sachinvestitionen, ist diese Quote bereits in diesem Jahr auf etwa 10 Prozent gestiegen.

Der „grüne“ Ausgabenblock soll unter anderem auch dafür eingesetzt werden, Chemikalien-Kühlsysteme von der direkten Kühlung mit Rheinstrom durch Zwischenkühlkreisläufe abzukoppeln, um ungewollte Einleitungen durch Leckagen – wie jüngst mit 2 Tonnen Herbizid geschehen – zu vermeiden. Freilich: „Wir können nicht ausschließen, daß es Betriebsunfälle gibt. Auch damit, daß man jeden Morgen zum TÜV fährt, läßt sich nicht ausschließen, daß der Wagen liegenbleibt“, schränkt Vorstandschef Hans Albers die Vorbeugungsmöglichkeiten ein.

Leichte Skepsis auch in der Beurteilung der Geschäftsentwicklung: „Zu einem Fotofinish mit dem Vorjahresergebnis wird es 1986 nicht reichen. Dazu spüren wir in diesem Jahr über weite Strecken zu viel Gegenwind“. Der allerdings scheint abzuflauen: Nachdem die weltweiten Gewinne vor Steuern im ersten Quartal um 12 und im zweiten um 24 Pro-

zent unter den Vergleichswerten des Vorjahres gelegen hatten, brachte das dritte Quartal mit 759 (744) Mill. DM erstmals wieder eine Steigerung um 2 Prozent.

Der kumulierte Rückstand von 2,15 zu 2,46 Mrd. DM wird sich indes kaum mehr einholen lassen. Er entspricht in etwa den 350 Mill. DM, die als Bestandsabwertungen bei der Mineralöl-Tochter Wintershall fällig wurden. „Hier verstärkte der Dollar den Ölpreisverfall und verkleinerte auch die Margen“, erläutert Albers. Inzwischen sei jedoch eine Beruhigung an der Ölpreisfront eingetreten.

Die Aktionäre der 131 000-Mitarbeiter-Gruppe, die gerade im vergangenen Jahr in den Genuss einer auf 10 (9) DM je Aktie angehobenen Dividende gekommen waren, haben ohnehin nichts zu befürchten. „Ich glaube nicht, daß wir unter eine zweistellige Dividendenausschüttung geraten“. Die heftigeren Ausschläge an den Rohstoff- und Devisenmärkten konnten also weitgehend neutralisiert werden.

Besonders dazu beigetragen hat wohl die günstige Entwicklung im US-Geschäft: Die BASF Corporation hat ihren Umsatz (1985: 2,6 Mrd. Dollar) in den ersten neun Monaten in Landeswährung um volle 46 Prozent ausweiten können, von denen freilich 40 Prozentpunkte aus den Beiträgen der erstmals einbezogenen Akquisitionen stammten. Auch das Ergebnis sei hier deutlich besser ausgefallen, so Albers.

Die Volumensgrößen des kommenden Jahresabschlusses werden dennoch kräftig vom „Sturzflug des Dollars und der Ölpreise“ geteilt sein. So wird der Umsatz, der in den ersten neun Monaten um knapp 6 Prozent auf 30,9 (32,7) Mrd. DM zurückgegangen ist, mit voraussichtlich 40,5 Mrd. DM um rund 9 Prozent unter den 44,4 Mrd. DM des Vorjahres bleiben. Doch: Angesichts der Rahmenbedingungen sind nominale Vergleiche aussageschwach.

Interessante berufliche Positionen bietet Ihnen die BERUFS-WELT!

Wichtig ist, daß Sie über alle Berufs-Chancen für qualifizierte Bewerber rechtzeitig informiert sind. Nutzen Sie deshalb regelmäßig die BERUFS-WELT, den größten Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte mit wichtigen Informationen für mehr Erfolg im Beruf. Jeden Samstag in der WELT.

Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos Telefon 0130-60 60 1 (zum Ortsanruf) Oder Postkarte an:

DIE WELT
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

40 Jahre und sehr kampfesfreudig

tl. Bonn

„Das Alte stürzt und neues Leben wächst aus den Ruinen.“ Diese Weisheit aus dem Wilhelm Tell zitierte Paul Neumann, der erste Bundesvorsitzende des Reichsbundes der Kriegeropfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen unmittelbar nach der Wiedergründung des Reichsbundes im Jahre 1948. Heute sind die Ruinen Vergangenheit und der Reichsbund lebendiger denn je. Mit einem großen Festakt feiert die älteste sozialpolitische Organisation – rund 850 000 Mitglieder – heute im Kaisersaal des Hamburger Rathauses das 40-jährige Jubiläum.

Das Motto des Festes klingt martialisch: 40 Jahre Reichsbund – 40 Jahre Kampfgemeinschaft. In der Tat: Viele Regierungen haben die Kampfesfreude der Reichsbündler erlebt. Etwa in den Jahren bis 1950, als sie für die Durchsetzung des Bundesversorgungsgesetzes gestritten haben, oder in den Jahren bis 1980, als sie für eine Dynamisierung der sozialen Leistungen gekämpft haben.

„Wir sagen klar unsere Meinung zur Sozialpolitik, aber parteipolitisch neutral“, erklärt der heutige Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Hermann Meyer, gegenüber der WELT. Hauptstreitpunkt jetzt: die Einführung der Kindererziehungszeiten. Daß dabei die Jahrgänge vor 1921 erst gar nicht und jetzt nur stufenweise berücksichtigt werden sollen, stößt den Reichsbündlern auf.

Auch zu den großen anstehenden Reformen im Gesundheitswesen und der Rentenversicherung bezieht der Reichsbund Position: Gegen einen Ausbau der Selbstbeteiligung für Gesundheitsleistungen und für eine Anhebung der Kleinrenten auf ein Mindestniveau.

Insider-Urteil bestens verdaut

Entwarnung an den internationalen Aktienmärkten

Gut erholt vom Insiderurteil und deren Folgen präsentierte sich Wall Street im Verlauf der Berichtswochen. Der Dow-Jones-Index, noch zu Beginn der Vorwoche drastisch abgesunken, erlebt seitdem eine ebenso spektakuläre Hausse. Bis Mittwoch dieser Woche wurden die Verluste mehr als kompensiert. Der „Dow“ schloß mit 1916,78 nur drei Punkte unter seinem bisherigen Rekord vom 4. September. Gestern blieben die Börsen in USA wegen Thanksgiving geschlossen.

Verbessert auch das Klima an der Tokioter Börse. Der Nikkei-Index legte im Donnerstagsvergleich um fast 600 Punkte zu und schloß gestern bei 17883,66 Punkten. Gewinner waren zuletzt Chemie-, Nahrungsmittel-, Warenhaus-, Kabel-, Immobilien- und Papierwerte. Oji Paper erlebte ein neues Rekordhoch. Allein von Sumitomo Electric wurden 550 000 Stücke umgesetzt. Örtlich gaben tendenziell nach. Gestern wurden insgesamt rund 500 Millionen Aktien.

Ganz im Glanze der beiden überseischen Börsen zeigte sich nach den Rückschlägen der letzten Wochen die London Stock Exchange. Darüberhinaus sorgten Portfolioaufstockungen einiger großer institutioneller Anleger bei Blue chips dafür, daß sich der Financial-Times-Index im Mittwochsvergleich um rund 30 auf 1286,3 Punkte erhöhte. Zugewinnen konnten zuletzt vor allem Courtaulds, Boots, British Telecom und Hawker Siddeley. Kursverluste mußten britische Staatsanleihen hinnehmen.

Die Mailänder Börse stand in dieser Woche zunächst im Zeichen überwiegender Käufe, wodurch sich die in der letzten Woche stark abgebrockelten Kurse wieder etwas erholen konnten. In der Folge überwiegen erneut

Gewinnrealisierungen, so daß die Kurse wieder stärker unter Druck gerieten. Am besten konnten sich die großen Industriewerte wie Fiat und Montedison halten. Daneben bekamen auch einige Versicherungs- und Bankwerte die Nachfrage zu spüren. Der Blue-Chips-Index II Schloß am Mittwoch mit 387,82 (382,90) Punkten.

Die am 24. November eingeleitete Privatisierung von Saint-Gobain wurde an der Pariser Börse gut aufgenommen. Obwohl dafür in Frankreich allein rund 7 Mrd. Franc aufgebracht werden müssen, zogen die Aktienkurse auf breiter Front stark an. Allerdings läuft die Zeichnungsfrist erst am 5. Dezember aus und der Kaufpreis braucht nicht vor dem 6. Januar bezahlt zu werden. Die Franzosen können also auf ihre „Wah-nachtstraum“-tur zurückgreifen. Amtlich notiert wird die Saint-Gobain-Aktie erstmals am 23. Dezember. Man erwartet, daß der

Kurs den Ausgabepreis von 310 Franc überschreitet. In London hat sich bereits ein informeller Kurs von 350 Franc gebildet. Außerdem wurde die Nachfrage an der Pariser Börse durch verstärkte Käufe von Investment-Zertifikaten beflügelt. Denn noch vor Jahresende müssen die entsprechenden Steuervorteile wahrgenommen werden. Der Tendenz-Index jedenfalls schloß am Mittwoch mit 150,40 (145,41) Punkten.

Zuletzt angeführt von den Versicherungssaktien, die bis auf Interim-Gewinne verbrachten, verzeichnete die Wiener Börse Kurssprünge in fast allen Bereichen. Auffallend am Boden gewannen Hutter, Kabel und Lenzing. Schwächer notierten am Mittwoch Mantner Markhof und Magindag. Der CA-Index stieg auf 233,70 Punkte. (H.W.L.)

London	Paris	Madrid
New York		Tokio
		Wien
		Mailand

KURS DER WELTBÖRSEN

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Entwicklungszentrum

Stuttgart (dpa/WVD) – Die US-Computerfirma Wang wird ihr Europa-Entwicklungszentrum für Computerprogramme in Stuttgart einrichten. Dies teilte der Sprecher der Landesregierung Baden-Württemberg mit. Wang werde in der Erstausrüstung 5 Mill. DM investieren. Das Unternehmen setzt mit 31 000 Mitarbeitern weltweit rund 2,7 Mrd. Dollar (derzeit 5,1 Mrd. DM) um.

Sütex-Vergleich eröffnet

Stuttgart (tn) – Über die in finanzielle Schwierigkeiten geratene Sütex Textil-Verband e.G. Sindelfingen ist nunmehr planmäßig vom Amtsgericht Stuttgart das Vergleichsverfahren eröffnet worden. Nach Angaben von Vergleichsverwalter Volker Grub belaufen sich die Forderungen auf rund 75 Mill. DM. Die Gläubiger sollen am 18. Dezember 1986 in Sindelfingen über den Vorschlag abstimmen, der eine Vergleichsquote von 40 Prozent vorsieht.

Informationspflicht

Frankfurt (D.W.) – Die Mitglieder eines Aufsichtsrats müssen sich darauf verlassen können, daß jeder den anderen über seine Schritte im Zusammenhang mit der Aufsichtsrats-Tätigkeit informiert. Das ist der Tenor einer Entscheidung des Landgerichts Frankfurt (3-1 T 29/85), in der die Abberufung von zwei Arbeitnehmervertretern im NUR-Necker-

mann-Aufsichtsrat bestätigt wird.

Die Kläger hatten ohne Wissen ihrer Kollegen beim Bundeskartellamt Bedenken gegen ein von NUR geplantes Fusionsvorhaben vorgebracht.

Spielzeug-Riese

Essen (adt) – Im Essener City-Center eröffnete die Richter Spiel + Hobby GmbH, Limburg, auf 2500 qm Verkaufsfläche das bisher größte deutsche Spielwarengeschäft. Hinter Richter steht seit Juni mit 75 Prozent Beteiligung die coop AG, Frankfurt. Richter hat heute 35 Fachgeschäften will bis 1990 auf 100 Läden mit rund 500 Mill. DM Umsatz, das wären 15 Prozent vom erwarteten Gesamtmarkt kommen.

Börsenneuling

Frankfurt (adt) – Das gesamte Grundkapital der Mineralbrunnen Überkingen-Teinchen AG, Bad Überkingen, – 23,5 Mill. DM Stamm- und 4,7 Mill. DM stammrechtlose Vorzugsaktien wurde jetzt in den geregelten Freiverkehr der Börse Stuttgart einbezogen. Zuvor hatte die Commerzbank über eine Privatplatzierung 2 Mill. DM Vorzugsaktien untergebracht. Die Mineralbrunnen Überkingen ist mit gut 200 Mill. DM Umsatz (1985) der größte deutsche Mineralwasserproduzent und beschäftigt 1 200 Mitarbeiter. Für 1985 wurden aus 8,5 Mill. DM Jahresüberschuß 8 DM plus 2 DM Bonus an die Stammaktionäre gezahlt.

Goldanlage-Plan

Frankfurt (H.W.L.) – Die Dresdner Bank bietet jetzt einen Goldanlageplan, mit dem ihre Kunden durch monatliche Einzahlungen ab 200 DM ein mehrwertsteuereinfaches Goldgut haben bei der Luxemburger Tochter aufbauen können. Gleichzeitig erwerben die Anleger das Recht auf Umtausch der Guthaben in Goldbarren und -münzen zum Vertragsende oder zwischenteilhaft.

Klage gegen Stahlquoten

Brüssel (dpa/WVD) – Die unabhängigen italienischen Stahlherzeuger werden gegen das Stahlquotensystem beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Klage einreichen. Damit droht möglicherweise ein Scheitern des von der Dachorganisation der großen Hüttenwerke „Eurofer“ geplanten Umstrukturierungsplans.

Mehr Reisen verkauft

Düsseldorf (dpa/WVD) – Die Horden Reisebüro GmbH, Düsseldorf, hat 1985/86 (31. Oktober) 100 (83,7) Mill. DM umgesetzt, 8,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Verkauft wurden 87 800 Urlaubereisen (plus 2,1 Prozent). Geschäftsführer Herbert Karrenberg schätzte angesichts unverändert günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch das Reisejahr 1986/87 optimistisch ein. In ihren 44 Reisebüros beschäftigt die Horden Reisen 160 Mitarbeiter.

Glanzlichter gesetzt

ot. - Bemerkenswerte Erfolge kann in diesen Tagen die Berliner Wirtschaftspolitik verzeichnen. Allein seit Beginn der Woche ereigneten sich drei Höhepunkte: Nixdorf eröffnete die neue Computer-Fabrik im Berliner Wedding, der einst marode bundeseigene Diag-Konzern legte den Grundstein für eine neue Werkzeugmaschinen-Fabrik am Spreebogen wurde das neue Doppelinstitut für Produktionstechnik eingeweiht.

Dieses Institut stellt so etwas wie den Höhepunkt der Öffnung der Berliner Universitäten hin zur Wirtschaft dar. Die Wissenschaft hat die Wirtschaft wieder entdeckt - und umgekehrt. In der Berliner Wirtschaft weiß man die Universitäten nach Jahren des Nebeneinander wieder sehr zu schätzen.

Es gibt fast kein Unternehmen mehr, das nicht über Anregungen aus der universitären Forschung zu berichten weiß. Das Doppelinstitut für Produktionstechnik - der Technischen Universität und der Fraun-

hofer-Gesellschaft - soll den beiderseitigen Austausch weiter befördern. Hier soll die Fabrik der Zukunft entwickelt werden.

Als weiteres Glanzlicht der Berliner Industriepolitik wird das Engagement des Volkswagen-Konzerns in Berlin gesehen, der dort seine Kabinenfertigung konzentriert. Damit sind jetzt alle deutschen Automobilfirmen mit eigenen Fabriken in der Stadt vertreten. Schließlich kann auch die Berliner Wirtschaftsförderung stolze Erfolgszahlen vorweisen. Mit bisher 15 Ansiedlungen und rund 1400 neuen Arbeitsplätzen liegt sie fast doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Der Senat erwartet in diesem Jahr eine Zunahme der Beschäftigung um rund 12 000, davon knapp die Hälfte in der Industrie. Das ist eine bemerkenswerte Zahl. Wirtschaftskonferenzen, auf denen Bundeskanzler Helmut Kohl zum Engagement in Berlin aufforderte, hat die Stadt nicht mehr nötig - die letzte hat 1984 stattgefunden. Sie sind seitdem nicht an Terminschwierigkeiten gescheitert, so Helmut Kohl am Dienstag bei Nixdorf. In Berlin geht es auch so weiter aufwärts.

Von Flexibilisierung profitiert

Trumpf-Gruppe konnte Umsatz um 19 Prozent steigern

n. Ditzingen

„Der Schrei nach Flexibilisierung betrifft nicht nur das Personal, sondern auch die Arbeitsmittel, und davon profitieren wir.“ Für Berthold Leibinger, geschäftsführender Gesellschafter der Trumpf-Firmengruppe, Ditzingen, des führenden Herstellers von Maschinen zum Lösen und Trennen von Blechen, ist es keine Frage, daß der Trend in vielen Branchen, kleine und mittlere Serien fertigen zu müssen, gerade seinem Unternehmen mit dem breit gefächerten Angebot von flexiblen Fertigungszeilen und -systemen entgegenkommt. Mehr und mehr fänden darüber hinaus Trumpf-Anlagen Eingang in die Großserienfertigung.

Im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) hat die Trumpf-Gruppe, die in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich 15 Prozent jährlich im Umsatz gewachsen ist, dieses Tempo beträchtlich beschleunigt. Der konsolidierte Umsatz der Gruppe stieg um 19 Prozent auf 410 (Vorjahr: 345) Mill. DM, wobei unter den ausländischen Tochtergesellschaften lediglich die japanische entsprechend der schwierigen Lage im dortigen Markt mit einem Umsatzrückgang von 25 Prozent aus dem Rahmen fiel. Das Stammhaus der Gruppe, die Trumpf GmbH & Co., wartete im Berichtsjahr sogar mit einer Umsatzsteigerung um 32 Prozent auf 340 Mill. DM auf. Der Auftragsein-

gang von 383 (360) Mill. DM liegt auch weiterhin deutlich über dem Umsatz.

Alle Werke seien voll ausgelastet, der Auftragsbestand reiche aus heutiger Sicht für etwa 10 bis 12 Monate. Der Exportanteil am Umsatz verringerte sich auf 55 (60) Prozent, worin sich die gute Inlandskonjunktur widerspiegelt. Das erzielte Ergebnis umschreibt Leibinger mit „zufriedenstellend“, die Umsatzrendite sei „einen Hauch besser“ als im Vorjahr ausgefallen. Investiert wurden im Inland 30 (11,4) Mill. DM und bei den Auslandsstöckern 20 (11) Mill. DM. Für das laufende Jahr ist ein etwas geringeres Volumen eingeplant. Vorgezogen ist eine kräftige Kapazitätsaufstockung bei der US-Tochter, die derzeit 170 Beschäftigte zählt.

Neben den gut am Markt angekommenen Laser-Maschinen lenkt Trumpf mit einer weiteren Produktneubau, einer flexiblen CNC-Biegezeile, die Blechteile in einem Arbeitsgang automatisch dreidimensional biegen kann, die Aufmerksamkeit auf sich. Für das laufende Geschäftsjahr hat Leibinger einen Anstieg des Gruppenumsatzes um etwa 15 Prozent auf 470 Mill. DM im Visier, wobei man sich im Wachstumstempo bewußt etwas zurückhalten möchte. Weltweit beschäftigt das Familienunternehmen, das mit einer Eigenkapitalquote von 31 Prozent brilliert, rund 2000 Mitarbeiter.

Degussa hat Ergebnis gehalten

Niedrige DM-Preise für Edelmetalle beeinträchtigen Umsatz

adh. Frankfurt

Der sinkende Dollarkurs und die niedrigen DM-Notierungen für Gold und Silber haben die Umsatzentwicklung der Degussa AG, Frankfurt, deutlich geprägt. Sowohl im Konzern (minus 7,4 Prozent) als auch in der Obergesellschaft (minus 3,4 Prozent) brachte das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) deutliche Umsatzrückgänge. Entscheidender als diese Entwicklung ist für Degussa freilich, daß es gelungen ist, das Ergebnisniveau des Vorjahres wieder zu erreichen. Für das Vorjahr waren aus 76,8 Mill. DM Jahresüberschuß (plus neun Prozent) 10 DM Dividende je Aktie ausgeschüttet worden.

In seinem Aktionärsbrief mit einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr rechnet der Degussa-Vorstand mit einer anhaltenden Nachfrage nach Degussa-Produkten. Inwiefern das „sehr gute Ertragsniveau“ gehalten werden kann, werde aber wesentlich von den wirtschaftlichen Bedingungen auf den wichtigen Auslandsmärkten und der Kostenentwicklung abhängen.

Für den Konzern weist Degussa

11,7 (i. V. 10,8) Mrd. DM Umsatz aus, der Abstand zum Vorjahr hat sich dabei im zweiten Halbjahr auf knapp fünf Prozent verkleinert. 70 (71) Prozent des Umsatzes wurden im Ausland erzielt. In der AG fiel der Umsatz um gut drei Prozent auf 8,9 (9,3) Mrd. DM. Ohne Berücksichtigung des Edelmetalleinsatzes hat der Umsatz um ein Prozent zugenommen. Der mit 5,8 Mrd. DM größte Unternehmensbereich Metall verbesserte das „voll zufriedenstellende“ Ergebnis.

Bei Chemie, mit annähernd unveränderten Umsätzen, sanken die Erlöse im Export, die Ertragslage wird mit gut bewertet, bleibt aber unter Vorjahresstand. Deutlich gestiegen sind die Pharmaumsätze, in dem noch jungen Arbeitsgebiet für Degussa beeinträchtigen aber Forschungsaufwand und Markteinführungskosten noch das Ergebnis. Investiert wurden 242 (230) Mill. DM (AG), für Finanzanlagen wurden 123 (42) Mill. DM ausgegeben; die Zahl der Mitarbeiter stieg um gut fünf Prozent auf 14 520 Beschäftigte in der AG (weltweit 24 977).

Dresdner-Ergebnis läßt höhere Dividende erwarten

Röller: Ertragswachstum flacht sich ab - Der Gewinn jedoch wird das Spitzenergebnis von 1985 noch übertreffen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Eine konkrete Dividendenprognose wollte Vorstandssprecher Wolfgang Röller noch nicht geben; dennoch können die Aktionäre der Dresdner Bank wohl mit mehr als den für 1985 gezahlten zehn Mark rechnen. Das in den ersten zehn Monaten stärker als das Teilbetriebsergebnis (siehe Tabelle) verbesserte Gesamtergebnis unter Einschluss der Eigenhandelserträge, aber vor Wertberichtigungen und Steuern, läßt dazu jedenfalls bei der von Röller betonten unveränderten Gewinnverwendungsstrategie Raum, zumal da aus dem Verkauf des AEG-Pakets an Daimler ein Realisierungsgewinn von mehr als 125 Mill. DM und ein weiterer zweistelliger Millionenbetrag aus dem Verkauf der Länderbank anfällt.

Ebenso wie bei den beiden anderen Großbanken, aber nicht ganz so deutlich, hat sich wegen der Normalisierung des Börsengeschäfts der Ertragszuwachs seit Jahresmitte abgeschwächt. Die Steigerungsrate des Teilbetriebsergebnisses hat sich beim Zehnmonatsvergleich gegenüber dem Sechsmonatsvergleich von 22,2 auf 10,5 Prozent mehr als halbiert,

und dieser Trend wird nach Einschätzung Röllers auch bis zum Jahresende anhalten. Bei einem parallel mit dem Geschäftsvolumen noch etwas kräftiger gestiegenen Zinsüberschuß spiegelt sich darin eine geringere Zunahme des Provisionsüberschusses und eine Beschleunigung des Kostenanstiegs als Folge verstärkter Investitionen.

In der außerordentlichen Rechnung erwartet die Bank einen ähnlich hohen Wertberichtigungsbedarf wie für 1985 (schätzungsweise 1,4 Mrd. DM im Konzern), wobei die Vorsorge für die Länderrisiken stärker als im Vorjahr (ca. eine Mrd. DM) aufgestockt werden soll. Das Desaster der Neuen Heimat, die im Konzern angeblich mit etwa 1,2 Mrd. DM in der Kreide steht, werde die Ertragsrechnung nicht belasten, sagte Röller, denn bis auf einen 1985 abgeschriebenen fünf-Millionen-Blanko-Kredit der AG sei das überwiegend bei den Hypothekentiliegenden Engagement um anderthalb Milliarden gesunken, während die Mietminderungen der Objekte deckten den Zins- und Tilgungsdienst.

Zu Börsenversionen über eine füh-

rende Rolle der Dresdner Bank bei der Plazierung von 49 Prozent des Kapitals der Volksfürsorge Lebensversicherung und eine mögliche Übernahme eines Pakets in eigenen Besitz wollte Röller zwar nicht Stellung nehmen; doch mache der Coup AMB/BIG zum Allfinanzangebot Überlegungen notwendig, die auch ohne Kapitalbeteiligung in der Assekuranz auf multilateraler Basis realisierbar seien. Die bisher gegenüber dem Verkauf von Sparplänen mit Versicherungsschutz zurückhaltende Bank bereitet den testweisen Aufbau von Finanzberater-Teams im Verbindung mit bankfremden Außendienstern vor.

Die im Aktionärsbrief veröffentlichten Statuszahlen per Ende Oktober lassen den Eindruck einer Stagnation des bilanzwirksamen Geschäfts aufkommen. Darin spiegelt sich nicht nur der Rückgang des Dollarkurses, ohne den die Bilanzsumme um anderthalb Milliarden gesunken wäre, sondern auch das Zurückfahren des Interbankengeschäfts vor allem im Ausland. Die Oktoberzahlen sind aber schon wieder deutlich höher als die von Ende August.

Im Inlandsgeschäft stiegen die Kundenforderungen um mehr als 2,5 Mrd. DM mit Schwergewicht bei langfristigen Firmenfinanzierungen vor allem im Mittelstand. Besonders expansiv war das in Kooperation mit den Tüchtern betriebene Hypothekengeschäft mit 50 Prozent (Branchenschritt 30) Zuzug plus. Mit ihrer hohen Eigenmittelquote verbindet die Bank keine besonderen Expansionspläne. Zur Refinanzierung wurden verstärkt neue Instrumente eingesetzt.

Dresdner Bank AG	30.10.86	±%
Bilanzsumme (Mrd. DM)	98 943	+ 0,8
Eigenkapital	5 171	+ 20,3
in % d. Bilanzsumme	5,2	(4,3)
Gelder von Banken	21 191	+ 14,8
Gelder von Kunden	36 808	+ 2,0
Eg. Schuldversch.	7 308	+ 3,7
Ford. an Banken	25 066	+ 3,4
Kundenkredite	53 952	+ 1,9
Festverzinsl. Papiere	10 561	+ 0,3
Zinsüberschuß	2 194	+ 4,5
Provisionsüberschuß	989	+ 16,2
Personalaufwand	1 574	+ 10,8
Sachaufwand	705	+ 5,6
Abgch. a. Immo. u. Stob.	126	+ 10,7
Teil-Betriebsergebnis	758	+ 10,5

Veränderungen: Bei Bilanzpostionen geg. 31.12.85; bei Ertragsrechnung 1.1.-31.12.86 ges. 10/12 v. 1985.

Erbacher geht an die Börse

n. Stuttgart

Die deutsche Ski-Marke „Erbacher“ soll künftig den Börsennotizbereich. Mit diesem Ziel wird zunächst das Stammkapital der Erbacher-Skifabrik betreibenden Mittelmaier-Neureuther-Mayer GmbH, Erbach/Donau, im Dezember dieses Jahres von 0,6 Mill. auf 2 Mill. DM aufgestockt. Im Januar soll das Unternehmen dann in die Erbacher AG umgewandelt werden. Zugleich offeriert man 6800 stimmberichtigte Stammaktien (je 50-DM-Aktie) zum Stückpreis von 500 DM (Verkaufstermin ist der 4. Januar 1987) mit Gewinnberechtigung ab 1. 1. 1987. „Begeleitet“ wird die Emission von der Bank für Gemeinwirtschaft. Die Börseneinführung steuere man „so bald wie möglich“ an.

Zur Ertragslage des Unternehmens heißt es, sei sie positiv und habe „weiter steigende Aussichten aufgrund überdurchschnittlicher Zuwachsraten“. Der Emissionserlös von knapp 3 Mill. DM fließe voll dem Unternehmen zu. Die Ski-Produktion (mit 60 Beschäftigten), die 1986 von 60 000 auf rund 70 000 Paar hochgefahren worden ist, soll 1987 in etwa verdoppelt werden. Der Produktionswert liegt in diesem Jahr bei 8 Mill. DM, der Gesamtumsatz (einschließlich Handelsware) bei 20 Mill. DM.

Stahlkonzerne planen mehr Entlassungen

J. Sch. Paris

Der von der französischen Regierung beschlossene Gesetzesentwurf über neue liberale Entlassungsregeln dürfte vor allem von der Stahlindustrie genutzt werden. Die beiden staatlichen Konzerne Sacilor und Usinor, die seit kurzem unter der gemeinsamen Leitung von Francis Mer stehen, wollen im nächsten Jahr 20 000 von zur Zeit 70 000 Arbeitsplätzen aufgeben, verläutet in Paris.

Dieser offiziell weder bestätigte noch dementierte Plan würde weit über den bisher vorgesehenen Belegschaftsabbau - um 12 000 bis 13 000 Personen - hinausgehen. Davon sollten 10 000 im Rahmen von Umschulungsverträgen (ohne Entlassungen) freigesetzt werden. In diesem Jahr wie schon im letzten hatten die beiden Konzerne zusammen je 11 000 Arbeitsplätze aufgegeben. Gleichwohl stecken sie noch immer tief in der Verlustzone. Ob sie bis Ende 1987 wieder schwarze Zahlen schreiben werden, wie zuletzt geplant war, ist inzwischen wieder fraglich geworden - es sei denn der Belegschaftsabbau wird wesentlich verstärkt.

EG-Haushalt unverändert „agrarlastig“

Die Vorschläge des Parlaments fanden bei den Finanzministern keine Unterstützung

WILHELM HADLER, Brüssel

Der Versuch des Europa-Parlamentes, die „Agrarlastigkeit“ des EG-Haushalts zu mildern, hat bei den Finanzministern zwar Sympathie aber keine tätige Unterstützung gefunden. Wie erwartet strichen sie den vom Parlament vorgesehenen Etatsansatz von 3,5 Mrd. Ecu (1 Ecu = 2,08 D-Mark) zum Abbau der Lagerbestände. Er sollte durch besondere Haushaltsbeiträge der Mitgliedstaaten finanziert werden. Auch der Antrag der Abgeordneten, die zum EG-Mindestpreis garantierten Milchquoten um fünf Prozent zu kürzen und entsprechende Einsparungen im Etat für 1987 einzuplanen, entsprach der Rat nicht.

Die Minister werteten diese Forderungen zwar als ein politisches Signal und trugen ihnen durch einen Leerti-

tel im Haushalt Rechnung. Die Kompetenz der Landwirtschaftsminister für die anstehenden agrarpolitischen Entscheidungen wollte indes keiner in Frage stellen. Andererseits hoffen die Finanzminister offenbar, daß der „Agrarrat“ mit den gegebenen Haushaltsmitteln eine Reduzierung der ständig an Wert verlierenden Überschüsse bewerkstelligen kann.

Der in zweiter Lesung verabschiedete Etatentwurf sieht Zahlungsmittelzuweisungen in Höhe von 36,25 Mrd. Ecu vor und liegt damit nur um rund drei Prozent über den Ansätzen des Vorjahres. Wie im letzten Jahr beruht er jedoch auf unrealistischen Annahmen. So schließt die Gemeinschaft aus dem zu Ende gehenden Haushaltsjahr ein Defizit von minde-

stens 1,3 Mrd. Ecu vor sich her, weil der Rat es abgelehnt hat, einen Nachtragsetat für 1986 zu beschließen.

Die Mehransätze des EG-Parlamentes im Bereich der sogenannten nichtobligatorischen Ausgaben (Strukturfonds, Forschung und Entwicklungshilfe) stützen die Finanzminister im Gegensatz zu den Agrarausgaben auch diesmal wieder auf die dem Parlament zustehende Marge zurück. Während die Ausgaben für Regional-, Sozial- und Forschungsvorhaben immerhin teils noch erheblich steigen, kann die EG für die Dritte Welt 1987 weniger Geld ausgeben als im Vorjahr. Der Budgetentwurf geht nunmehr dem Straßburger Parlament zur endgültigen Stellungnahme zu. Es kann ihn mit qualifizierter Mehrheit ablehnen.

Wanderer will Vorzugsaktien ausgeben

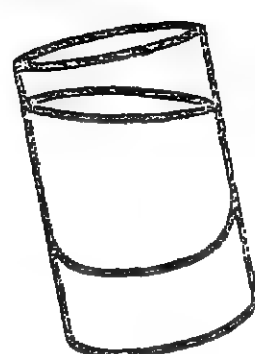
VWD. München

Die Wanderer-Werke AG, München, wird 1,5 Mill. DM des genehmigten Kapitals von 5 Mill. DM durch Ausgabe von summeberechtigten Vorzugsaktien nutzen. Die neuen, auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien sollen noch in diesem Jahr von dem Bankenkonsortium Sal. Oppenheim jr. & Cie. Köln und der Dresdner Bank AG, Frankfurt, angeboten werden.

Das für 1986 erwartete erfreuliche Ergebnis werde sicherlich durch eine Dividendensteigerung an die Aktionäre

Anzeige

Soll es was Besonderes sein, schenkt man dem Gast Sambuca ein.



Sambuca aus ITALIEN

re weitergegeben, erklärte Vorstand Jürgen Schippkühler auf Anfrage. Nach 12 Prozent plus einem Prozent Bonus für 1985 schließt er 15 Prozent nicht aus. Der Kurs liegt derzeit bei 379 DM je 50 DM-Aktie. Die Wanderer-Werke AG verfügt über ein Grundkapital von 14 Mill. DM.

Mit den Vorzugsaktien will Schippkühler die Wanderer-Aktie weiteren Börsenkreisen öffnen. Mit den aus der Kapitalerhöhung zufließenden Mitteln soll das Eigenkapital der 1984 zu 50 Prozent erworbenen Beteiligungsgesellschaft Böwe GmbH, Augsburg, gestärkt werden.

Klöckner-Moeller strafft den Vertrieb

Dollarschwäche dämpfte das Wachstum im Ausland - Umsatzplus im Anlagenbau

ANDREAS MIDDEL, Bonn

Um rund sieben Prozent, von 883 auf 943 Mill. DM, steigerte die Klöckner-Moeller Gruppe, Bonn, ihren Nettoumsatz im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.). Damit sei das Geschäftsjahr zufriedenstellend verlaufen, schreibt der kaufmännische Geschäftsführer Heinz D. Brandt in dem zum ersten Mal vorgelegten Geschäftsbericht. Fast die Hälfte des Umsatzes (462 Mill. DM) wurden im Ausland erzielt.

Durch die Dollarschwäche seien jedoch die Zuwachsraten in diesem Bereich nicht so positiv ausgefallen, sagte Vorstandsvorsitzender Gert Moeller. Der Hauptanteil des direkten Exports liegt nach wie vor im europäischen Ausland, hier warteten vor allem Frankreich und Italien mit Zuwachsraten von 21 und 20 Prozent auf. „Mit der Zielmarke Umsatzmilliarden waren wir nach den jeweils zweistelligen Umsatzsteigerungsraten in den letzten beiden Jahren wohl zu optimistisch“, meinte Moeller einschränkend. Allerdings zeigte er sich optimistisch, daß diese „Hürde“ im laufenden Geschäftsjahr genommen

werde, nach der guten Bilanz im meist schwächeren ersten Halbjahr.

Trotz wechselhafter Marktlage und umfangreicher Neueinführungen von Produkten verzeichnete die Moeller-Gruppe im Inland einen Umsatzzuwachs von acht Prozent auf 481,5 Mill. DM. Die Firmenleitung führt diesen Erfolg auf ihre flexible Verkaufsorganisation, die konsequente Bearbeitung von Wachstumsfeldern, den hohen Leistungsstandard der Mitarbeiter und auf eine sichtbare Ausweitung der Automatisierung zurück.

Das weltweit tätige Familienunternehmen, das zu den führenden Herstellern von Niederspannungsschaltgeräten, -anlagen und Industrieelektronik zählt, beschäftigt 4421 Mitarbeiter im Inland und 2378 im Ausland. 105 Mitarbeiter wurden 1985/86 neu eingestellt. Die Investitionen erreichten rund 84 Mill. DM.

Neben dem traditionellen Gerätegeschäft hat vor allem der Bereich Anlagenbau wesentlich zur Erhöhung des Umsatzes beigetragen. Er sei in Zukunft eine der Hauptzielrichtungen der Aktivitäten im In- und Ausland, erläuterte Moeller. Die kon-

solidierte Bilanzsumme der inländischen Gesellschaften stieg aufgrund des erhöhten Geschäftsvolumens von 497 auf 513 Mill. DM. Als „erfreulich“ wertete es Moeller, daß die Eigenmittelquote mit 54,2 Prozent dennoch sehr hoch geblieben sei. Das Eigenkapital mitsamt Gesellschaftendarlehen beträgt 278,3 Mill. DM. Zusammen mit Pensionsrückstellungen und langfristigen Verbindlichkeiten ergibt sich ein Betrag von 387,7 Mill. DM, was rund 75 Prozent der Bilanzsumme entspricht.

„Schon darum besteht keine Notwendigkeit für einen Gang an die Börse“, erklärte Gert Moeller. „Im Augenblick sind wir voll mit der Umstrukturierung unseres Unternehmens - im wesentlichen einer Bündelung und Straffung der Beteiligungen - beschäftigt, und das wird auch noch das Jahr 1987 in Anspruch nehmen.“

Hier ist in erster Linie die Trennung von Vertrieb und Marketing zu nennen. Anfang 1987 beginnt der Aufbau sogenannter Vertriebszentren. In diesem Zusammenhang sollen die bisher 60 Vertriebsstützpunkte auf rund 30 reduziert werden.

Wie man mit seiner Geldanlage ruhiger schläft.

Geld macht frei. Dieser Satz ist genauso richtig wie jener: Wer Geld hat, hat auch Sorgen. Der Widerspruch ist leicht aufgeklärt. Geldanlage schlafen immer dann schlecht, wenn ihre Geldanlage nicht ihrer Anlagementalität entspricht.

Berater, die das wissen, fragen nicht einfach: Wieviel Geld wollen Sie denn anlegen? Sie fragen vor allem danach, was Ihnen am meisten liegt, was für ein „Anlage-Typ“ Sie sind:

Wollen Sie mehr Sicherheit, oder lieben Sie das Risiko?

So wird man Ihnen z. B. zu einem Investmentkonto raten, wenn Sie Ihr Geld stetig in Wertpapieren anlegen wollen. Sparobligationen sind die Empfehlung, wenn ein Teil Ihres gesparten Geldes für längere Zeit ertragreich, aber ohne jedes Kursrisiko arbeiten soll. Vielleicht sind aber auch festverzinsliche Wertpapiere mit hoher Rendite oder Goldmünzen genau das Richtige für Sie.

Unsere Fachleute meinen, daß ein Börsenkurs Sie nicht um den Schlaf bringen sollte, wenn beispielsweise ein offener Immobilienfonds das sanfteste Ruhekitzen für Sie wäre.

In Berlin: BHI

[illegible][illegible]

„Können wir
soviel Strom sparen,
daß die Kernenergie
überflüssig wird?“

**Das hoffen viele.
Die Erfahrungen der letzten
Jahre sprechen aber dagegen.**

Zwar benötigen unsere Elektrogeräte im Haushalt, wie Waschmaschinen, Tiefkühlschränke usw., heutzutage wesentlich weniger Strom. Trotzdem hat der Strombedarf insgesamt aber zugenommen. Das soll uns sicher

nicht davon abhalten, auch weiterhin Strom zu sparen.

Dennoch werden die Auswirkungen auf den gesamten Stromverbrauch in der Bundesrepublik nur gering ausfallen, weil unsere Haushalte nur rund ein Viertel des Stroms verbrauchen.

Den meisten Strom nehmen Industrie, Handel und Gewerbe ab. Gerade Industrie

und Gewerbe haben in den letzten Jahren viel Energie, zum Beispiel in Form von Wärme, gespart. Dabei hilft Strom als besonders genau steuerbare und rationelle Energieform entscheidend mit. Und das ist ein wichtiger Grund, warum unsere Industrieunternehmen viel Strom brauchen – trotz aller Energie-Einsparerfolge.

Energiesparen bleibt also ein Gebot der

Vernunft. Aber auch wenn alle Verbraucher ihren Beitrag dazu leisten, können wir auf die Kernenergie in absehbarer Zeit nicht verzichten.

Wenn Sie mehr über die Kernenergie, z.B. Sicherheit, Strahlenbelastung, zukünftige Energieversorgung wissen wollen, fordern Sie unsere Informationsbroschüre an: Die Betreiber und Hersteller von Kernkraftwerken in der BRD. 11. Aufl. 1980

Name: _____

Straße: _____ Ort: _____

DIE BETREIBER UND HERSTELLER VON KERNKRAFTWERKEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Andeutungen aus dem Hause der Bundesbank, wonach die über planliegende Geldmengenausweitung keineswegs zum Mandat zwingen würde, haben die Tendenz am Rentenkampf stabilisiert. Öffentliche Anleihen zogen um etwa 9,20 Prozentpunkte an und gleichen damit den Vortagsverlust in etwa wieder aus. Das Pfandbriefgeschäft verlief in ruhigen Bahnen. Zwar war auch hier die Stimmung freundlicher, doch drückte sich das kaum in Kurs- und Renditeveränderungen aus.

[illegible]

	Pfe dpt. 82/87	100SO	100SG
9% Tonnage... 76/87	98.25G	98.25G	
Pfe dpt. 82/87	115.25G	115.25	
4-12-Crystal... 78/88	100.4LZ	-7.7G	
7th Union L.Foscoo 08/92	105.5G	106.5G	

Anmerkung: *Klassen steuerfrei; PP = Pfandbrief, KO = Kommunalkaufgenoss., KS = Kassenkassenzins, KSK = Kassenkassenschein, KSKS = Kassenkassenscheinkasse, KSKKS = Kassenkassenscheinkassenschein, S = Schulverschreibung, Kurse ohne Gewähr.
S = Berlin, B = Bremen, D = Düsseldorf,
F = Frankfurt, H = Hamburg, Mn = Hannover,
M = München, St = Stuttgart.

DM-Vertriebservice, Postfach 1102
4000 Düsseldorf 1

Deutschland:
Schöne
Weihnachts-
Märkte von
Nord bis Süd

Seite III

Reisetips
für die
Festtage:
Silvester
in China

Seite III

Service:
Hinweise
für den
zollfreien
Einkauf

Seite V

Grips+Chips:
Der große
Kaprekar
und seine
Zahlenspiele

Seite VI

Schach mit
Großmeister
Pachmann,
Bridge und
Rätsel

Seite VI

Österreich:
freundliche
Skiorte im
Bregenzer
Wald

Seite VIII

Ausflugstip:
Besuch der
Hansestadt
Bremen zur
800-Jahrfeier

Seite VIII

Yachten kann man heute auf allen sieben Meeren chartern. Die Karibik hat als Segelrevier ebenso ihre Liebhaber wie Ostsee oder Mittelmeer. Um einen Törn im zweitgrößten Barriere-Riff der Welt zu machen, braucht man allerdings unbedingt einen ortskundigen Skipper. Es kann auch ein Freund mit Dschunke sein.

Golf von Honduras: Im „China-Boot“ durchs Piratenriff

Belize. Der Brief kam aus Belize. Wo soll denn das sein? Erst British Honduras weckt mein geographisches Grundwissen: Mittelamerika, ein kleines Land von der Größe der Schweiz, am südlichen Ende der mexikanischen Halbinsel Yucatán gelegen, bildet es einen Teil des Golfs von Honduras an der Karibikküste.

Fünf Tage später bin ich in Belize. Zwölf Stunden Bahnfahrt nach London, eine Schlafnachricht auf dem Flughafen, Stand-by-Flug nach Miami, eine Nacht in der Hängematte zwischen zwei Parkbänken, ein Flug nach Yucatán, eine 18stündige Busfahrt über die holprigsten Straßen des Kontinents haben mich geschafft. Schon auf den ersten Blick wirkt Belize wie ein Fremdkörper auf der mittelamerikanischen Landbrücke. Eingeklemmt zwischen Mexiko und Guatemala, stellt es ein letztes Stückchen Commonwealth dar. Der Küste vorgelagert – durch einen 1000 Meter tiefen Riffkanal vom Kontinent getrennt – liegt der Korallenriff von British Honduras, nach dem Großen Barriere Riff an der Nordostküste Australiens das zweitgrößte Walfriff der Welt. Es ist ein gefährliches und unwegsames Revier, in dem sich früher Piraten vom Schlags eines Sir Walter Raleigh, Black Beard oder Ratzfahn



Mulattenkinder in Belize leben lässig aus einem in indostypischer Holzbauweise errichteten Haus.



Die zwölft Meter lange Dschunke „China Boat“ im Golf von Honduras. Schon Marco Polo war von der Seefähigkeit dieser Schiffe begeistert.

Farben bemalt, teils verrottet, mit zugenagelten Fenstern, und verbeulte alte amerikanische Straßenkreuzer bestimmen das Bild der ehemaligen Kapitale, in der heute 40 000 Menschen wohnen.

Von England im Jahre 1786 „erworben“, bekam Belize 1964 die Selbstverwaltung, wobei bis heute der britische Gouverneur noch die Verfügungsgewalt über Außenpolitik, innere und äußere Sicherheit hat. Und das aus gutem Grund: Die Nachbarn Guatemala und Mexiko warten nur darauf, daß sich die Engländer zurückziehen, um dann ihrerseits Besitzansprüche geltend zu machen. Vor der Küste wird nämlich Erdöl in großen Mengen vermutet.

Nach sechs Stunden Fahrt, vorbei an Mangroveninseln, durch Kanäle, die mit Bambusstangen ausgesteckt sind, winken uns die ersten Palmen von Ambergris Cay mit ihren sich im Wind wiegenden Blätterarmen an Land. Kurze Zeit später stehe ich auf Roberts „China Boat“. Das Cockpit der Zwölf-Meter-Dschunke gleicht mit seinem gedrehtem Geländer eher einem weitausladenden Balkon. Nur die Blumenkästen fehlen.

Der bekannte und erfahrene Hochseesegler und Wissenschaftler Eric de Bishop glaubt, daß das Dschunkentage das Beste ist, was es für Hochseefahrten gibt. Dschunken verkörpern die Erfahrung von Generationen, sind außerordentlich seetüchtig, machen praktisch kein Wasser, bieten viel Platz, sind leicht zu handhaben und billig zu bauen.

Am nächsten Morgen werden die Anker gelichtet zu einer Entdeckungsfahrt am Riff. „Verpflegung brauchen wir keine, Reis und Zwiebeln sind an Bord – alles andere wird uns die Natur frei Schiffe liefern.“ Na ja, hungrig wollte ich eigentlich nicht, doch Robert aus Santa Monica, der trotz seiner blonden Haare auf vielen Inseln scherzhaft „Der Chinese“ genannt wird, beruhigt mich: „Warte nur ab, zu hungern brauchst du hier keine. Du wirst noch dein blaues Wunder erleben.“ Und das erlebe ich auch – es ist zwar nicht direkt blau, doch von so mannigfacher Farbenpracht, daß keine Palette der Welt dagegen hätte aufkommen können. Ich erlebe das Wunder eines unberührten Riffs, das Wunder von bergkristallinem Wasser, das Wunder eines Freiwasseraquariums, das Wunder ungetrübter Segel Freude.

Seiten kommt eine Yacht von den Segelkarawanenstraßen der Karibik ab und verirrt sich in die Gewässer von Belize. Sie sind gefährlich. Zwischen den Inseln herrschen unberechenbare Strömungen mit gewaltigem Schleuseneffekt, Fahrinnen sind nicht ausgetrennt, Leuchtfeuer gibt es wenige, Untiefen sind schwer auszumachen, Korallenbänke reichen oft bis an die Wasseroberfläche.

Doch „China Boat“ braucht keine Angst zu haben, daß ihr runder Leib von scharfen Korallen angekratzt wird. Mit nur 80 Zentimeter Tiefgang gleitet sie sorglos über die Korallenköpfe und wiegt sich an Elchkorallen vorbei, die mit ihren weit ausladenden Armen nach ihr zu greifen scheinen. Und sollte es einmal knapp werden, kann man das Ruder, das in Normalstellung etwa 30 Zentimeter tiefer als der Kiel ist, mit Hilfe einer Talje leicht in jede gewünschte Position hochheben.

Dennoch ist es ein komisches Gefühl für einen „Kiessegler“, wenn man im spiegelglatten Wasser Steine, Muscheln und sogar Fische genau ausmachen kann und den Eindruck hat, man brauche nur die Hand ins Wasser zu tauchen, um danach zu greifen. Nach drei Stunden ist das Außenriff erreicht. „China Boat“ dreht in den Wind, der Anker plumpst ins Wasser, wirbelt eine feine Staubwolke auf.

Von meinen Segelreisen in der Südsee kannte ich ja tropische Riffe und Koralleninseln, doch als ich kurz darauf mit Flossen und Maske meine ersten „Gehversuche“ mache, werde ich fast überwältigt von einer Vielfalt in Form und Farbe blühender Korallenpracht, daß ich das Gefühl habe, über einem Unterwasserwald zu schweben. Das Glas gar aus Luft, worin die Fische mit anmutigen Bewegungen zu fliegen scheinen. Am Saum des Riffs wachsen riesige Rindkorallen, weit ausladende Elchkorallen, tausendarmige Hirnkorallen greifen drohend nach der Wasseroberfläche – ein undurchdringlicher Urwald.

Papageienfische spielen mit den tausendfach glitzernden Sonnenstrahlen, Barrakudas, bis zu einem Meter Länge, stehen bewegungslos im Wasser und beobachten, was um sie herum vorgeht, Rochen und Sandhaie stöbern wir auf, harmlose Tiere, die wir nur allzu gerne ein bißchen herumjagen, um ihnen die Angst heizuzahlen, die wir vor ihren gefährlichen Vorfahren haben.

Als ich nach einer halben Stunde mit schweren Beinen an Bord klettere, stelle ich fest, daß die Sonne mir beim sorglosen Schnorcheln an der Oberfläche mein Winterfell ganz schön verbrannt hat. Robert hat inzwischen drei prächtige Barsche für die Kombüse gespielt und als Vorspeise noch zwei ellenlange Langusten mitgebracht. Dazu gibt es Reis, in Kokosmilch gekocht, mit gerösteten Kokosflocken überstraut und mit Ananasstücken serviert. Ein Tag so recht nach dem Herzen eines Taugenichts. Ein Schiff, Sonne, Palmen, ein sicherer Ankerplatz, schönes Wetter und gutes Essen. Es ist nicht leicht, Schlaf zu finden in dieser Nacht, in der der Westwind das ewige Atmen des Riff an mein Ohr trägt. Sobald ich die Augen schließe, bin ich wieder auf Schnorcheltour. Schließlich wiegt mich das sanfte Schaukeln von „China Boat“ in den Schlaf.

Nach drei Wochen muß ich meine Sachen packen, weil ich auch noch die Tempelstädte der Maya im Dschungel von Guatemala und in den Ebenen Mexikos aufsuchen will. Als ich mich am Kai von Belize von „China Boat“ und Robert verabschiede, ist mir klar, daß der schon so oft bemühte chinesische Denker mai wieder recht gehabt hat, wenn er sagt: „Wer einen Freund (mit Dschunke) sein eigen nennen kann, der wird von den Göttern benedict.“

KARALD MERTES

Spartarife bei LH

Ein „Weihnachtsgeschenk“ der Luftansa sind die Spartarife im innerdeutschen Verkehr, die erstmals während der Ferien vom 20. Dezember bis 4. Januar angeboten werden. In diesen Wochen können Fluggäste ihre Ehepartner und Kinder vom 12. bis 21. Lebensjahr zum Preis von 100 Mark pro Person mitnehmen. Für jüngere Kinder ebenso wie Schüler und Studenten bis zum 25. Lebensjahr müssen nur fünfzig Mark gezahlt werden.

Kenia: Besser als bisher

Kenias Reisebüros dürfen nur noch einheimische Mitarbeiter einstellen. Das gilt auch für Führer und Fahrer in den Nationalparks. Damit will die Regierung in Nairobi besser als bisher steuern, wie die Landesgeschichte und -geographie darzustellen sei. Nach offiziellen Angaben arbeiten derzeit rund 100 000 Inder sowie mehrere tausend Europäer in der Tourismuswirtschaft des Landes.

Neues Skipaß-System

In der Steiermark arbeitet man an einem verbraucherfreundlichen Skipaß-System. Winterurlauber, die ihre Skipässe nicht aufbrauchen, sollen diese spätestens im nächsten Winter beispielsweise im Restaurant oder beim Friseur einsetzen können. Alpi in der Region Hochschwab versucht sich bereits in diesem Winter an diesem System: Wer seinen Halbtages-Skipaß nicht zu 100 Prozent abfährt, kann den Restwert im Wirtshaus verzehren.

Spantax: Verstaatlichung

Die immer wieder in die Schlagzeilen geratene spanische Fluggesellschaft Spantax soll verstaatlicht werden. Dies teilte die zuständige Regierungsbehörde mit. Da das Privatunternehmen mit umgerechnet 150 Millionen Mark beim spanischen Staat in der Kreide steht, ist dieser Schritt aller Wahrscheinlichkeit nach unumgänglich.

Kroatien friert Preise ein

1987 sollen die Preise für Pauschalreisen, Übernachtungen und Verpflegung unverändert bleiben. Das beschloß jetzt der Fremdenverkehrsverband von Kroatien, der gleichzeitig das Jahr 1987 zum „Jahr der adriatischen Inseln“ erklärte.

Umleitung nach Asien

Die internationale Tourismusorganisation WTO meldet eine Umleitung des US-Touristenstroms nach dem Fernen Osten. Amerikanische Touristen meiden Europa nicht zuletzt aus Angst vor Terrorismus.

Mietwagen werden teurer

Senkung der Normalpreise und Abbau der zahlreichen Sondertarife heißt das mittelfristige Ziel im Mietwagengeschäft. Für 1987 rechnet die Branche allerdings noch mit einer Steigerung von vier Prozent.

TOURISTIK

Urlaub in Madagascar

Haben Sie schon einmal daran gedacht?

Informationsabend mit MULTIVISIONS-SHOW am Donnerstag, 4. 12. 86, 18.30 Uhr

CURIO-HAUS, Hamburg 13
Rothenbaumch. 13
Eintritt frei / Vorreservierung bei

AIR MADAGASCAR

Wiesenhüttenplatz 26, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 0 69 / 25 10 18-19

Irland

Milde Preise...

Jetzt ist die Zeit, Irland kennenzulernen. Oder mal wiederzusehen. Jetzt sind die Preise so entgegenkommend wie die gastfreundlichen Iren. Und so mild wie das vom Golfstrom temperierte Wetter. Jetzt haben die Iren noch mehr Zeit für Sie. Haben Sie ein paar Tage Zeit für Irland...?

Zum Beispiel:

Fly & Drive, Linienflug ab Düsseldorf, 7 Tage
Leihwagen ohne km-Begrenzung.
Pro Person DM 696,-

Cottage Tour of Ireland.
Flug ab Düsseldorf, 7 Tage
Leihw. o. km-Begrenzung.
7 Tage Ferienhaus. Bei 4 Personen
p. Pers. ab DM 733,-

Bitte Spezialprospekt „Milde Preise“ anfordern von der Inischen Fremdenverkehrszentrale, Untermainstraße 7, 6000 Frankfurt 1
Telefon (0 69) 23 64 92

Urlaub - typisch irisch...

Ein echtes Top-Angebot

Große 27tägige Foto-Safari-Erlebnisreise nach Südafrika, Transkei, Zimbabwe (Viktoria-Fälle), zum Vorzugspreis von 6990,- DM, inkl. unserer Zusatzleistungen.

Route: Flug mit SAA nach Johannesburg. Weiterflug nach Zimbabwe (Viktoria-Fälle), 2 Tage. Rückflug nach Johannesburg und Pretoria (Goldmine und Diamantenmine). 2 Tage. Krügernationalpark, Pietermaritzburg (Zulu-Kral im Land der tausend Hügel) - Durban (Fahrt durch die Transkei mit Umkata - East London - Gardenroute - Plettenbergbay - Oudtshoorn (Sireubenfarm), 3 Tage. Cape Town, Tafelberg - Kap der guten Hoffnung.

Im Reisepreis enthalten: alle Flüge, inkl. engl. Frühstück in sehr guten Hotels, alle Eintritte, deutsche Reiseleitung, alle Führungen, Begleitpersonal, in SA Fahrt mit Luxusbussen, Reiseversicherungspaket.

Reiseantrittstermine: 8. Februar 1987 und 8. März 1987.

Achtung, begrenzte Teilnehmerzahl!

Fordern Sie bitte unser Tagesprogramm an.

Schopper-Reisen, 8395 Hauzenberg, Eben 37, Tel. 0 85 86 / 21 08 u. 45 94

Studiosus Studienreisen

Reisen an Weihnachten und Neujahr!

Alle Reisen mit Halbpension in guten bis sehr guten Hotels. Anerkannt gute Reiseleiter

Rem / Larnum, 8/10 Tage	19.12. 26.12.	ab 1230,-
Marokko - Hoher Atlas, 20 Tage	20.12. 26.12.	2940,-
Klassisches Ägypten, 15 Tage	22.12. 26.12.	3205,-
Große Ägyptenreise, 15 Tage	20.12. 27.12.	3405,-
Israel - Heiliges Land, 9 Tage	20.12. 22.12.	2250,-
Israel - Katharinenkloster, 15 Tage	22.12.	3075,-
Syrien - Jordanien, 15 Tage	27.12.	3065,-
Mexiko - Yucatan, 18/19 Tage	24.12. 27.12.	ab 6450,-

Termine ab 1. 8. 87 im neuen Katalog „Studiosus Studienreisen 87“, der in Ihrem Reisebüro ausliegt.

Information, Beratung und Buchung

Studiosus Studienreisen

Postfach 20 22 04, 8000 München 2, Telefon 0 89 / 52 30 00

ISRAEL IST MEHR ALS URLAUB:

Waren Sie schon mal da, wo alles begann?

...Jerusalem zum Anfassen...Quer durch beide Testamente...Kurlaub 400m unter dem Meer...4wheeldrive durch die Wüste...Gast im Kibbutz...Nicht nur die Hotels, auch die Familien kennenlernen...Ferien in Abrahams Schoß...Israel zu kosheren Preisen...z.B. Senioren-Programme - vier Wochen Halbpension ab 1673,-(incl.Flug). Billiger als zuhause: 0711/625011

BIS BALD!

SCUBA-Reisen

Israel aus erster Hand

Schneidstraße 44 - 7000 Stuttgart 1

Billigflüge

Poco-Reisen, Tel. 04 21 / 44 41 40

Golf à la carte exklusive Golfreisen

Golfclubs - Pro-Ris-Reisen

Mott GmbH, Am Tempelhof 11
6229 Schlangenbad 5, Tel. 0 61 29 / 40 66

CDK

Urlaub-Restloze bis 40% um
König Park, P.O. Box 100
T. 04 21 / 44 41 35 37

Sonderkreuzfahrt

TS Fodor Schallpott (21.000 DMT)

15. Jan. 87 bis 18. Febr. 87 (33 Tage)

Route: Genoa - Madeira - Antigua - St. Kitts - Montserrat - Guadeloupe - Dominik Rep. - Martinique - St. Lucia - St. Vincent - Barbados - Tobago - Trinidad - Gran Canaria - Genoa.

4-Bett-Kabine ab DM 2 985,-/Pers.
4-Bett-Kabine ab DM 3 630,-/Pers.

Dusche/WC ab DM 4 390,-/Pers.

Vollpension und DEUTSCHE Reiseleitung. Anreise per Bus od. Bahn möglich.

Bussenreise ab Dussburg/Düsseldorf
Küla u. a. DM 150,-

Weitere Informationen und Buchung
exclusiv bei
REISE-SHOP G. RÜLLER KG
Friedrich-Karl-Str. 123
5000 Köln 60
Telefon 02 21 / 71 18 67 u. 71 17 70

Beschwingte Kurzreisen

nach Skandinavien
mit TT-Line, Jahre Line, Stena Line, Flanet Line
3 Tage ab DM 139,-

WOLTER REISEN

Telefon: 04 21 / 29 33 33

Ägypten-Spezialist

6 Tage Kairo. Gast im Mena House. Jeden Samstag. DM 1945,-. Nil-Kreuzfahrt. auf Luxus Schiffen ab DM 2100,-. Klass. Rundreise ab DM 2410,-. Sinai-Safari ab DM 2600,-.

NILREISEN SANGAR KG

Steinstr. 19a, 2000 Hamburg 3
Tel. (0 40) 33 81 16 u. 33 53 80

Zollfrei einkaufen auf Europas Flughäfen und an Bord

Dubai
Zwischenstation in Dubai. Eine Stunde Aufenthalt auf einem langen Fernflug. Die Passagiere, die sich die Beine vertreten wollen, geraten in ein Einkaufsparadies mit 30 Geschäften, 250 Verkäufern, darunter 10 freundliche Philippininnen in schicken französischen Uniformen. Ein Franzose kauft verzückt ob der niedrigen Preise literweise Cognac, Pakist: erstehen Stereoanlagen dutzendweise, nebenan probieren Japanerinnen Pelzmäntel an, und gegenüber erstehen amerikanische Väter Disney-Videos als Mitbringsel für ihre Kinder. Es heißt, und man ist geneigt zu glauben, daß die zollfreien Geschäfte in Dubai dieses Jahr 30 Millionen Umsatz machen, gelten sie doch als die billigsten der Welt. Die Preise sind hier wirklich unwerfend: Markenwhisky für 2,90 Dollar der Liter, ein Apple IIe Computer für 855 Dollar, ein Pelz, der in Paris 3000 kosten würde, für 1800 Dollar.

„Fly Buy Dubai“ ist denn auch das Logo des Golfstaat-Flughafens, den Colin Mc Loughlin, Manager des Duty-free-Komplex, in aller Bescheidenheit den Edelstein unter den zollfreien Einkaufsparadiesen nennt. Die Behörden von Dubai wünschen einen Flughafen mit exzellentem Angebot, das alle Kunden zufriedenstellt. Offenbar stimmt die Devisen, denn rund 3,8 Millionen Passagiere kauften 1985 in Dubai 130 Millionen Zigaretten, 794 000 Flaschen Alkohol, acht Zentner Gold, 15 Tonnen Toblerone Schokolade und 8500 Kameras.

Duty-free-Shops offerieren den Reisenden Qualitätsprodukte zu günstigeren Preisen als in lokalen Geschäften. Die Preisgestaltung (wie beispielsweise die nebenstehende Tabelle für europäische Flughäfen und einige ausgewählte Fluggesellschaften ausweist) ist unterschiedlich. Sie hängt ab von Währungsfuktuation, geographischer Lage und der Verdienstspanne von Händlern, Regierungen und Flughafenbehörden. Dennoch gilt als Faustregel, daß Gegenstände im Duty free mindestens 15 Prozent billiger sein sollten als im örtlichen Handel.

Skandinavier können dem Angebot nicht widerstehen

König Kunde nimmt diesen Vorteil nur teilweise zur Kenntnis: Während in Europa etwa die Hälfte aller Reisenden den Duty-free-Shop betritt, halten an der amerikanisch-kanadischen Grenze zum Beispiel nur fünf Prozent der Autofahrer zum zollfreien Einkauf. Amerikaner sind ohnehin skeptische Duty-free-Kunden, dagegen gilt es kaum einen Japaner, Skandinavien oder Australier, der dem zollfreien Kaufangebot widerstehen könnte. Beliebte Kunden sind auch die Koreaner. Wenn einer ein Produkt kauft, kommen die anderen nach und kaufen dasselbe.

Die zollfreien Geschäfte auf Flughäfen, Schiffen und an Bord der Airlines, deren Volumen in diesem Jahr auf 5,5 Milliarden Dollar geschätzt wird, haben nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung. Der Duty-free-Verkauf ist auch von wachsender Bedeutung für das Image der angebotenen Produkte. Die Fliegenden, die gewöhnlich einen höheren sozialen Status haben, sind experimentierfreudig, probieren gern neue Produkte aus. Geschäftsleute kaufen gern im Duty free, um unproduktive Reisezeit zu nutzen. Manche bekommen von ihren Ehefrauen oder Sekretärinnen Einkaufslisten für den Kosmetikstand, andere kaufen das neueste Parfum

und den letzten Elektronik-Schnickschnack, um zu Hause als Trendsetter zu glänzen. So durchleben viele Edelprodukte ihre Startphase am Airport. Haben sie hier bestanden, werden sie auch anderswo verkauft.

Zu den besten Duty-free-Shops der Welt zählen erfahrene Reisende neben Dubai, der als preiswertester gilt, vor allem Sydney, Kopenhagen, Mailand, Amsterdam, Fidschi, Singapur, Hongkong, Honolulu und Abu Dhabi. Der schwache Australien-Dollar und ein halsbrecherischer Konkurrenzkampf sind die Ursache dafür, daß vor allem Parfüm und elektronische Geräte wie Kameras, Fernseher, Stereoanlagen oder Kompakt-Discs in Sydney günstig zu haben sind. Besonders Amerikaner und Japaner machen von diesem Angebot Gebrauch.

Während Dubai prosperierte, schlief auch Abu Dhabi nicht. Es kommt, was Angebot und Preisgestaltung anbelangt, Dubai am nächsten. Während sich Amsterdams Flughafen bemüht, seine Preise etwa fünf Prozent unter denen der europäischen Mitbewerber zu halten, ist Abu Dhabi etwa 20 Prozent günstiger als Schiphol. Neun Geschäfte mit unterschiedlicher Farbgestaltung – Schmuck wird im blauen Ambiente verkauft, Parfüm in Pink, elektronische Geräte in Orange – machen dem Kunden nach dem langen Flug den Einkauf leicht. Von den 40 Minuten Transitzeit können Passagiere bei Abu Dhabi bequeme 30 Minuten beim Einkauf verbringen.

Singapurs Flughafen bekommt gute Noten

Singapur Changi Airport bekommt von vielen Reisenden hervorgehobene Noten. Er ist geräumig, sauber, komfortabel, mit der Möglichkeit zu kostenlosen Ortsgesprächen, mit einem Kindergarten, Restaurants und Geschäften, die Kleidung, Kameras, Spielzeug und Süßigkeiten verkaufen. Im Duty-free Shop gibt es vom Heimeken Bier bis zum kalifornischen Wein, vom Modeschmuck bis zur Rall Lauren's Polo Line alles, was des Käufers Herz begehrt. In Singapur stellen Japaner 15 Prozent der Passagiere, aber bestreiten etwa die Hälfte des Umsatzes. Ein Video im Flughafen zeigt einen Mann, der in Tränen ausbricht, weil er vergessen hat, in Changi einzuklinken. . .

Emotionen weckt auch der Flughafen Narita von Tokyo. Selbstkritisch bekennt Duty-free-Shop-Manager Katsuhiko Ogata: „Amerikaner und Europäer strahlen, wenn sie unsere Auslagen sehen, aber runzeln die Stirn, wenn sie den Taschenrechner benutzen, um die Währung umzurechnen.“

Von den amerikanischen Flughäfen haben nur Anchorage und Honolulu attraktive zollfreie Einkaufsmöglichkeiten. Anchorage weckt vor allem bei Japanern auf dem Heimflug gewisse Kaufwut. Die Kassen klingeln ununterbrochen. Pro Kopf werden 72,22 Dollar eingenommen, eine Summe, die kaum ein anderer Flughafen erreicht. Honolulu ist ebenfalls ein Duty-free-Paradies für Japaner. So wird eine Zusammenstellung verschiedener Cognacs in luxuriöser Verpackung, die in Tokyo gut 1000 Dollar kosten würde, hier für nur 250 Dollar angeboten. Für Nichtjapaner sind auch die elektronischen Geräte wie Kameras, Taschenrechner, Kompakt-Disc attraktiv. Der Laden ist verschwenderisch mit hawaiianischen Blüten dekoriert, und manchmal bekommt der Kunde eine Geschenk- – zollfrei natürlich. B. C.

Die Geschäftsführer von Duty-free-Shops pflegen ihre Kassensbücher gewöhnlich zu hüten wie den eigenen Augapfel. Nach Schätzungen von Experten beläuft sich der jährliche Umsatz allein in den europäischen Zollfrei-Läden auf den Airports, Kreuzfahrtschiffen und an Bord der Passagiermaschinen auf weit mehr als eine Milliarde Mark.

Allerdings lohnt längst nicht jeder Kauf in den zollfreien Geschäften. So manche gängige Spirituosenorte gibt es häufig in den Discountläden im Heimatort billiger, oder zumindest zum gleichen Preis. Dagegen werden teure alkoholische Getränke in den zollfreien Geschäften sehr gut abgesetzt: 20 Prozent vom schottischen

Whiskey in Europa werden beispielsweise im Duty-free-Shop verkauft.

Vergleicht man die Angebote der Duty-free-shops sowie die der Fluggesellschaften, so zeigen sich nicht selten gravierende Differenzen. Der Bordverkauf ist oft noch günstiger als der Einkauf auf dem Flughafen, da für viele Fluggesellschaften Qualität, Prestige und ein gutes Preis-Leistungsverhältnis der angebotenen Produkte zum Dienst am Passagier gehören. Beispielsweise kostet eine Stange HB-Zigaretten an Bord der Deutschen Lufthansa 25 Mark, bei Hapag-Lloyd-Flug hingegen nur 21 Mark. Mit besonderen „Spar-Preisen“ wartet gar die LTU/LTS-Ferienfluggesellschaft auf, da gibt es Dimple-Scotch, Hennessy-Cognac, After-S

ve und Eau de Toilette zum nochmals
gesenkten Sonderpreis.

Diejenige europäische Fluggesellschaft mit dem geringsten zollfreien Bordverkaufsangebot dürfte wohl die holländische KLM sein. Dort gibt es keine deutschen Zigaretten, die Parfüm-Auswahl ist relativ gering – und Spirituosen werden (außer in Miniflaschen zum Verzehr an Bord) überhaupt nicht feilgeboten.

Heinz Peters, Verkaufsleiter der KLM in Kelternbach bei Frankfurt begründet das Mager-Angebot zum einen mit „Gewichtsproblemen an Bord“ und zum anderen mit dem Riesenangebot des Duty-free-Shops in Amsterdam. „Dort decken sich die meisten unserer Passagiere nach Herzenslust ein.“

Am liebsten würden die Fluggesellschaften begrifflicherweise nur kleine, kostspielige und für jedermann auch als Geschenk geeignete Gegenstände an Bord haben. Einige praktizieren dies schon mit Erfolg: KLM verkauft in der Luft teure Diamantbrochen und Swiss Air vertreibt Spitzenzeugnisse der heimischen Uhrenindustrie.

Als attraktiver Einkaufsplatz gilt neben Kopenhagen und Mailand - Amsterdam um die übrigen nach wie vor. Zusätzlich zu den normalen Angeboten gibt eine monatlich neu herausgegebene Broschüre Auskunft über besondere Preisknüller. Da wird dann beispielsweise ein Diamantschmuckstück statt für 2950 Gulden für nur 1950 Gulden offeriert. Günstig sind in

Schiphol auch Alkoholika. Beispielsweise kostet dort ein Liter Remy Martin (V.S.O.P.) umgerechnet 44,60 Mark, im Duty-free-Shop in Hamburg zahlt man dagegen 52 Mark. Auch innerhalb Deutschlands sind die Unterschiede manchmal beträchtlich. Auf dem Münchner Airport kosten 7,5 Milliliter Chanel No. 5 79,50 Mark, in Hamburg-Fuhlsbüttel werden 33 Mark verlangt.

Zur Tabelle: Die Preise mußten teilweise aus der jeweiligen Landeswährung umgerechnet werden. Da manchmal erhebliche Kursschwankungen innerhalb kurzer Zeit entstehen, sind unsere Angaben als Circa-Preise zu werten.

HANS-J. KLIEB-KÖNCKE

Flughafen/ Airlines	deutsche Zigaretten	ausländische Zigaretten	Whisky	Cognac	Parfüm	Eau de Toilette	Besonderes
Amsterdam (Schiphol)	Deutsche Zigaretten sind in der Preistabelle nicht enthalten.	Marlboro (300 St.) DM 29,00 Dunhill (500 Stück) DM 32,00	Ballentines, 18 J. alt (1 l) DM 28,00 Chivas Regal, 12 J. alt (1 l) DM 35,00	Remy Martin (VSOP) 1 l DM 45,00	Chanel No. 5 (Spray) (7,5 ml) DM 78,00	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 44,00	„Mikimoto“ –Perlen- Halsketten von DM 267,75 bis 18 617,55
Düsseldorf	HB (200 Stück) DM 21,00 Milde Sorte (200 Stück) DM 19,00	Marlboro (200 Stück) DM 23,00 Dunhill (200 Stück) DM 23,00	Ballentines, 12 J. alt (0,75 l) DM 23,50 Chivas Regal, 12 J. alt (1 l) DM 37,00	Remy Martin (VSOP) 1 l DM 48,00	Chanel No. 5 (7,5 ml) DM 83,00	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 44,00	
Frankfurt (Rhein/Main)	HB (200 Stück) DM 22,90 Milde Sorte (200 Stück) DM 22,90	Marlboro (200 Stück) DM 24,90 Dunhill (200 Stück) DM 29,50	Ballentines, 12 J. alt (1 l) DM 41,50 Chivas Regal, 12 J. alt (1 l) DM 48,00	Remy Martin (VSOP) 1 l DM 45,50	Chanel No. 5 Spray (7,5 ml) DM 86,00	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 47,00	Beluga Malossol Caviar (500 Gramm) DM 725,00
Hamburg	HB (200 Stück) DM 23,00 Milde Sorte (200 Stück) DM 23,00	Marlboro (200 Stück) DM 25,00 Dunhill (500 Stück) DM 44,00	Ballentines, 12 J. alt (1 l) DM 39,00 Chivas Regal, 12 J. alt (1 l) DM 49,00	Remy Martin (VSOP) 1 l DM 52,00	Chanel No. 5 (7,5 ml) DM 88,00	Jil Sander –Woman– Spray (60 ml) DM 49,00	Tongas (reine Seide) DM 29,50
Irland (Shannon)	Deutsche Zigaretten nicht erhältlich; irische Zigaretten: (200 Stück) DM 22,00	Marlboro (200 Stück) DM 20,00 Dunhill (200 Stück) DM 22,50	Jameson Whiskey (1 l) DM 20,50 Johnny Walker, Red Label (1 l) DM 22,00	Remy Martin (VSOP) 1 l DM 52,50	Chanel No. 5 Spray (7,5 ml) DM 63,65	„Shalimar“ (französisch) (7,5 ml) DM 45,00	Räucherlachs (ca. 1 kg) DM 50,00 Peterson-Pfeifen ab ca. DM 20,00
London (Heathrow)	Deutsche Zigaretten sind nicht erhältlich	Marlboro (200 Stück) DM 20,00 Dunhill (200 Stück) DM 21,00	Ballentines, 12 J. alt (1 l) DM 35,00 Chivas Regal, 12 J. alt (1 l) DM 39,50	Remy Martin (VSOP) 1 l DM 55,00	Chanel No. 5 (7,5 ml) DM 83,00	Jil Sander ist nicht erhältlich	Lambswool-Pullis ab ca. DM 120,00
München	HB (200 Stück) DM 22,90 Milde Sorte (200 Stück) DM 22,00	Marlboro (200 Stück) DM 24,90 Dunhill (200 Stück) DM 29,40	Ballentines, 12 J. alt (1 l) DM 39,90 Chivas Regal, 12 J. alt (1 l) DM 48,90	Remy Martin (VSOP) 1 l DM 51,00	Chanel No. 5 (7,5 ml) DM 79,50	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 47,50	„Altbayerischer Kartoffelschnaps“ (0,35 l-Flasche) DM 7,50
Paris (Charles de Gaulle)	Deutsche Zigaretten sind nicht erhältlich	Marlboro (200 Stück) DM 22,50 Dunhill (200 Stück) DM 26,50	Ballentines, 12 J. alt (0,75 l) DM 33,00 Chivas Regal, 12 J. alt (1 l) DM 47,00	Remy Martin (VSOP) 1 l DM 47,00	Chanel No. 5 (7,5 ml) DM 87,00	Guy Laroche (115 ml) DM 40,50	Champagner ist teilweise teurer als in deutschen Discountläden
Air France	Deutsche Zigaretten nicht erhältlich	Marlboro (200 Stück) DM 20,50 Dunhill (200 Stück) DM 25,00	Bell's, 12 Jahre alt (0,75 l) DM 26,50 Long John, „Special Reserve“ (1 l) DM 19,00	Hennessy („Napoleon“) 0,7 l DM 56,00	Chanel No. 5 (14 ml) DM 94,00	Nina Ricci „L'Air du Temps“ (100 ml) DM 40,50	„Marckley“ (Paris) Quarz-Armband-Uhr mit 5-fach-Funktion DM 470,00
British Airways	Deutsche Zigaretten nicht erhältlich	Marlboro (200 Stück) DM 19,50 Dunhill (200 Stück) DM 19,50	Ballentines, 12 J. alt, (0,5 l) DM 15,00 Glenfiddich Pure Malt (0,5 l) DM 16,00	Camus Cognac (VSOP) 0,5 l DM 19,50	Chanel No. 5 (7 ml) DM 53,00	Gucci Ladies Spray (25 ml) DM 18,00	Jagging-Anzug (wird per Post zugestellt) DM 47,00
Condor	HB (200 Stück) DM 23,00 Alle verfügbaren deutschen Marken kosten DM 23,00	Marlboro (200 Stück) DM 23,00 Dunhill (200 Stück) DM 28,00	Glenfiddich Pure Malt (0,75 l) DM 32,00 Chivas Regal, 12 J. alt (0,75 l) DM 32,00	Remy Martin (VSOP) 0,7 l DM 30,00	Chanel No. 5 (7 ml) DM 70,00	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 46,00	„Swatch“-Uhren in verschiedenen Farben DM 55,00
Deutsche Lufthansa	HB (200 Stück) DM 25,00 Alle verfügbaren deutschen Marken kosten DM 25,00	Marlboro (200 Stück) DM 25,00 Dunhill (200 Stück) DM 30,00	Johnnie Walker Black Label (0,75 l) DM 30,00 Chivas Regal, 12 J. alt (0,75 l) DM 32,00	Remy Martin (VSOP) 0,7 l DM 30,00	Chanel No. 5 (7 ml) DM 73,00	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 46,00	Kuscheltier (Streif, Knopf im Ohr) DM 25,00
Hapag-Lloyd- Fliet	HB (200 Stück) DM 21,00 Alle verfügbaren deutschen Marken kosten DM 21,00	John Player (200 Stück) DM 25,00 Dunhill (200 Stück) DM 21,00	Haig Dimple (0,375 l) DM 12,00 Chivas Regal, 12 J. alt (0,75 l) DM 30,00	Hennessy (V.S.) 0,7 l DM 20,00	Chanel No. 5 (7 ml) DM 67,00	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 48,00	Rowenta-Spiele (Dame, Schach, Mühle oder Sorry) je DM 5,00
KLM	Keine deutschen Zigaretten-Stangen an Bord	Marlboro (200 Stück) DM 22,50 Dunhill (200 Stück) DM 22,50	Spirituosen werden ausschließlich zum Bordverzehr angeboten	Spirituosen werden ausschließlich zum Bordverzehr angeboten	Chanel No. 5 (Coco Chanel eau de parfum) (50 ml) DM 54,00	Chanel No. 5 (Eau de Toilette) (100 ml) DM 67,00	„Super-Diktiergerät + Walkman“ DM 445,00
LTU/UTS	HB (200 Stück) DM 22,00 Alle verfügbaren deutschen Marken kosten DM 22,00	Marlboro (200 Stück) DM 24,00 Dunhill (200 Stück) DM 24,00	Ballentines, 12 J. alt, „Karaffe“ (0,75 l) DM 29,00 Dimple, 12 J. alt, (0,375 l) DM 10,00	Hennessy (V.S.) 0,7 l DM 19,00	Chanel No. 5 (7 ml) DM 67,00	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 48,00	Reiseradio (Airsound mit Wecker) DM 79,00
PanAm	HB (200 Stück) DM 20,00 Alle verfügbaren deutschen Marken kosten DM 20,00	Marlboro (200 Stück) DM 25,00 Dunhill (200 Stück) DM 25,00	Johnnie Walker Red Label (0,75 l) DM 15,00 Jim Beam (Bourbon) (0,75 l) DM 15,00	Remy Martin (VSOP) 0,7 l DM 30,00	Chanel No. 5 (7 ml) DM 60,00	Jil Sander –Woman– Spray (50 ml) DM 45,00	Pierre Cardin-Collection: Etui mit 3 Halsketten und 3 Armbändern, vergoldet DM 40,00
Swissair	Deutsche Zigaretten nicht erhältlich	Marlboro (200 Stück) DM 23,00 Dunhill (200 Stück) DM 23,00	Johnnie Walker Black Label 0,5 l DM 16,00	Hennessy (VSOP) 0,35 l DM 16,50	Chanel No. 5 (7 ml) DM 61,50	Yves Saint Laurant – „Y“ (50 ml) DM 29,00	Schweizer Gold-Ketten, 18 Karat, 45–50 cm lang DM 675,00

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

INLAND

Nordsee

Dir. a. Nordseestrand

Cuxhaven, kom. FeWo. 4 Pers. m. Meerb. Schwb., Sauna, Solarium 1. Hts., Winterferien noch frei. Miets. 85,- DM/Tag
Telefon 0 44 32 / 21 28

Gehusame Weihnacht

1 gemütl. App. d. der Insel Föhr.
Telefon 0 46 81 / 63 72

SYLT

Lux.-Ap. 1, 2-4 Pers., Farb-TV, Tel., Schwimm-
 bad, Sauna, Tel. 0 40 / 39 14 32 v. 8-17 Uhr,
 sonst 0 41 05 / 44 57

ListSYLT - Westerland

Exkl. Ländch.-Häufte u. Fälvö Weihn. noch
 frei, ab DM 80,-/Tag.
Tel. 0 45 32 / 85 83

Weihnachten/Neujahr auf Sylt

Exkl. Fährschiffhaus u. hant. Rustschhaus in
 Kampen frei
Tel. 08 11 / 54 02 03 od. 0 46 51 / 2 55 11

NORDNEY Komf.-FEWO.

6 Pers. o. 8 Pers., Schwimmbad, Sauna, Seeblick.
 Weihnachten/Sylvester noch frei.
Tel. 02 08 / 2 37 78

SYLT

Weihnachten u. Neujahr 80/87, Feil-
 schiff 17. Okt. bis 3. Jan. 1988. 1-2 Pers. in Al-
 westering, Behagel, stilv. Fährschiff m. all.
 Komf. Sonderkonditionen.
Reflex-Sylt, Tel. 0 64 71 / 30 08

Keitum/Sylt

Weihnachten/Neujahr exkl. Beethdach-
 haus frei. Tel. 02 11 / 63 33 21

Nordney, Ferienwohnung

3. Kalla, 3303 Georgschill
 Profz. 11.44, Tel. 0 49 42 / 17 08

Ostsee

Marika (Trennwiese), 1-Zimmer-Appm.
 Komf.-u. Luxusklasse 1-2, 99. OG. Cad-
 no + Travertine, Farb-TV, Telefon, Radio,
 Schwimmbad, 3 Pers./Tag 74,- bis 83,- DM,
 Tel. 02 81 26 14 82 u. 82 26 24

Wangerooe

Kornf.-Wng., 2-4 Pers., SW-Bad 1.
 Hs., Meerendublick.
Telefon 0 62 82 / 6 26 25

SYLT

Ist bei jedem Wetter schön!
 Hübsche Ferienwohnungen und Hüben-
 in jeder Größe und Lage, in Weser-
 land und anderen Inseln frei.
 App.-Verz., Christbaum
 Kampende 48, 5200 Wangerooe/Sylt
Telefon 0 46 51 / 3 18 86

SYLT

Ferienwohnungen, gut u. preiswert,
 ab 50,-/Tag. Tel. 0 46 51 / 3 29 73

Wangerooe

Sehr schöne Ferienwohnungen, Meer-
 blick, komplette geschmackvolle Aus-
 stattung. Sonderpreise auch über
 Weihnachten/Neujahr. Wangerooe
 Urlaubsservice. Tel. 02 31 / 4 01 15

Westerland/Sylt

Komf.-App., 100 m zum Meer, Weh-
 nachten frei.
 Privat Tel. (09 43) 5 14 53

Westerland

Komf.-FeWo bei Sylt, Luxus, farb. Farb-TV,
 Tel., Waschtoilette, strandnah, preisg. ab 50,-
 auch Weihnachten u. Neujahr
0 46 51 / 3 18 86

im urlaub

Ferien-Landhäusern
 Ferien-Wohnungen
 Nesselwang
 Weissensee

Unser Prospekt informiert Sie
 Ferien-Landhaus-Vermittlung
 8958 Füssen-Weissensee
8964 Füssen-Weissensee, Tel. 08361 / 724

Inzell

Schönes Ferienh. 4-6 Pers. zu verm.,
 sehr ruh. Lage, Südhäuser, Schwim-
 men, Sauna, Reiten, Lopen etc.
Tel. 08 41 / 3 84 67

Garmisch-Partenkirchen

bes. lux. Ferien-Maissoestweg in
 feinsten Lage zu vermieten.
Telefon 08 21 / 47 93 99

Unterwieschen b. Ritt im Winkel

Gemütl. komfort. 2-2-Pers. Küche, Bad,
 2 WC, 120-Personen-Saal, 1. St. 300m
 3 Min. frei ab 10,- 17. Apr. K. Trems,
 Harzort 22, 4000 Unterwieschen
(0 81 21) 5 17 69

Zur Kur, für Ferien, zum Überwintern

1.-, 2.-, 3-Zi.-App. Günst. Preise.
ADR Appartement-Service
 8230 Bad Reichenhall
 Baderstr. 5, Tel. 0 86 51 / 117 71

Inzell/Oberbayern

Komfort-Ferienh., mit Farb-TV,
 Spülm., 2-7 Pers. von 35-105 m.
 zentrale, ruhige Lage; Sonnen-
 terrasse, Hallenbad, Whirlpool, Sa-
 na, Solarium, Fitnessanlage, Kin-
 derparadies, herrl. Wandlung
 im Naturschutzgebiet, für den
 Winter: Ski-, Langlauf-Arrange-
 ments, ideal für Ferien, Kurz-
 oder Aktivurlaub

Haus Ruchus + Hotel Post

8221 Inzell, Tel. 0 86 62 / 60 11

im allgäu

Garmisch-Partenkirchen

Neu erb. Komf.-Ferienwohnung, ruh. Lig. 2-5 P.
 J. Oster, Gästehaus Bismarck, Brauhausstr. 9,
 Tel. 0 86 21 / 5 08 02

Oberallgäu, frei ab 3. 87

FeWo bis 4 Pers., Hallenbad, Nähe
 Lift u. Loipe, nord. Ski-WM 11.-22. 2.
 87. Tel. 87 17 / 32 94 95

OBERSTORF/ALLG.

Top-Ferienwohnung, beste Lage, 2
 Schlafz., TV, Liegewiese, ab 7. 86
 noch frei. Tel. 0 24 21 / 4 78 58

Skit. in Ramsau/BGL

Komf.-Fer.-H. bis 6 Pers. zu verm.
 Tel. 09 21 / 8 33 91

Schwarzwald

Ihre Ferienwohnung

Baiersbrunn/Nordschwarzwald.
 67 bis 122 m², mit allem Komfort,
 in herrlich. Lage, direkt an
 Wald, ab DM 44,- pro Tag für 2
 Personen, Hallenbad, Lift, Gar-
 ten, Minigolf, Tennis.
 Baumverwaltungsamt, 11.11.11
 7538 Baiersbrunn
 Tel. 07 43 41 / 3 20

Urlaub Weihnachten/Sylvester

„Wo das Schwarzwald am schönsten ist!“ Rustisches Haus mit Hallenbad,
 Sauna, Solarium, Restaurant, Bar, Filmbü u. Unterhaltungsprogramm.
SCHWARZWALDRESDEN, 7740 Triberg, Postfach 14 41
Telefon 0 77 21 / 2 30 32

BADEN-BADEN, Aparthotel

Weihnachten/Neujahr 1- bis 2-Zim.-Komf.-Ap-
 part., Küche, Außen-Sauna-Frühst., Pro-
 spekt ankommen. Doris Oberst „AUF DEM
 SELDMATTEN“, Tel. 0 72 12 / 23 85

Versch. Inland

Berlin

3-Zi.-Kd.-Ferienh. im Grünen, 2-4
 Pers., Farb-TV, ab sof.
Tel. 0 30 47 / 14 23 19

Badenau, 12 km v. Überlingen, komf. Ferienh.,
 ruh. Lage, abend. Tm., 2-5 Pers., 70 m² x 4 Z.,
 Farb-TV, HS 85,- NS 50,- DM/Tag
Tel. 0 82 71 / 47 53 51

AUSLAND

Spanien

**SIE
BRAUCHEN
KEINEN
LANGEN
HALS,...**

**UM EINE
ANDERE
PERSPEKTIVE
ZU
GEWINNEN.**

Warum wollen Sie sich das Recht vor-
enthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort
sein - mit einem Dutzend oder mehr inter-
nationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber
anstecken und von Städten faszinieren, die
auf Gold und Diamanten gegründet wurden.
Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt
werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Verän-
derungen, die in Südafrika vor sich gehen,
angenehm überrascht sein. Allein dies
zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den
günstigen Wechselkurs von ganz beson-
derem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum,
dieses wunderschöne Land zu erleben,
und lassen Sie sich von seinem Zauber ge-
fangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber,
was Südafrika dem Besucher zu bieten hat,
finden Sie in dem neuen SAAtours Hand-
buch für Südafrika-Reisen.

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.



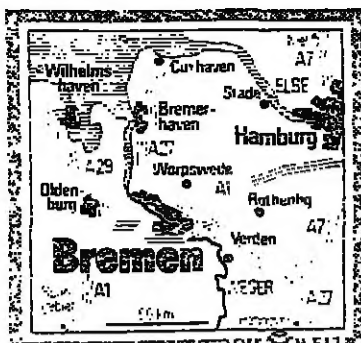
South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours
Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name _____
Adresse _____

11/88 SAA
11/88 AMI

ALSFUGS-HP



Anreise: Aus Norden und Westen auf der A 1 bis zur Ausfahrt Bremen-Hemelingen, dann Richtung Zentrum. Aus Südost auf der A 7 bis Autobahndreieck Walsrode, dann auf die A 27. Am Bremer Kreuz auf die A 1 bis zur Ausfahrt Bremen-Hemelingen. Danach Richtung Zentrum.
 Auskunft: Verkehrsverein Bremen, Postfach 10 07 47, 2800 Bremen, Tel. 04 21/3 63 61.

Schlüssel zur Welt: Bremen

Ende November: kalte Regenschauer, Grippewetter, Weltnachsmärkte allenthalben. Keine Alternativen? Doch – besuchen Sie Bremen unter historischem Blickwinkel. Mit einem öffentlichen Festakt in der oberen Halle des alten Rathauses, zu dem jeder Interessierte eingeladen ist, gedenkt die Hansestadt am 1. Dezember um 16 Uhr der 800. Wiederkehr jenes Tages, da Kaiser Barbarossa den Bürgern Bremens grundlegende Vorrechte einräumte. Ausgestellt am 28. November 1186, gilt das sogenannte Barbarossa-Privileg als ein wichtiger Meilenstein zur städtischen Eigenständigkeit. Ein Fachvortrag zur Urkunde und eine Lesung des Städtischen Theaters zum

Thema „Freiheit“ umrahmen das Festprogramm im Rathaus.

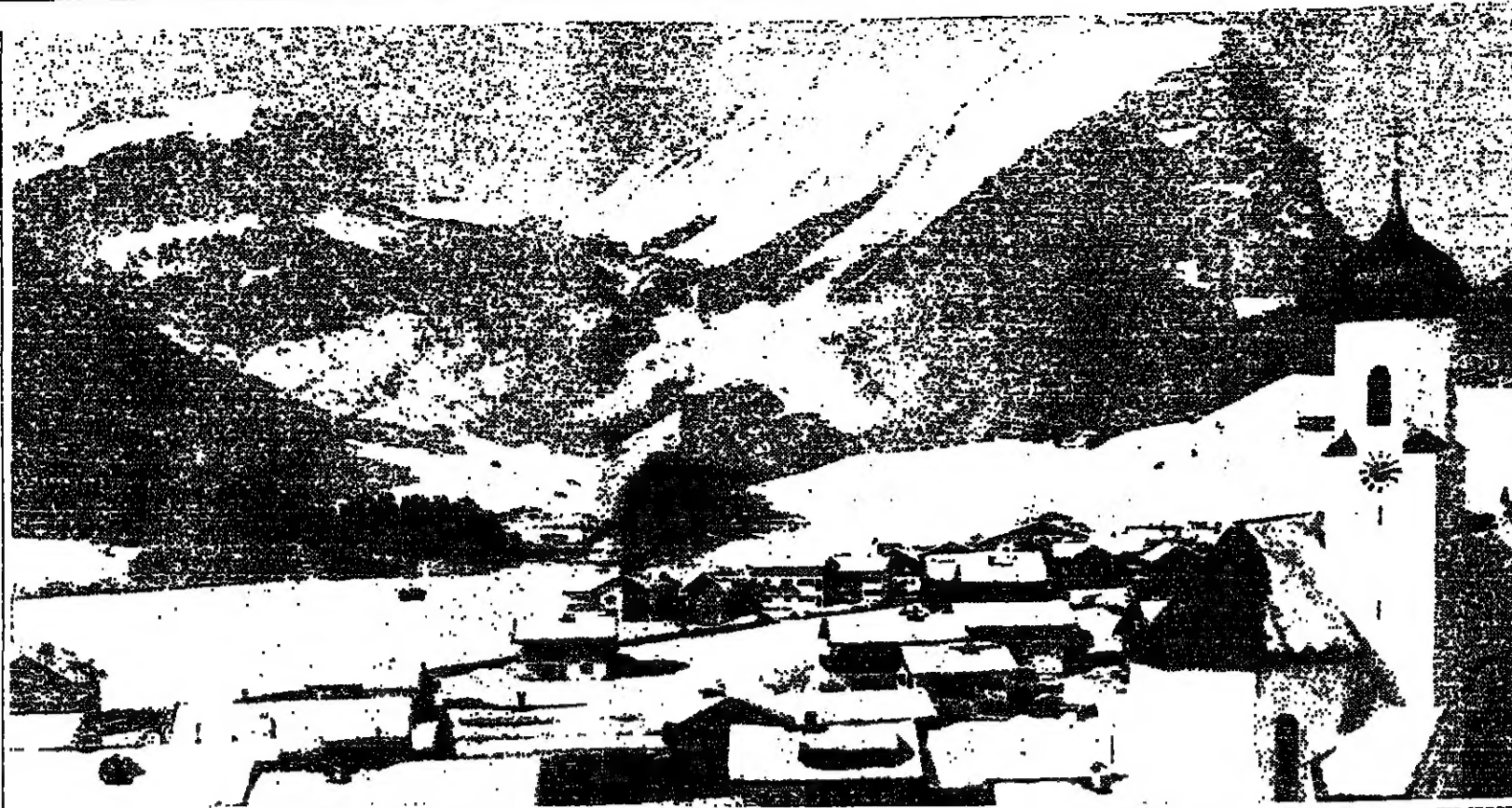
In der Geschichte Bremens finden sich noch andere Eckdaten: Im Jahr 1822 beteiligten sich die Bremer an dem Aufstand der Sachsen gegen Karl den Großen. 1848 erhob Kaiser Ferdinand III. die Hansestadt in den Rang einer freien Reichsstadt. Aus diesem Status leitete Bremen seinen Anspruch als Bundesland her. Als zweitälteste noch existierende Stadtrepublik der Welt wird Bremen nur noch von San Marino übertroffen.

Alle Wege dieser Hafenstadt führen zum Marktplatz. An diesem historischen Zentrum reißen sich prächtige Bauten, in deren Mittelpunkt das Rathaus steht. Doch nicht nur der Kunstfreund kommt hier auf seine Kosten. Wer gerne in die Welt der Märchen und Sagen eindringen will, sollte sich mit dem Bremer Stadtmusikanten oder dem Roland mit seinem unergänzlichen Lächeln nicht zufriedengeben. Im Bremer Ratskeller findet sich auch noch das „Schwarze Loch“, in dem es spuken soll, seitdem dort ein Zimmermann im Spiel sein Leben als Einsatz bot und – verlor.

Geschichtliches in Fülle bieten auch das Übersee-Museum (Darstellung der Dritten Welt aus sozialkultureller und wirtschaftlicher Sicht) sowie das Focke-Museum, das bürgerliche und bauerliche Wohnkultur, bremische Stadtgeschichte und Schifffahrt zeigt.

Zum Abschluß des Bummels durch das historische Bremen ist das Schnoorviertel zu empfehlen. Hier findet man auch eine Kleinigkeit zum Mitnehmen: frisches Backofenbrot. Kunst und Tand.
 JOSEF THOMAS GÖLLER

Der Bremer Roland: Symbol der Bürgerfreiheit. FOTO: C. FALK



Im Hinter-Bregenzwald liegt auf 860 Meter Höhe das Dorf Schoppe mit 1400 Gästebetten.

FOTO: WALTER STORTO

Familienferien in der Heimat der Auer Zunft

Mellau ist als das Klein-Paris des Bregenzwaldes berühmt geworden. Das ehemalige Bergbauerndorf auf siebenhundert Meter Höhe, am Fuße der markanten Kanisfluh, nur 35 Kilometer von Bregenz entfernt, hat sich zu einem schmucken Wintersportort entwickelt. Hier finden fast in jedem Jahr große Skirennen statt – in diesem Winter am 11. Januar sogar ein Weltcup-Slalom-Skirennen für Damen.

Mellaus bevorzugtes Skigebiet heißt Rosstalle, das wir mit einer neuen, leistungsstarken Vierergondelumbahn erreichen. Oben, in schneesicherer Lage, surren fünf weitere Lifte zwischen 1400 und 1750 Meter Höhe, die vorwiegend leichte bis mittelschwere Pisten von insgesamt fast zwanzig Kilometer Länge garantieren.

Unweit der Bergstation, wo sich ein Gästekindergarten für die Jüngsten zwischen drei und sechs Jahren befindet, laden zwei Berggasthäuser mit Sonnenterrassen ein. So bleiben die meisten tagsüber in der Höhe und preschen erst nachmittags über die nordseitige Waldabfahrt zurück ins

Tal, für die man allerdings schon etwas Kondition mitbringen sollte: die Piste ist neun Kilometer lang und hat einen Höhenunterschied von tausend Metern.

Dank der hohen Beförderungskapazität im Rosstalle-Wedelrevier bilden sich höchstens am Wochenende Warteschlangen an den Aufstiegsbahnen. Obwohl die Talstation außerhalb des Dorfes liegt, muß keiner auf sein Auto zurückgreifen; im Skipaß ist gleichzeitig der Skibus Bregenzwald* inbegriffen. (Der Skipaß Hinter-Bregenzwald, der auf 51 Bahnen und Liften gilt, kostet für sechs Tage je nach Saison zwischen 150 und 170 Mark).

Langlaufsport wird auch in Mellau immer beliebter. Mit den kleinen Nachbarortschaften Hirschau und Schnepfau, die sich ihr typisches Bregenzwälder Ortsbild bewahren konnten, bietet Mellau eine 23 Kilometer lange, doppelt gespurte Rundloipe, für die es eine Loipenkarte gibt.

Nur neun Kilometer weiter talwärts breitet sich in einem weiten Talboden das behagliche Bergdorf

Au (800 Meter, 1350 Gästebetten) aus. Hier war einst die Ausbildungszentrale der „Auer Zunft“, aus der bedeutende Barockbaumeister hervorgingen. Heute ist der Ort „Drehscheibe der Skiregion Hinter-Bregenzwald“.

Der Alpin-Skifahrer gelangt schnell per Skibus oder im eigenen Auto in die Wedelreviere zwischen Bezaun und Warth-Salober. Im Ort gibt es einen längeren Übungslift für Skineulinge und Kinder, einen Seil-Babyift, wo die Jüngsten aus dem Skikindergarten (fünf Tage mit Skikurs und Mittagsbetreuung 112 Mark) üben, und einen 1200 Quadratmeter großen Naturspielplatz mit Flutlicht und Musik.

Schoppe und Au haben den gemeinsamen Skiberg Diedamskopf, drei Rodelwege und ein Loipennetz, das zu den schönsten des Vorarlberger Landes zählt – zwischen den beiden Nachbarorten gibt es sieben Doppelspurloipen von 40 Kilometer Länge. Mit der Gästekarte können Spaziergänger und Skilangläufer die Ski- und Postbusse gratis benutzen. In Schoppe (860 Meter, 1400

Gästebetten), stehen noch viele Häuser im alten Walder-Stil: holzgeschindelte Fassaden, grüne und rote Fensterläden und kleine Sprossenfenster mit blütenweißen Spitzenvorhängen.

Zwischen Schoppe und Au surrt auf einem flachen, sonnigen Hang, unweit der Diedamskopf-Talstation, ein Übungslift für Brett-Neulinge und Kinder. In der Nähe liegt auch ein Skikindergarten mit lustigen, bunten Märchenfiguren und Seil-Lift.

Bessere Skifahrer bringt die Eiersesselbahn in zwei Sektionen hinauf zum Diedamskopf auf 2050 Meter Höhe. Hier oben ist der Ausgangspunkt für eine herrliche Skitour, die die hiesige Skischule über den Diedamsattel zur Schwarzwasserhütte ins Kleinwalsertal unternimmt. Von dort geht es dann per Lift zum Hoch-Ifen, über Tiefseehänge zur Maiensäß-Siedlung Schönenbach und weiter hinaus bis nach Bezaun. WALTER STORTO

* Auskunft: Verkehrsverband Bregenzwald, A-6863 Egg/Vorarlberg, Tel. 00 43 55 12 23 65.

USA ohne Visum?

Geredet wurde darüber schon oft, nun soll endlich gehandelt werden: Im Sommer '87 werden Bundesbürger ohne Visum die USA bereisen können.

Der amerikanische Kongreß hat ein neues Immigrationsgesetz verabschiedet. Das Touristen aus acht Staaten – dazu zählt auch die Bundesrepublik Deutschland – während einer Versuchsperiode von drei Jahren die Einreise ohne Visum gestattet. Aber bis es soweit ist, werden wohl gut sechs Monate vergehen.

Noch denken nämlich die zuständigen Behörden darüber nach, wie das mühsam geborene Gesetz zu realisieren sei. Wahrscheinlich werden die Reisenden aus diesen acht Staaten zu separaten Schüssen geführt, die nur für sie bestimmt sind und wo ihre Pässe nur stichprobenartig überprüft werden.

Wer jedoch erhofft, das langwierige Einreisezeremoniell gehöre damit der Vergangenheit an, der kennt die Damen und Herren vom Zoll nicht. Sie werden auch weiterhin dafür Sorge tragen, daß es umständlicher ist, in die Vereinigten Staaten von Amerika einzutreten als beispielsweise in die Volksrepublik China. Beim amerikanischen Zoll bleibt nämlich alles beim alten. Und damit für alle – beinahe gleich – zeitraubend.

Beitrag die Frage offen, ob die neue Einreise-Regelung auch zusätzliche Besucher ins Land bringen wird, wie vom US-Handelsministerium erwartet wird. Peter Bohlen vom Fremdenverkehrsamt der USA hat Erfahrung mit deutschen Touristen: „Der Visum-Zwang war noch nie ein Hindernis für USA-Besucher.“

Nordamerika ist ohnehin das Traumziel der Bundesbürger, was durch die aktuellen Einreise-Zahlen bestätigt wird: Bis einschließlich August sind in diesem Jahr 446 759 Deutsche über den großen Teich geflogen, gut 26 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Nicht der Papierkrieg, sondern die Preisentwicklung scheint also die Touristenströme zu regulieren – die Reiselust steigt gewöhnlich reziprok zum Dollarkurs. B. C.

**Wer gerne seinen Urlaub
in Nr. 22 verbringt,
sollte mal in Nr. 60 Station machen.**

Fragen Sie nach den faszinierenden Magazinen aus dem HB Verlag.



- Für alle, die mehr entdecken, mehr erleben wollen, Bildatlas, Kartenwerk, Touristik-Information und Unterhaltungslektüre in einem, jeder Band DM 9,80.
- Nr. 1 Romantische Straße
 - Nr. 2 Ostsee und Holsteinische Schweiz
 - Nr. 3 Sächsische Schweiz
 - Nr. 4 Harz
 - Nr. 5 Allgäu
 - Nr. 6 Bayerischer Wald
 - Nr. 7 Oberbayern – das Hochland
 - Nr. 8 Nordschwarzwald
 - Nr. 9 Nordsee, Nordfriesland, Helgoland
 - Nr. 10 Bodensee
 - Nr. 11 Lüneburger Heide
 - Nr. 12 Schwäbische Alb
 - Nr. 13 Salzburg, Salzburger Land
 - Nr. 14 Sauerland
 - Nr. 15 Ostfriesland und ostfriesische Inseln
 - Nr. 16 Rhein zwischen Köln und Mainz
 - Nr. 17 Elbe und Vogesen
 - Nr. 18 Elbe
 - Nr. 19 Malijevica, Menorca, Ibiza, Formentera
 - Nr. 20 Westfalen
 - Nr. 21 Fränkische Schweiz
 - Nr. 22 Südtirol
 - Nr. 23 Ostwald und Spessart
 - Nr. 24 Amsterdam
 - Nr. 25 Bergisches Land
 - Nr. 26 Pfalz, Pfälzer Wald, deutsch und englisch
 - Nr. 27 Venedig und Venetien
 - Nr. 28 Berlin, deutsch und englisch
 - Nr. 29 Weserbergland
 - Nr. 30 Engadin

- Nr. 31 Münsterland
- Nr. 32 Kopenhagen
- Nr. 33 Kärnten
- Nr. 34 Rhön
- Nr. 35 Toskana, Florenz
- Nr. 36 Niederbayern, Hallertau
- Nr. 37 Niederrhein
- Nr. 38 Bornholm
- Nr. 39 Tirol, Innsbruck, deutsch und französisch
- Nr. 40 Flandern
- Nr. 41 Trier
- Nr. 42 Hamburg, deutsch und englisch
- Nr. 43 Zwischen Elbe und Weser, Bremen
- Nr. 44 Kroatien und nördlicher Schwarzwald
- Nr. 45 Jütland
- Nr. 46 Hohenloher Land
- Nr. 47 Vorarlberg
- Nr. 48 Mosel
- Nr. 49 Saarland
- Nr. 50 Mainfranken
- Nr. 51 Ostalb und Teckelburger Land
- Nr. 52 Südlicher Schwarzwald und Hochrhein
- Nr. 53 Tessin
- Nr. 54 Wien, deutsch und englisch
- Nr. 55 Mittlerer Schwarzwald
- Nr. 56 Ruhrgebiet
- Nr. 57 Emilia-Romagna
- Nr. 58 Holstein
- Nr. 59 Provence
- Nr. 60 München, deutsch und englisch

HB Verlag
 2000 Hamburg 36
 Alsterufer 4

Neues entdecken. Mehr erleben. Das Magazin für Reise und Erlebnis.

سفر و تفریح